

Auszüge aus:

Paul C. Martin

"Der Kapitalismus-Ein System, das funktioniert"

Erschienen 1990, Ullstein Verlag GmbH

[...]

Das Loch in der Mitte

Jede zweite Nachricht, die wir heute hören, hat etwas mit Wirtschaft zutun. Und das Schlimmste dabei: Zu jeder Nachricht gibt es meistens zwei Meinungen.

Nachricht: Der Ölpreis fällt.

Erste Meinung: Das ist wunderbar, wir können das Geld, das wir bei Öl und Benzin sparen, jetzt für andere Sachen ausgeben. Diese zusätzlichen Ausgaben kurbeln die Wirtschaft an. Ein riesiger Konjunkturaufschwung steht uns bevor.

Zweite Meinung: Das ist ganz schlecht. Denn die Ölstaaten, die nun weniger Geld haben, können weniger bei uns einkaufen, unsere Exporte brechen zusammen. Wir starten in eine schwere Krise. Außerdem werden Ölstaaten wie Mexiko, die große Auslandsschulden haben, endgültig pleite sein. Und wer pleite ist, kann nichts mehr kaufen.

Nachricht: Die Löhne steigen.

Erste Meinung: Das ist schlecht. Je höher die Lohnkosten, um so höher die Kosten insgesamt. Das verschlechtert unsere Stellung auf dem Weltmarkt, wir werden Absatz verlieren.

Zweite Meinung: Das ist prima. Je mehr Lohn und Gehalt die Arbeitnehmer auf dem Konto haben, um so mehr können sie jetzt ausgeben, also bessert sich dadurch die Lage der Unternehmen, sie werden Absatz gewinnen.

Nachricht: Der Staat macht Defizit.

Erste Meinung: Das ist fein. Denn jetzt kommt zusätzliches Geld in die Wirtschaft, kurbelt an, wird endlich dafür sorgen, daß die Arbeitslosen von der Straße kommen. Wir danken dem Staat für diese weitsichtige Politik.

Zweite Meinung: Das ist gar nicht gut. Der Staat muß sich das Geld, das er für seine Ausgabenprogramme braucht, auf dem Kapitalmarkt besorgen. Dieses zusätzliche Schuldenmachen treibt die Zinsen hoch. Bei hohen Zinsen werden die Unternehmer weniger investieren, weil das Geld zu teuer ist. Weniger Investitionen bedeutet aber weniger Arbeitsplätze. Wir verfluchen die öffentliche Hand wegen ihrer kurzsichtigen Verschwendungssucht.

Hinter jeder Meinung steckt eine *Theorie*.

Und da es so viele Theorien über Wirtschaft gibt, wie man sich nur wünschen kann, ist nichts leichter, als für jeden Tatbestand sowohl ein »Prima« als auch ein »Großer Mist« zu konstruieren.

Es gibt keine wirtschaftliche Bewegung und erst recht keine wirtschaftspolitische Maßnahme, die ein erfahrener Ökonom nicht in die eine oder die andere Richtung interpretieren kann.

Über die Wirtschaftstheorie, die heute an Tausenden von Universitäten und Instituten gelehrt wird, kann man mit dem großen französischen Politiker Georges **Clemenceau** seufzen:

»Alles ist richtig, nichts ist richtig. Das ist der Weisheit letzter Schluß.«

[...]

Auf den nächsten Seiten wird das »Loch in der Mitte« aufgefüllt. Wir werden eine Theorie der Wirtschaft entwickeln, die - endlich - stimmt. Die deshalb auch mit den bisher gelehrt Wirtschafts-Theorien in einigen Punkten übereinstimmt.

Was an den alten Theorien nicht stimmt, wo sie also ihr Loch haben, soll auch gezeigt werden. Es ist gar nicht so schwer - vorausgesetzt, man hat das Loch erst einmal gefunden.

[...]

Karl Marx war sehr nahe dran

Kein Mensch hat sich verbissener mit der Wirtschaft beschäftigt als **Karl Marx**. Und beinahe ist es ihm auch gelungen, sie zu enträtseln. Um endlich das »Loch« zu finden, um es aufzufüllen, müssen wir dort einsetzen, wo Marx gescheitert ist.

Dazu nehmen wir den zweiten Band des Marxschen Hauptwerks zur Hand. Er trägt den Titel: »Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band. II. Buch: Der Cirkulationsprozess des Kapitals«.

Das Wort »Cirkulation« ist die entscheidende Spur, die uns weiterführen wird.

Im ersten Band des »Kapitals«, das sei kurz in Erinnerung gerufen, hat Marx umständlich zu beweisen versucht, daß die Kapitalisten die Arbeiter »ausbeuten«, weil sie ihnen weniger Geld als Lohn zahlen, als ihnen »eigentlich« zusteht. Die Differenz zwischen dem, was die Arbeiter »in Wirklichkeit« an »Wert« schaffen und dem, was sie dann auf der Hand behalten dürfen, nennt Marx den »Mehrwert«. Den behält und verwendet der Kapitalist für sich,

Die Marxsche Mehrwert-Theorie ist schon im Ansatz falsch, weil ein Apfel mit einer Birne verglichen wird, ein »Wert« mit einem »Preis«. Auch der »Lohn« ist ein Preis, eben der für eine ganz bestimmte Arbeitskraft zu einer ganz bestimmten Arbeitszeit. Die Behauptung, etwas sei schließlich »mehr wert« als es »gekostet« habe, wird nicht dadurch richtig, daß man sie mit anklagend erhobenem Zeigefinger ausspricht. Dem Arbeiter ergeht es bei Marx wie einem Künstler, der auch immer unwidersprochen behaupten kann, seine Kunst hätte die »ihr gebührende Anerkennung« noch nicht »gefunden«. Über solche Dinge kann man herrlich streiten, weil sich in »Wert«-Fragen niemals etwas Gültiges aussagen lässt.

Es ist aber auch völlig belanglos, ob die Marxsche MehrwertTheorie »richtig« ist oder »falsch«. Entscheidend sind vielmehr jene Dinge, die sich *rechnen* lassen. Daran hat sich Marx selbst versucht, und daran ist er gescheitert.

Im zweiten Band des »Kapitals«, den Engels als einen Haufen ungeordneter Manuskriptseiten vorfand, die zum Teil mitten im Satz abbrachen, geht es um die Frage, wie man denn den »Mehrwert« konkreter fassen könne. Wenn der »Mehrwert« existiert, müßte er ja schließlich irgendwo erscheinen, sich in Mark und Pfennig fassen lassen. Die »Ausbeutung« gibt logischerweise nur dann einen Sinn, wenn der Ausbeuter (Kapitalist) das, was er aus dem Ausgebeuteten (Arbeiter) herausquetscht, letztlich *in irgendeiner Kasse klingeln hört*.

Der Mehrwert wäre ja dann am höchsten, wenn die Arbeiter überhaupt keinen Lohn erhielten. Denn weniger als nichts kann auch der schrecklichste Ausbeuter nicht bezahlen. Dann würden die Armsten von morgens bis abends in den Fabrikhallen stehen und Unmengen von irgendwelchen Produkten erzeugen, Schornsteinfegerkugeln zum Beispiel. Der Kapitalist hätte wunderschön polierte, sehr »wert«volle Schornsteinfegerkugeln überall herumliegen. Doch das ist kein Mehrwert.

Das Problem, und das erkennt der kluge Marx sehr scharf, ist nicht der Mehrwert, *sondern es ist die »Realisierung des Mehrwerts«*:

»Die Frage ist also nicht: Wo kommt der Mehrwert her? Sondern:
Wo kommt das Geld her, um ihn zu versilbern?« (Seite 318)

Es muß »Geld« zirkulieren, damit der Kapitalist schließlich auch etwas hat von der Ausbeute-
rei, nämlich *Geld*. Aber dieses Geld ist nicht von vorneherein in der Wirtschaft »vorhanden«, es wächst auch nicht auf irgendwelchen geheimnisvollen Bäumen in verschwiegenen Hainen, sondern es gibt nur eine Klasse, die Geld hat, die also das Geld auch in die »Cirkulation« abgeben kann: Die Kapitalisten sind es selbst.

Karl Marx merkt, wie er ins Schleudern kommt. Er braucht seine Kapitalisten nicht nur, damit sie die armen Arbeiter ausbeuten, sondern auch, damit sie Geld in die »Cirkulation« tun, das gleiche Geld, das sie anschließend - bei der Realisierung des Mehrwerts - wieder herausnehmen wollen:

»Das in der Form von Geldkapital vorgeschossene cirkulierende Kapital von 500 £ ... sei das cirkulierende Gesamtkapital der Gesellschaft, d. h. der Kapitalistenklasse. Der Mehrwert sei 100 £. **Wie kann nun die ganze Kapitalistenklasse beständig 600£ aus der Cirkulation herausziehen, wenn sie beständig nur 500 £ hinein-wirft?** ... (Der) zerschüssige Mehrwert von 100£ ist in Warenform in die Cirkulation geworfen. Darüber besteht kein Zweifel. Aber durch dieselbe Operation ist nicht das zerschüssige Geld für die Cirkulation dieses zerschüssigen Warenwerts gegeben.« (Seite 319)

Trotz der alten Sprache (»zerschüssig« heißt soviel wie »zusätzlich«) erkennt man gleich: Damit ist der Meister fertig.

Karl Marx hatte bei seiner Betrachtung eine weitere Voraussetzung eingebaut, die dem Kapitalisten einen noch viel größeren Vorteil zuschanzt als nur den, das Kapital zu besitzen und also die Arbeiter ausbeuten zu können, die ihrerseits ganz arm sind.

Die Kapitalisten besitzen im Marxschen Modell *aufser allem Kapital noch alles Bargeld!* Mit dem Kapital allein könnte nämlich überhaupt kein Kapitalismus starten! Dazu muß auch noch Bargeld in Höhe der »Cirkulationsmittel« vorhanden sein, und zwar *in den Händen der Kapitalisten*, die ja sonst nichts hätten, womit sie Löhne bezahlen, d. h. die Ausbeutung beginnen

könnten.

Die Kapitalisten sind in Wahrheit also *noch viel, viel reicher*, als Marx zum Ausdruck bringt. Er wirft den Kapitalisten nämlich nur vor, **Kapital** zu besitzen. Also Fabriken und Maschinen, mit deren Hilfe sie die Arbeiter ausbeuten können. Von den ungeheuren *sonstigen* Reichtümern, und zwar in Form von **Bargeld**, spricht er nicht.

Das aber ist der alles entscheidende Punkt, den er übersehen hat.

Das Bargeld ist das Loch in seiner Theorie.

[...]

Der Kettenbrief

Karl Marx hat uns fürwahr geholfen. Das Rätsel »Kapitalismus« ist endlich gelöst, wenn wir noch einmal seine entscheidenden Sätze auf der Zunge zergehen lassen:

»Wie kann nun die ganze Kapitalistenklasse beständig 600 £ aus der Cirkulation herausziehen, wenn sie beständig nur 500 £ hineinwirft?«

Die Antwort lautet ein für allemal: *Sie kann es nicht!*

Es sei denn: Die Kapitalistenklasse (oder jemand anderes!) wirft die fehlenden 100 £ hinein.

Und wenn er sie nicht hat, dann muß er sie sich leihen.

Und wenn er sie sich leiht, *dann muß er dafür Zinsen zahlen.*

Und da das Geld für diese Zinsen auch nicht in die Zirkulation geworfen wurde, muß sich wieder jemand finden, der sich Geld in Höhe der Zinsen leiht.

Und immer weiter. Und immer fort.

Dem Kapitalismus fehlt immer Geld.

Weil der Kapitalist immer gierig ist, also immer mehr haben will, als er zu zahlen bereit ist.

Was übrigens nicht nur für Kapitalisten, sondern ganz einfach für alle Menschen gilt.

Der Kapitalist will nicht nur seine Kosten wiedersehen. Die Ausgaben für das Kapital, die Fabriken, Maschinen und so.

Sondern er will auch Gewinn sehen. Den aber muß irgend jemand finanzieren. Und wo finanziert wird, entstehen Zinsen. Die aber auch nirgendwo »im Umlauf« sind. Die also auch wieder jemand finanzieren muß.

So aber ist es an allen Ecken und Enden.

Alles im Kapitalismus ist irgendwie und irgendwo »vorfinanziert«. Es gibt keinen »Bestand«, kein »Kapital«, kein »Geld«, das ein für allemal so bliebe, wie es ist.

Alles im Kapitalismus läuft ab in der Zeit.

Vorfinanzierung in der Zeit aber bedeutet, daß Zinsen entstehen, unablässig, Tag und Nacht. Diese Zinsen sind aber niemals vorfinanziert. Das »Geld« dazu ist nirgendwo vorhanden.

Sie können also nur bezahlt werden, wenn sich jemand findet, der in Höhe dieser Zinsen Schulden macht. Denn damit hat er das »Geld«, das dem Kapitalismus fehlt.

Der Kapitalismus ist in Wahrheit gar nichts, was mit »Kapital« zu tun hat, und wenn, dann nur ganz am Rande, wie wir noch sehen werden.

Der Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, das aus einer riesigen Anzahl von

Gläubigern und Schuldnern besteht.

Da diese Gläubiger/Schuldner-Beziehungen über die Zeit laufen, fordern sie **Zins**.

Diese Zinsen sind nirgendwo vorhanden. Karl Marx hat uns den Weg gezeigt, ohne ihn selbst zu gehen. Damit die Zinsen nicht unbezahlt bleiben, muß sich jemand finden, der den früheren Schuldnern hilft, aus ihren Zinsverpflichtungen zu schlüpfen.

Das kann nur geschehen, indem der spätere Schuldner seinerseits Schulden macht.

Der Kapitalismus kann nur existieren, wenn spätere Schuldner früheren Schuldnern helfen.

Das tun sie, indem sie selber Schulden machen, die immer so hoch sein müssen, daß die Zinsverpflichtungen aus den früheren Schulden bedient werden können.

Der Kapitalismus ist also nichts anderes als ein Kettenbrief-System.

Beim Kettenbrief darf die Kette nie reißen. Sonst ist es aus. Beim Kapitalismus ist es genauso. Fehlen die späteren Schuldner, die den früheren helfen, kommt es zur Krise. Wir werden darüber noch viel hören.

Im Kapitalismus müssen immer neue Schulden gemacht werden, um die alten Schulden bedienbar zu halten.

[...]

Der Kapitalismus ist in Wahrheit eben kein »Kapitalismus«, sondern ein Kettenbrief-System. Es **muß immer weitergehen mit der Schuldenmacherei**.

Je mehr vorfinanziert wurde, desto höher sind die Vorfinanzierungskosten. Desto mehr an zusätzlichem Schuldenmachen kommt auf die nächsten Glieder der Kette zu. Wehe, wenn die Kette reißt!

Der Kapitalismus ist ein Kettenbrief-System. Er lebt vom Schneeball-Effekt. Er existiert nur, solange sich immer wieder neue Schuldner finden, die den alten bei der Bedienung ihrer Schulden helfen, indem sie sich entsprechend neu verschulden.

Die Schulden stehen im Zentrum. Das ist das Loch, das alle ökonomischen Theorien hatten. Das ist das Loch, das jetzt gefüllt ist.

Die Schulden treiben den Kapitalismus vorwärts. Sie geben ihm seine unnachahmliche Dynamik.

Der Kapitalismus leitet seinen Namen ab von »Kapital«, lateinisch »caput« (= das »Haupt«), das in den frühkapitalistischen Rechenbüchern des 15. und 16. Jahrhunderts mit »Hauptgut« übersetzt wird, wie wir gleich sehen werden. Auf das »Hauptgut« kommt es aber überhaupt nicht an.

Seine Existenz allein erklärt gar nichts. Zum Hauptgut müssen *Schulden* treten. Schulden, die der Kapitalist machen kann, weil er schon ein Hauptgut hat. Oder Schulden, die er macht, indem er ein Hauptgut auf die Beine stellt.

Das Wort »Kapitalismus« ist ein Etikettenschwindel. Die »kapitalistische« Dynamik, der ungeheure Schwung der freien Wirtschaft kommt vom permanenten Schuldendruck.

Die Schuld heißt lateinisch »debitum« (= das »Geschuldete«). Wenn wir also den Kapitalismus endlich enträtselt haben, muß das Kind auch einen neuen Namen kriegen. Seinen richtigen.

Wir nennen den Kapitalismus daher

Debitismus.

[...]

Definitionen

Der Kapitalismus ist enträtselt.

Wir müssen jetzt lernen, mit der Lösung des Rätsels umzugehen. Unser Denken ist noch ganz auf die alten Erklärungen fixiert, auf »Gewinne«, auf »Wachstum« oder »Arbeitsplätze«, auf »Investitionen« oder »Konsum«. Das sind alles belanglose Garnituren.

Im Zentrum des Kapitalismus stehen die Schulden und die Tatsache, daß **Schulden mit der Zeit immer größer werden**. Der Kapitalismus ist die Lösung des Problems, wie die beim »Wirtschaften« automatisch entstandenen Schulden trotz Zeitablaufs bedienbar gehalten werden.

Damit wir lernen, mit dem enträtselten Kapitalismus umzugehen, müssen wir es üben, die Wirtschaft und die darin tätigen Menschen von der sie wirklich treibenden Kraft, der über die Zeit laufenden Schuld, her zu sehen. Dazu müssen wir die wichtigsten Grundbegriffe der Wirtschaft und der »Wirtschaftstheorie« neu definieren.

Kapitalismus, Debitismus

Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, in welchem Eigentümer ihr Eigentum zu Zwecken der Produktion einsetzen, das zu »Kapital« wird, weil es *beliehen* ist. Der Kapitalist steht unter Schuldendruck, dem er allein niemals standhalten könnte, weil er zwar die Kosten seiner Produktion auf dem Markt wiederfindet, aber nicht die Kosten und/oder Prämien für die Vorfinanzierung seiner Produktion (Zins, Gewinn).

Der Kapitalismus (»freie Wirtschaft«) wird daher besser als »Debitismus« bezeichnet oder »debitistischer Kapitalismus«, um sein endloses Dilemma klarzumachen, das da lautet: *Es müssen sich immer spätere Schuldner (Kapitalisten, aber auch Konsumenten, »Ausland« oder »Staat«) finden, die den früheren Schuldnern helfen.*

Sozialismus

Wirtschaftssystem, das kein »Kapital«, d. h. kein zu Produktionszwecken verschuldungsfähiges *oder verschuldetes* Eigentum kennt. Im Sozialismus fehlt also der den Kapitalismus kennzeichnende *Schuldendruck*. Die »mangelnde Dynamik« des Sozialismus ist damit erklärt.

Da es im Sozialismus keine Schulden geben kann, fehlt diesem System auch der **freie Markt**, definiert als Ort, wo Schulden reguliert, d. h. wo neue Schuldner gesucht und gefunden werden. Weil es *keine Schulden* gibt, kann es im Sozialismus auch *keine Preise* geben.

Wir kommen auf den Sozialismus noch zurück.

Kapital

Kapital ist immer verschuldetes Eigentum. Ein Kapital »als solches« kann es nicht geben.

Kapital muß immer »bewertet« sein, d. h. es muß ein Preisschildchen tragen. Dies geschieht in Form der »Bilanz«.

Natürlich gibt es Unternehmer, die »Kapital« bilanzieren, ohne Schulden zu haben. Sie können ihr Kapital aber nur bilanzieren (bewerten), weil *andere* Kapitalisten Schulden haben.

Denn hätte niemand Schulden, gäbe es auch kein Geld und ergo auch keine Möglichkeit, Preise zu haben.

Schon die Tatsache, daß Kapital etwas »gekostet« hat, weist darauf hin, daß es produziert sein muß. *Produktion aber ist nur vorstellbar, indem Zeit vergeht.* Wo Zeit vergeht, muß aber *vorfinit* werden, entweder vom Eigentümer selbst oder von Dritten. **Finanzierung schafft immer Schulden, und Schulden schaffen Kapital, dessen Funktion wiederum darin liegt, die Schulden bedienbar zu halten.**

Eigentum

Eigentum ist immer die **Basis des Kapitalismus** (Debitismus), weil nur auf der Basis von Eigentum *Schuldenmachen* möglich ist. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Eigentum an »Sachen« oder »Personen« handelt. *Damit Eigentum beliehen werden kann, muß es zunächst bewertbar sein. Dieses wiederum setzt aber voraus, daß es bereits beliehen ist.* Beliehenes Eigentum ist Kapital.

Ist überhaupt kein Eigentum beliehen, hat Eigentum *niemals* einen »Wert«, weil es keinen Preis haben kann. Eigentum »als solches« gibt es also auch nicht. Es kann nur Eigentum sein, wenn es bewertbar ist, was wiederum voraussetzt, daß es als Kapital, d. h. als beliehenes Eigentum, eingesetzt wird. Dieser Einsatz (»Produktion«) auf dem Wege über die Verschuldung des Eigentums schafft erst »Geld«, mit dessen Hilfe Eigentum bewertbar sein kann.

»Geld« seinerseits ist immer eine umlauffähig gemachte (»zessierte«) Schuld, ohne die es weder »Preise« für Produkte, noch eben »Bewertungen« von Eigentum geben kann.

Eigentum, Kapital, Schulden und Geld entstehen daher **gleichzeitig**. Eigentum ist zwar eine gedankliche Vorstufe des Kapitals, *Eigentum, das aber nicht beliehen, also zu Kapital wird, ist als Eigentum sinnlos.*

Es gibt zwar Eigentum, das vorübergehend nicht zur Produktion eingesetzt, d. h. beliehen wird, aber es läßt sich dann nur als Eigentum bewerten, wenn **anderes** gleichartiges Eigentum beliehen wurde. Die »Kosten« dieses Eigentums sind dann die Kosten, die entstehen, weil es **nicht** als Kapital eingesetzt wurde. Machen wir uns das Ganze an einem Beispiel klar:

Ein Bauer hat ein Feld zum Eigentum. Entweder er bearbeitet sein Feld oder er bearbeitet es nicht. Bearbeitet er sein Feld nicht, kann der »Wert« des Feldes nur dem entsprechen, was ein »vergleichbares« Feld »wert« ist. Dazu muß aber dieses Feld bearbeitet werden. Einen »Wert« (Preis) für ein Feld kann es nur geben, wenn wenigstens ein anderes Feld bearbeitet wird. *Wird gar kein Feld bearbeitet, kann kein Feld einen Wert haben.* Wenn es keinen Wert für Felder gibt, hat es auch *keinen Sinn*, solche Felder zum Eigentum zu haben.

[...]

Wie aber auch immer der »Wert« sich dann stellt. Daß es überhaupt einen Wert gibt, setzt immer voraus, daß der Kapitalist (Bauer) nicht nur die *Produktionskosten*, sondern auch die **Kosten der** Vorfinanzierung der Produktion wieder hereinholt. Von dort aus können wir uns gut dem nächsten Komplex zuwenden:

Wert und Preis

Der Wert einer Sache (ob »Kapital«, ob produzierter Gegenstand) ist im debitistischen Kapitalismus immer die subjektive Vorstellung, daß sich die Produktionskosten einschließlich der auf

ihnen liegenden Kosten und einer eventuell »gewünschten« Prämie (Gewinn) realisieren lassen. Der Preis einer Sache aber ist der sich auf dem Markt dann ergebende objektive Tatbestand. Wert und Preis sind in numerischen Größen (1, 2, 3 ...) vorgestellt bzw. realisiert. Wert und Preis stimmen überein, wenn vom *Anbieter* aus gesehen eine *so hohe Verschuldungsbereitschaft der Käufer* entwickelt wird, daß die Produktionskosten (die ursprünglich nur als »Nachfrage« und ergo Wert-Realisierungs-Faktor zur Verfügung stehen) entsprechend den Verkäuferwünschen überschritten werden. Wert und Preis stimmen vom *Nachfrager* aus gesehen überein, wenn sich entsprechend *geringe Verschuldungsbereitschaft* der Käufer entwickelt, daß sich der Preis dem entsprechend niedrig angenommenen Wert annähert.

Subjektive »Wertungen« (»Dies ist eigentlich viel zu 'billig'«, »Dies ist es mir 'nicht wert'«) sind immer das Resultat von Prozessen, die der einzelne Anbieter oder Nachfrager niemals unter »Kontrolle« haben kann. Es handelt sich um *nach gelagerte* Verschuldungsvorgänge, aus denen heraus sich dann konkrete Preise am Markt ergeben.

Das Argumentieren mit »Werten« ist amüsant, aber für den debitistischen Kapitalismus ohne jeden praktischen Sinn. Das endlose Streiten um den »richtigen« Wert oder um etwaige »Differenzen« zwischen Wert und Preis ist völlig müßig. Jeder darf sich »Werte« vorstellen und wünschen, wie er will. Was am Markt dann als »Preis« realisiert wird, ist immer allein davon abhängig, ob und in welcher Höhe die Produktionskosten plus die Vorfinanzierungskosten der Produktion plus Vorfinanzierungs(= Risiko-)Prämie (Gewinn) realisiert werden.

Mehrwert

Auch die Marxsche Idee vom »Mehrwert« ist nichts als eine Chimäre, ein Fabelwesen *ohne Sinne*. Falls die Arbeiter der Meinung sind, sie sollten höhere Löhne kassieren, als ihnen der Kapitalist zu zahlen bereit ist, müssen sie ihn nur dazu bringen, sich entsprechend höher zur Vorfinanzierung der entsprechend höheren Löhne nämlich zu verschulden. Eine unbegrenzte Verschuldungsbereitschaft der Unternehmer vorausgesetzt, kann jeder Lohn gefordert und gezahlt werden.

Und wenn der Kapitalist schon, wie Marx fabuliert, bereit ist, jeden beliebigen Mehrwert vorzufinanzieren (er greift bekanntlich nur in seinen Dagobert Duckschen Silo), *dann kann er doch genausogut auch jede beliebige Lohnhöhe vorfinanzieren*. Was er rationellerweise auch tun sollte, um allfällige Arbeiterunruhen, Hunger-Revoluten und natürlich auch die »große Revolution« zu vermeiden.

Auf Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit kommen wir noch zu sprechen.

Freier Markt und freie Preise

Nach landläufiger Meinung müsse nur »freie Marktwirtschaft« herrschen, um dem Wohlstand der Nationen auf die Sprünge zu helfen. Diese Vorstellung steckt hinter den bekannten »Wirtschaftstheorien« von **Adam Smith** über Mises und **Eucken** bis **Hayek**, Friedman und den Neuen Klassikern. Diese Vorstellung ist ganz *naiv*, und sie wird weiter unten noch ausführlicher zu rechtgerückt.

Der freie Markt mit freiem Marktzugang und allseits freien Preisen ist eine durchaus *notwendige*, aber keinesfalls eine *hinreichende* Bedingung für den wirtschaftlichen Fortschritt, für Wohlstand und hohe Wachstumsraten. Der Kapitalismus entwickelt sich nicht, weil er sich

»frei« entwickeln darf. Sondern er entwickelt sich, weil verschuldete Eigentümer, alias Kapitalisten, den **Markt** brauchen, um **dort** die verauslagten Produktionskosten wieder einzufangen . und um die anderen Marktteilnehmer (»Käufer«) zu just jener *zusätzlichen Verschuldung* zu animieren, ohne welche die verschuldeten Kapitalisten ausnahmslos untergehen müßten. Die freie Marktwirtschaft ist eine Veranstaltung, um den, »Kapitalismus« definierenden Prozeß möglichst optimal, d. h. letztlich *zeitsparend*, ablaufen zu lassen. Wir können also sagen: Je besser, d. h. freier die Marktwirtschaft, um so schneller, weil ungehinderter, *kann der Kapitalist seine Kosten wieder einfangen und die zur Systemerhaltung notwendige Neuverschuldung auf den Weg bringen*. Was die Neuverschuldung wiederum *senkt*. [...]

Risiko und Gewinn

Es versteht sich von selbst, daß auch das Risiko im Kapitalismus in Wirklichkeit etwas ganz anderes ist, als immer wieder dargestellt. In den Köpfen der traditionellen Wirtschafts-»Theoretiker« besteht das Risiko der Kapitalisten darin, daß sie einen *geringeren* Anteil an der von ihnen in den Kreislauf als Produktionskosten abgegebenen und »im Markt« also herumschwirrenden »Nachfrage« zurückbekommen, als sie *sozusagen anteilig* verausgabt haben.

Auch diese Vorstellung ist *kindlich*. Da gibt es also 100 Unternehmer, jeder hat 100 Kosteneinheiten abgegeben, macht 10000 Einheiten Nachfrage. Die »besseren« 50 Unternehmer kriegen davon je 110 zurück. Die schlechteren 50 nur 90, und wenn sie nicht bald besser werden, scheiden sie aus dem »Wettbewerb« aus.

Das ist ganz falsch.

Wahr ist vielmehr, daß 10000 Einheiten Nachfrage von den 100 Kapitalisten geschaffen wurden, daß sie aber insgesamt 11000 zurückhaben müssen. (Die 1000 seien Zins, Gewinn). Macht pro Kapitalisten 110. Die 50 besseren schaffen das mit Mühe und Not. Die 50 schlechteren müssen sich in die verbleibenden 4500 teilen (wenn wir die zusätzliche debitorische Verschuldung nicht haben), und sind mit je 90 schlicht pleite. Von den verbleibenden 50, die insgesamt 5500 bringen müßten, die aber im Beispiel unserer Wirtschaftstheoretiker, die den Debitismus nicht kennen, nur 5000 bringen, scheidet auch sofort wieder die Hälfte aus usw. Kurzum: *Der Kapitalismus wäre längst zu Ende, wenn es so etwas wie das Wirtschaftssystem der »freien Marktwirtschaft« mit »Bestenauslese« tatsächlich gäbe.*

Tatsächlich liegt das Risiko der Kapitalisten nicht darin, die verauslagten Produktionskosten nicht wiederzusehen, sondern darin, keinen Nachfolge-Schuldner zu finden.

Insofern ist der viel geschmähte »**Profit**« eine Petitesse, ist Kleckerleskram und überhaupt nicht die Aufregung wert, die allenthalben darum gemacht wird.

Der Profit (Gewinn) ist nicht etwa eine Prämie fürs Wiedererwischen der verauslagten Kosten, wie es die bürgerlichen Ökonomen bis heute lehren. Er ist auch kein Ausbeutungs-Vehikel, wie die Linken faseln, weil es Ausbeutung (Wert minus Preis, alias Lohn für »gute« Arbeit) überhaupt nicht geben kann. **Sondern der Profit ist eine echte Risiko-Prämie, die sich alle Kapitalisten ehrlich verdienen.** Denn ihr Risiko besteht darin, die *Anschlußverschuldung* nicht auf den Weg zu bringen, keine späteren Schuldner (mehr) zu finden und ergo allesamt elendiglich unterzugehen.

Das Gleichgewicht und der Staat

Seit dem 19. Jahrhundert gilt das wirtschaftliche »Gleichgewicht« als etwas höchst Erstrebenswertes, ein Zustand, in dem sozusagen »alles gut« ist. Alle haben, was sie wollen, alle sind beschäftigt, es steigen weder Preise noch Zinsen, der Außenhandel ist im Gleichgewicht, die Währung ist stabil und so weiter.

Wer den debitistischen Kapitalismus begriffen hat, kann über solche Vorstellungen nur lächeln. Sie entspringen vermutlich dem allgemeinen *Harmoniebedürfnis*, dem sich gerade Ökonomen nicht entziehen können. **Tatsächlich aber kann es in der freien Wirtschaft niemals ein endgültiges »Gleichgewicht« geben.** Denn selbst wenn wir das als »Gleichgewicht«, alias als »Idealzustand« definierten, daß die Kapitalisten endlich die für ihr Weiterexistieren notwendigen Nachfolge-Schuldner gefunden haben und insofern für sie »alles gut« ist, haben sich die Nachfolge-Schuldner nun ihrerseits in die Gefahr des existentiellen Untergangs begeben, für sie ist keineswegs schon »alles gut«. Sie stecken vielmehr im größten Risiko, in der Gefahr unterzugehen, wenn sie nicht ihrerseits wieder neue Schuldner finden und seien es die alten, die sie gerade aus ihrer Existenz-Gefahr erlöst haben.

Die freie Wirtschaft ist ein **dynamischer Prozeß**, in der Tat. Es kann schon deshalb niemals ein endgültiges Gleichgewicht geben, mit dem sozusagen »alles im Lot« ist, alles abgeschlossen werden kann, eine Größe auf die andere paßt. *Der Kapitalismus läuft über die Zeit, und über die Zeit laufen heißt: immer neue Schuldverhältnisse eingehen, weil die alten auslaufen und kritisch werden.*

Der Zeitablauf aber kostet. Dadurch entstehen Zinsen und/oder Gewinnerwartungen zur Belohnung des Risikos, das der Kapitalist eingegangen ist, indem er sich zu Zwecken der Produktion verschuldet hat und die entsprechenden Geldmittel, alias »Kaufkraft«, aus seinem Unternehmen in die weite Welt geschickt hat, ohne irgendeine Form der Gewißheit, sein »Geld« wiederzusehen.

Die Kosten des Zeitablaufs müssen von immer neuen Schuldnern anerkannt werden, durch eigenes Schuldenmachen nämlich. Sonst können die alten Schuldner nicht bestehen. Wenn überhaupt so etwas wie eine Idee eines »Gleichgewichts« im Kapitalismus einen Sinn geben soll, dann die, daß sich dieser Prozeß, der debitistische Kettenbrief, immer wieder fortsetzen muß. Insofern können wir die Bedingung für die störungsfreie Existenz der freien Wirtschaft formulieren als: immer neues Schuldenmachen in just dem Umfang, in dem die alten Schuldner Vorfinanzierungskosten haben.

Dabei stoßen wir auf zwei Probleme, die uns noch beschäftigen sollen:

1. **Wie »verschwinden« .eigentlich Schulden** wieder? Der ganze Kapitalismus besteht ja nur aus einem möglichst reibungslosen Aufschuldungsvorgang. Und wenn schon aufgeschuldet wird, wenn also Schulden einfach nicht mehr verschwinden wollen, sondern nur noch »aufrecht« erhalten werden können, indem man sie aufschuldet: Was bedeutet die Tatsache, daß durch solches Aufschulden nicht nur die Schulden immer höher wachsen, sondern auch die gleichzeitig gebuchten Guthaben?

2. **Wo liegen die Grenzen des Schuldenmachens?** Gibt es solche Grenzen insgesamt und/oder bei einzelnen Schuldnern? Gibt es Schuldner, die »grenzenlos« Schulden machen können? Wie

beeinflusst solches unbegrenztes Schuldenmachen die Lage anderer Schuldner? Unter beiden Punkten werden wir sehr schnell den Staat entdecken. Das ist ein ganz besonderer Schuldner: jemand, der jederzeit die Schulden *anderer* übernehmen kann, jemand, der schier unbegrenzt immer *neue* Schulden machen kann, jemand, der diese Schulden *stellvertretend* für andere machen kann, jemand, der aber auch garantiert, daß überhaupt Schulden von anderen gemacht werden können, jemand, der dafür sorgt, daß diese Schulden auch vollstreckbar bleiben und insofern einen »Wert« behalten.

Der Staat ist der alles entscheidende Faktor für Existenz und Ablauf des kapitalistisch-debitistischen Prozesses.

Der Staat ist dabei Gott und Satan in einem: Er schafft den Kapitalismus und er vernichtet ihn. Dies werden wir bei der Untersuchung des kapitalistischen Ablaufs noch näher betrachten.

Nachfrage, Kauf, Tausch

Nachfrage hat im Kapitalismus nur eine einzige Aufgabe: Die früheren Schuldner am Leben zu halten. Nachfrage »als solche« gibt es nicht. Nachfrage **besteht immer nur aus Schulden:** aus Schulden, die *frühere* Schuldner gemacht haben und die über Produktionskosten und »Einkommen« jetzt in den Händen der Nachfrager sind. Und aus Schulden, die die Nachfrager *selbst* machen müssen, damit die früheren Schuldner überleben können.

Der Kauf, bei dem Nachfrage ausgeübt wird, ist im Kapitalismus immer ein Schulden-Weiterreichen und ein zusätzliches Schuldenmachen. Dadurch unterscheidet sich der Kauf vom Tausch, Beim **Tauschen** werden **nur** die früher gemachten Schulden, die irgendwo zu Einkommen und/oder Guthaben geworden sind, *weitergereicht*.

Gekauft werden produzierte Gegenstände, bei deren Produktion die Kapitalisten Kosten vorfinanzieren mußten. Getauscht werden Gegenstände, die das Gekauft-Werden bereits durchlaufen haben bzw. die sonstwie »vorhanden« sind,

Ein **Beispiel** macht das klar:

Ein Couturier stellt Ballkleider her. Er finanziert die Kosten vor (Löhne, Stoffe), und er kalkuliert die Vorfinanzierungskosten und seinen Gewinn ein. Die Damen sind verrückt nach den Kleidern und überziehen ihre Konten, um dranzukommen: ein klassischer debitistischer Prozeß mit Zusatzverschuldung.

Die Ball-Saison ist zu Ende. Die Damen können die rauschenden Roben nicht mehr sehen. Sie verkaufen die Dinger in Secondhand-Shops: kein Kaufen mehr, sondern ein Tauschen! Der Secondhand-Shop muß die Dinger reinigen und aufarbeiten lassen, will Lohnkosten hereinbekommen und Gewinne machen: Ein paar Mädels kommen vorbei und kaufen die Kleider, um als Punker zum Karneval nach Rio zu jetten: Sie holen sich Geld von ihren Konten, eine neue Runde Kaufen hat begonnen.

Kaufen ist also immer angesagt, wenn bis zum Anbieten des betreffenden Gegenstandes vorfinanzierte Kosten gelaufen sind, die inklusive Vorfinanzierungskosten und Risiko-Prämie nur hereinkommen können, wenn die Käufer sich ihrerseits verschulden.

Alles andere ist **Tauschen**.

Diese Unterscheidung ist deshalb wichtig, weil das eigentliche Problem der Ökonomie, wie wir gesehen haben, die **Zeit** ist. Im Interesse der Verkäufer muß es also liegen, möglichst zügig zu verkaufen, d. h. die verauslagten Kosten möglichst fix wieder einzufangen. Je schneller das

geht, desto geringer sind die Vorfinanzierungskosten usw., und desto leichter ist es auch, einen Käufer zu finden.

Der Kapitalismus ist dann am besten in Schuß, wenn alles »weggeht, wie warme Semmeln«. Dann ist die erforderliche Neuverschuldung möglichst niedrig, es entfallen umständliche Werbe- und Marketing-Maßnahmen.

Sobald aber die Einkommen (= Produktionskosten der am Markt erscheinenden neu produzierten Gegenstände) erst noch lange Umwege machen, treibt das die Vorfinanzierungskosten hoch, was wiederum die Kunden immer ekelhafter macht und die Lage der verschuldeten Kapitalisten immer auswegloser.

Dieser Effekt zeigt sich deutlich bei sogenannten »Sachwert-Haussen«. In den Schlußphasen einer *Inflation* (auf die wir noch ausführlich kommen) steigen die Preise für produzierte und bereits einmal »verkaufte« Gegenstände immer weiter. Selbst Sachen wie Gold und Grund und Boden werden immer teurer. Viel von der Kaufkraft, die aus der vorfinanzierten Produktion stammt und die eigentlich schleunigst in die Fabriken zurückkehren sollte, *dreht erst noch ein paar Runden* am Gold- oder Immobilienmarkt.

Dadurch wird die Zeit, die normalerweise bis zur Rückkehr dieser Kaufkraft vergeht, erheblich »länger«: *Die Kosten für Zeitablauf steigen*.

Damit haben wir ganz nebenbei eine Erklärung für das Phänomen gefunden, daß in einer Inflation nicht nur die *Preise*, sondern auch die *Zinsen steigen*. Die Zinsen steigen sogar noch erheblich weiter an, wenn weitere Kredite aufgenommen werden, um sich an einer Sachwert-Hausse zu beteiligen.

Aus dem »produzierenden« Unternehmer ist dann der »Spekulant« geworden, eine besonders häßliche Form des Homo capitalisticus, der »Baulöwe«, »Immobilien-Hai«, der »Gold-Guru«.

Wie wir unten bei der Analyse des Blow-offs sehen werden, verhalten sich aber Sachwert- (wie natürlich auch Börsen-) Spekulanten *absolut rational*, wenn sie sich verschulden, um sich an einer Hausse zu beteiligen. Sie sind genauso »sozial« wie alle anderen, die sich im debitorischen System aufhalten, ob Kapitalisten oder Arbeiter.

Das Problem beim **Blow-off**, also einer durch laufende zusätzliche Beleihung eines Gegenstandes zum Zwecke weiterer Nachfrage nach diesem Gegenstand (und nicht etwa zum Zwecke, des Einsatzes dieses Gegenstandes für die Produktion als »Kapital« beispielsweise) hervorgerufenen *Hausse* in einem Tausch- (nicht Kauf-)Gut, liegt im unausweichlichen *Zusammenbruch* dieser Hausse.

Gleichzeitig entzieht eine solche Hausse dem produzierenden, »normalen« Sektor »Mittel«, weil sie die in den Kreislauf gebrachte Kaufkraft auf *zeitverzehrende* und ergo *zinstreibende*, *Umwege* schickt.

Wo immer Haussen und Blow-offs auftreten, ist das kapitalistische System, dessen »Zweck« nur die möglichst zügige, von der Kundschaft akzeptierte Produktion darstellt, im Innersten faul. Der Kapitalismus steuert dann unausweichlich auf eine große Krise zu.

[...]

Die Arbeitslosigkeit

Tatsächlich haben die Menschen kein Geld, wenn sie nicht vorher gearbeitet haben.

Bei Licht betrachtet, müssen die Menschen arbeiten, weil sie sich das buchstäblich »schuldig« sind. Damit sie aber im Kapitalismus überhaupt arbeiten können, muß sich ein Unternehmer finden, der ihre Arbeitsleistung vorfinanziert.

Und damit sind wir mitten drin im Problem der Arbeitslosigkeit.

Um die wahren Ursachen von Arbeit und Arbeitslosigkeit herauszuarbeiten, wollen wir noch einmal **Ludwig von Mises** bemühen.

In einem kleinen Kapitel über die Arbeitslosigkeit hat er jenen eine Lektion erteilt, die der Meinung sind, daß »Löhne« etwas anderes seien als »Preise« bzw. daß auf dem Arbeitsmarkt die Gesetze von Angebot und Nachfrage etwa nicht gelten. Von Mises schreibt (a. a. O., Seite 546 f.):

»Wenn ein Arbeitssuchender für die Art von Arbeit, die er vorzieht, keinen Abnehmer findet, muß er sich um Arbeit anderer Art umsehen. Wenn ein Arbeitssuchender nicht den Lohn erhalten kann, den er gerne haben wollte, dann muß er seine Ansprüche herabsetzen. *Will er das nicht, so findet er keine Arbeit; er wird arbeitslos.* «

Diese Sätze sind unmittelbar einleuchtend, und sie sind natürlich auch richtig. Was uns der Gelehrte aber verschweigt, ist eine Erklärung dessen, was er als »Arbeit finden« bezeichnet. Die Sprache hilft gerade in der Ökonomie über vieles hinweg, man denke nur an diese hübsche Vorstellung vom Wirtschafts-»Wachstum«. Die Wirtschaft ist gar keine Wirtschaft, sondern ein Baum, vielleicht auch eine hübsche Blume oder gar ein Kälbchen. Sie »wächst«, wie lieb.

Ähnlich herzig ist die Vorstellung von den Arbeitern, die auf die Suche gehen, wie einst die Eltern von Hänsel und Gretel, und dann halt »finden«, Arbeit eben.

Die Arbeiter gehen also auf Wanderschaft und klopfen überall an, und wenn sie bei ihren Lohnforderungen artig sind, dann »finden« sie »Abnehmer« für eine »Art von Arbeit«.

Ludwig von Mises ist ganz zuversichtlich (a. a. O., Seite 546):

»Ein Arbeiter, der nicht warten kann und nicht warten will, findet in der unbehinderten Marktwirtschaft (was wir »Kapitalismus« nennen, PCM) ... immer Arbeit; es genügt, daß er seine Lohnforderungen ermäßigt oder Beruf und Arbeitsort wechselt.«

Ergo gilt zusammengefaßt (a. a. O., Seite 547):

»Die Arbeitslosigkeit ist auf dem unbehinderten Markte *immerfreiwillig gewollt*«.

Den Linken fällt es schwer, solche Argumente zu entkräften. Wenn sie redlich sind, müssen sie zugeben, daß jedes Arbeitslosenheer sofort zu beschäftigen ist. Spätestens, wenn die geforderten Löhne nur noch ein Zehntel der früheren oder üblichen Löhne ausmachen.

Die Linken weichen solcher Logik aber blitzschnell aus, indem sie darauf hinweisen, daß solchermaßen »sinkende« bzw. »gesunkene« Löhne oder Lohn-»Niveaus« die gesamtwirtschaftliche »Nachfrage« senken, weil dann alle Arbeiter immer weniger verdienen und also dann auch

immer weniger kaufen können, was auf Dauer zu noch höherer Arbeitslosigkeit führen würde.

Die herkömmliche Ökonomie präsentiert sich hier wieder von ihrer Schokoladenseite: *Es handelt sich um eine »Wissenschaft«, mit deren Hilfe sich jede These belegen und auch widerlegen läßt*. Wir kamen schon zu Beginn dieses Buches darauf zu sprechen.

Die wahre Ursache der Arbeitslosigkeit, sagen die einen, sind die viel zu *hohen* Löhne. Der wahre Grund für die Arbeitslosigkeit, sagen die anderen, sind die viel zu *niedrigen* Löhne.

Jeder kann sich das raussuchen, was ihm gerade gefällt, je nach Laune oder politischem Standort. Und da jede dieser Positionen in sich »logisch« ist, kann man herrlich darüber streiten.

Der Debitismus beendet diesen Streit und hilft uns weiter. Beide haben recht! Doch beiden fehlt das »Missing Link«, das alles entscheidende Glied in der Kette: die Bereitschaft und die Fähigkeit der Kapitalisten, sich zur Aufnahme von Produktion so stark zu verschulden, daß Arbeiter beschäftigt werden.

Große Krisen, also vom Kaliber der 30er Jahre und wie jetzt wieder eine vor uns liegt, sind gerade dadurch definiert, daß sich

egal zu welcher Lohnhöhe keine Unternehmer mehr finden, die Arbeiter einstellen. Wir kennen die Fotos: »Nehme jede Arbeit an« hatte sich da ein armer Teufel umgehängt oder: »Suche Arbeit, egal zu welchem Lohn« ein anderer.

In einer schweren Krise nutzt das überhaupt nichts. Weil ganz einfach kein Unternehmer bereit ist zu produzieren, weil er die damit verbundene Vorfinanzierung nicht wieder vom Markt hereinbekommt, weil ihm in der Zwischenzeit die Preise wegbrechen.

Deshalb sind große Krisen, die sogenannten »deflationären Depressionen«, auf die wir in der Untersuchung des kapitalistischen Ablaufs noch ausführlich zu sprechen kommen, so ausweglos: Weil die Preise fallen, ist der Kapitalist, egal zu welchem Zins¹⁸), nicht bereit, Schulden zu machen, die er aber machen müßte, um Arbeiter zu beschäftigen. Denn die Preise fallen viel zu stark, was wiederum seinen Grund in den Schulden der früheren Schuldner hat, die zur Beschaffung der alles entscheidenden Liquidität (zur Bedienung ihrer Schulden) jede noch so abenteuerliche Preispolitik einschließlich des Unterkostenverkaufs veranstalten, nur um noch eine Zeitlang am Leben zu bleiben.

Die Kaufkrafttheorie der Linken und der Gewerkschaften (»Zahlt höhere Löhne, dann gibt's mehr Kaufkraft und damit Vollbeschäftigung«) ist genauso eine Schönwettertheorie wie die der Rechten (»Die Arbeit muß nur billiger werden, dann sind alle vollbeschäftigt«).

Beide kann man mit Hilfe des Debitismus auf einen Nenner bringen, indem man dieses einzig gültige **Vollbeschäftigungstheorem** formuliert:

In einer Wirtschaft, in der die »Nachfrage« ausschließlich in Form von Lohnzahlungen in den Kreislauf kommt, herrscht Vollbeschäftigung, wenn die Löhne darin so weit gesenkt werden, daß die Unternehmer sicher sein können, die Kosten der Vorfinanzierung dieser Löhne durch zusätzliche Verschuldungsbereitschaft von später an den Markt tretenden Unternehmern wieder einzuspielen.

Dieses ist, wie wir schnell erkennen, das Marxsche Modell einer Wirtschaft (es gibt nur Kapitalisten und Arbeiter). Da Marx die Vorfinanzierungskosten, wie wir sahen (Dagobert-Duck-Effekt), auf Null setzt, muß in seiner Welt **immer Vollbeschäftigung** herrschen. Wenn die Vorfinanzierung von Löhnen nichts kostet, gibt es keinen Grund, Arbeiter nicht einzustellen. aber es gibt dann, wie wir sahen, auch keinen Grund, den Arbeitern nicht jeden gewünschten Lohn zu zahlen, weil ja das »Geld« für die Löhne automatisch wieder in die Geldsilos der Kapitalisten

zurückströmt.

In einer Wirtschaft, in der Nachfrage nur von den Kapitalisten in »Umlauf« gebracht wird, müssen die Kosten für die Vorfinanzierung der Löhne, also die Zinsen, *möglichst niedrig* sein. So etwas war typisch für die kapitalistischen Volkswirtschaften des 19. Jahrhunderts, wo es in der Tat nur Verschuldung (= Nachfrageschöpfung) durch die Unternehmer gab (plus ein bißchen »Weltwirtschaft«), aber keinen »Staat«, der »Wirtschaftspolitik« betrieb (im Klartext: im großen Stil Schulden machte), und keine »Konsumenten« (Arbeiter), die sich die von ihnen geschaffene Produktion per Ratenkredit auch leisten konnten. Im 19. Jahrhundert lag der Zins sehr niedrig, zwischen 2 und 4 Prozent.

Sobald aber Nachfrage, vor allem auch vom »Staat« durch dessen Verschuldung (= »Konjunkturpolitik«), in Umlauf kommt, lassen sich auch viel höhere Produktions-Finanzierungskosten darstellen. Der Kapitalist fragt bei der Einstellung von Arbeitern gewissermaßen nicht mehr nach kapitalistischen Kollegen, die ihm bei seinem Schulden- und Liquiditätsdruck helfen, sondern er weiß, daß der Staat ihn und seine ganze Kaste letztlich rauspaukt.

Der Staat ist der »Reparaturbetrieb des Kapitalismus«, hieß es vor Jahren in der vielgescholtenen sogenannten »Stamokap«-Theorie. Diese Theorie ist selbstverständlich richtig!

Die Kosten der Aufnahme neuer oder zusätzlicher Produktion sind vor allem durch den säkularen Zinsanstieg seit den 1950er Jahren inzwischen so hoch, daß wir einen »sich selbst tragenden« Kapitalismus im Marxschen Sinne gar nicht mehr haben. Da aber nun der große Reparatteur in Rente geht, will heißen: die Staaten anfangen (müssen) zu »sparen«, und sich *andere Aggregate*, die jene Zusatz-Nachfrage (= Neuverschuldung) ausüben können, die das System braucht, um zu überleben, *nicht finden*, ist der freie Fall der freien Wirtschaft nur noch eine Frage kurzer Zeit.

[...]

Der Mythos vom »Tauschmittel«

In den gelehrten Büchern über »Wirtschaft« erscheint das Geld unter »ferner liefen«. Es ist halt irgendwie »da«, man kann es nicht übersehen, insofern muß man darauf einige Zeilen verwenden. Doch seine Aufgabe ist, wie wir schon oben beim Engländer **Pigou** gesehen haben, letztlich nur die eines »Schmiermittels«, das dazu dient, die »eigentliche« Wirtschaft besser flupschen zu lassen.

[...]

Nein, liebe Freunde, mit dem »Geld« verhält es sich ganz anders, als die Professoren uns weismachen wollen. Die Vorstellung nämlich, da gäbe es auf der einen Seite die produzierten **Waren** und auf der anderen Seite das produzierte **Geld**, *ist völlig falsch*. Diese Vorstellung stammt aus einer anderen Vorstellung, wie sich die Wirtschaft wohl »in der Geschichte« entwickelt haben mag: Da hat vermutlich jeder so ein bißchen vor sich hingebosselt, hat irgend etwas produziert, was er nicht gebrauchen konnte, und das hat er dann mit anderen, denen es genauso erging, getauscht.

Damit dieses ewige Tauschen (zwei Esel = eine Kuh; 100 Amphoren = 35 Knieschienen usw.) zügiger und praktischer abgewickelt werden kann, hat irgend jemand gütigerweise das Geld er-

funden. Daher gibt es eben »Münzen«, mit denen unsere schlaun Vorväter bezahlt haben, und alles ging dann bis heute seinen Gang.

Dieses »Tausch-Paradigma«, die »Erfindung« des »Geldes« zur »Erleichterung« von Handel und Wandel, haben **Gunnar Heinsohn** und **Otto Steiger** in ihren Schriften glänzend widerlegt. Wir wollen hier noch ein wenig mehr in die Tiefe gehen, um die Vorstellung vom Geld als einem »Tauschmittel« ein für allemal auszurotten.

Bereits ein flüchtiger Blick auf die wirtschaftliche Wirklichkeit in der Antike zu der Zeit, da just jene »Münzen«, alias Geld, »erfunden« wurden, um angeblich den elenden und komplizierten Tauschhandel »zu erleichtern«, beweist uns, daß die ganze Geld=Tauscherleichterungs-Theorie hinten und vorne nicht stimmt.

So schreibt **Thomas Pekary** in seiner sehr guten Zusammenfassung »Die Wirtschaft der griechisch-römischen Antike« zum Thema:

»Interessant für die Beurteilung der **durchaus sekundären Rolle** des Geldes im antiken Handel (!) ist der Umstand, daß gerade diese ausgeprägte Handelsstadt (Karthago) erst Anfang des 3. Jahrhunderts mit der Münzherstellung beginnt, wie übrigens Rom auch.« (a. a. O., Seite 13)

So, so. Karthago, dessen Reichtum schon im 5. Jahrhundert sprichwörtlich war, ist die ganze Zeit, wie auch sein schnell expandierender Konkurrent Rom, ohne »Geld« ausgekommen? Ei, worin bestand denn dann der »Reichtum« dieser großen Mächte?

[...]

Das Tausch-Paradigma, auf dem die Nationalökonomie bis heute basiert und das bis in die neuesten Lehrbücher hinein behauptet, »produzierte Waren« würden gegen »produziertes Geld« getauscht bzw. »gewechselt«, dieses Tausch-Paradigma ist absolut und vollständig falsch Die »Wirtschaft« beginnt nicht mit dem Tausch, sondern mit der Schuld.

[...]

»Karthago verdankte aber seinen Reichtum, eine der wesentlichen Voraussetzungen seiner politischen Position, nicht so sehr der Landwirtschaft und dem Gewerbe, als vielmehr dem **Handel**. Und den Handel hatten die Oligarchen, die wohl in erster Linie Reeder und Bankiers waren, in der Hand.« (Seite 485 ff.)

Und weiter:

»Karthago trat spät in den Kreis der münzprägenden Staaten ein - die ersten stadtkarthagischen Münzen wurden erst nach der Mitte des 4. Jahrhunderts emittiert. Offenbar hatten es die karthagischen Wirtschaftsbosse bis zu dieser Zeit **nicht für nötig erachtet, sich der Münze als eines Mittels des internationalen und nationalen Zahlungsverkehrs zu bedienen.**« (a. a. O., Seite 489 f.)

Wir haben also Bankiers, wir haben nationalen und internationalen Zahlungsverkehr, wir hatten Handel und wir hatten Reichtum - aber ohne Münzen! Wie das?

Womit wurde »bezahlt«?

[...]

Die Antwort ist einfach: Geld gab es schon lange vor den Münzen. Geld gibt es, sobald es Schulden gibt. Denn Geld ist nichts anderes als umlauffähig gemachte Schulden, also Schulden, die auch noch von anderen anerkannt werden als jenen Gläubigern und Schuldnern, zwischen

denen die ursprüngliche Schuld einmal entstanden ist.

Wie alt sind dann die Schulden?

[...]

Die ältesten Urkunden, *Tontafeln* aus gigantischen Archiven, geben uns hinreichend Auskunft. *Massenhaft ist da von Schulden die Rede*, Stellvertretend sei nur auf den berühmten Gesetzestext des babylonischen Königs **Hammurabi** erinnert, wo es zum Beispiel in Paragraph 117 heißt:

»Gesetzt, einen Mann hat eine Schuldverpflichtung erfaßt, und er hat seine Gattin, seinen Sohn und seine Tochter für **Geld** verkauft oder in Schulddienst gegeben, so werden sie drei Jahre im Hause ihres Käufers oder Dienstherrn arbeiten, im vierten Jahre wird ihre Freilassung ausgeführt werden.«

Es gibt also »Schuldverpflichtungen«, und es gibt »Geld«, bevor überall Münzen »erfunden« waren.

Wie aber wird nun eine Schuldverpflichtung zu Geld?

Auch diese Frage ist jetzt nicht mehr allzuschwer zu beantworten. Dabei müssen wir uns an die Wortbedeutung von »Geld« halten, die offenbar ausdrücken will, daß etwas »gilt« oder »gültig« ist. In früheren Jahrhunderten wurde unser Wort »Geld« als »**Gelt**« geschrieben.

Was aber soll im Zusammenhang mit einer Schuld bzw. einer Schuldenregulierung die Vorstellung von »gelten«? Was bedeutet »gültig« sein?

Die Antwort finden wir sofort, wenn wir fragen: Wie lange soll etwas »gelten«, wie lange soll es »gültig« sein? »Gelten« oder »gültig sein« hat offenbar nur einen Sinn, wenn wir es **im Zusammenhang mit Zeit betrachten!**

Wir sagen auch heute »gültig bis auf Widerruf«. Oder: »Das gilt nur bis zum . . . « (und dann setzen wir ein Datum ein).

Und damit haben wir das »Geld«- alias »Gültigkeits«-Rätsel gelöst.

Schulden starten in dem Augenblick, da zwischen Gläubiger und Schuldner ein Schuldverhältnis vereinbart wird. Dieses Schuldverhältnis hat eine konkrete Leistung zum Inhalt. Wird diese Leistung erbracht, ist das Schuldverhältnis erloschen.

Beispiel: Ein Bauer, dessen Ernte verhagelt ist, leiht sich von einem anderen Bauern zehn Sack Saatgut, um überhaupt weiterarbeiten zu können. Es wird vereinbart, nach der nächsten Ernte zwölf Sack Saatgut (oder mehr) zurückzuzahlen.

Nehmen wir an, der Schuldner schafft es mit der Rückzahlung. Was aber macht der arme Gläubiger mit den *zusätzlichen* zwei Sack? Mehr als die zehn Sack, die er in Reserve hatte, die er sonst auch nicht hätte verleihen können, braucht er nicht. Dieses Saatgut ergänzt er immer wieder aus der eigenen Ernte. Nun hat er zwei (oder mehr) zusätzliche Säcke da stehen. Das zusätzliche Saatgut hat für ihn keine Funktion, gibt keinen Sinn, zumal es im Laufe der Zeit vergammelt.

Was der Gläubiger brauchen könnte, und nur so wird er sich auf ein Kreditgeschäft einlassen, wäre Saatgut, das er dann, wenn er es selbst einmal benötigt, zum Beispiel im Falle einer eigenen Mißernte, »abrufen« kann. Bis dahin hätte er gern einen »Anspruch« auf zusätzliche Säcke Saatgut, ohne sie schon jetzt übernehmen zu müssen. Er hätte also gern Saatgut, *aber »später«, also dann, wenn er es wirklich braucht*. Er wünscht sich als »Zins«-Zahlung nicht **sofort** verfügbares, sondern **später** verfügbares Saatgut. Oder eben ein Anrecht auf Saatgut, das er immer dann ausüben kann, wenn er es will, Der Gläubiger will eine **Option**.

Der Gläubiger braucht Saatgut, das länger »gültig« ist, als dies bei der natürlichen Beschaffenheit von Saatgut darzustellen ist. Niemand verleiht Saatgut, wenn er mit den Zinsen auf das verliehene Saatgut, ebenfalls Saatgut, nichts anfangen kann, weil es ihm verdirbt.

Was der Gläubiger als Zinszahlung haben will, ist ein Anspruch auf Zahlung (= Lieferung von Saatgut), wann immer er es haben will. Der Gläubiger will nicht einfach nur eine Option, sondern eine **Option ohne begrenzte Laufzeit**.

Und das ist genau die Entstehung des »Geldes«: Es muß sich um eine »Zahlung« handeln, die ich nicht im Augenblick der Zahlung auch verwenden, d. h. verbrauchen muß. Sondern die ich dann verwenden (verbrauchen) kann, **wann ich will**. Die ich- wegen dieser Eigenschaft, »später« und besser noch: »immer« verfügbar zu sein - an einen anderen weitergeben kann, der sie gerade verwenden (verbrauchen) kann oder will und der sie mir daher abnimmt. Was ich als Gläubiger dann bewerkstellige, wenn ich gegen den bei mir liegenden »gültigen«, weil zeitlich weiter geltenden Anspruch, etwas anderes haben will, zum Beispiel Tongefäße oder Vieh.

Geld ist also nichts anderes als ein über den Zeitpunkt der Zahlung einer bestimmten Schuld (bzw. der Zinsen auf diese Schuld) hinaus gültige Forderung oder Option, die der Gläubiger oder jemand, an den er diese Forderung (Option) abgetreten hat, sich erfüllen lassen kann - was die »Umlauffähigkeit« dieser Forderung (Option) definiert.

[...]

Zins und Zinshöhe: ein Gläubigerproblem!

[...]

An dieser Stelle ist vom **Zins** und vom **Risiko** zu sprechen. Es gibt Zinstheorien wie Sand am Meer, die wir hier nicht im Detail untersuchen müssen, zumal in manchen ein Körnchen Scharfsinn steckt. Der Zins als »Entgelt für Verzicht«, als »Prämie für Zeit«, als »Aufschlag für die Verfügbarmachung erst später >fällig< Güter in der Gegenwart«, als »Prämie für das Risiko«, also letztlich als ein »abzählbarer«, ein »materialisierter« Wunsch des Gläubigers nach »mehr Sicherheit«. In diesem Zusammenhang muß nochmals auf die bahnbrechenden Untersuchungen von **Gunnar Heinsohn und Otto Steiger** verwiesen werden.

Wir möchten aber einen entscheidenden Schritt weitergehen und die Frage nach *dem wahren Charakter des Risikos* stellen. Liegt dieses Risiko wirklich nur in der zeitlichen und räumlichen Trennung des Gläubigers von dem »Gut« (später, nach »Erfindung« der Münzen, von »Geld« im traditionellen Sinne)? Ist der Zins als Risikoprämie wirklich sozusagen das *Spiegelbild der Wiedersehensfreude*?

Dann muß man sich doch fragen, warum es bei ganz, ganz sicheren Schuldnern überhaupt einen Zins gibt, weil man bei denen sein Geld doch ganz, ganz bestimmt wiedersieht. Worauf wieder nur mit dem »Aufschlag für Verzicht« zu antworten wäre, was aber nicht überzeugt. Denn auf das, was der Gläubiger ohnehin im Überfluß hat, sonst könnte er es ja nicht abgeben (»verleihen«), verzichtet er ja sowieso. Mehr als satt konnte in den Kulturen, wo zum erstenmal »geliehen« wurde, niemand werden, und das, was übrig war, lag ohnehin herum.

Worauf man mit dem Argument der *Vielzahl* der Schuldner kommen könnte, denen letztlich nichts übrigbleibt, als sich gegenseitig zu »überbieten«, will heißen: Irgendwer, der es besonders »nötig« hat, wird nicht nur die Rückzahlung anbieten, sondern noch etwas »drauflegen« bei der

Rückzahlung. Da aber - wie in der Algebra auch - alles in der Geschichte mit der Ziffer »Eins« beginnt, muß man sich bei dieser Interpretation fragen, wo ist denn beim allerallerersten Schuldverhältnis, das es mit Sicherheit gegeben hat und das mit Sicherheit nur aus einem Schuldner und einem Gläubiger bestand, der zweite, dritte, vierte Schuldner, der den ersten überboten hätte, um einen »Zins« zu konstruieren. In den frühen, doch stark »ländlich« strukturierten »Kulturen« waren sich die einzelnen nicht so »fern«, daß sie gleich einen »Zins« hätten fordern müssen. Wo bleibt die Solidarität, die berühmte »Nachbarschaftshilfe, die bis heute zinsfrei in Anspruch genommen wird, wenn sich Frau Meier von Frau Schröder einen Becher Mehl »leiht« oder auch mal mehr?

Wir sind schockiert, wenn wir uns die Zinssätze anschauen, mit denen »die Alten« leben mußten. In Babylon sind 20 Prozent der Standardsatz, und selbst ein so braver Kerl wie Sokrates hat keinerlei Scheu, sein Vermögen mit 12 Prozent Zinsen »für sich arbeiten« zu lassen. Vielfach wird versucht, den Zinssatz *gesetzlich zu begrenzen*, ein Unterfangen, das im römischen Zwölf-tafel-Gesetz zu erster Blüte kommt (ca 450 vor Christus) und das sich bis in die heutigen bürgerlichen Gesetzbücher gehalten hat, wo sich so liebenswürdige Vorschriften finden wie das Verbot des »Zinseszinses« (§§ 248 und 289 im bundesdeutschen BGB) oder eine Schuldnerschutz-Vorschrift, die einer »Bewucherung« vorbeugen soll, indem »rückständige Zinsen« das Kapital niemals übersteigen dürfen, solange sie der Gläubiger nicht einklagt (§ 1335 im österreichischen ABGB).

Wir kommen gerade auf den »Zinseszins« noch zurück.

Warum gab es in der Frühzeit der Schuldverhältnisse, beim Start des debitistischen Kapitalismus so exorbitant hohe Zinssätze?

War wirklich das »Risiko« so hoch, daß der Schuldner (so wie wir heute »Risiko« definieren würden) einfach verschwand oder sonst auch keine Anstalten machte, zu leisten?

Das können wir ausschließen.

Damals konnte der säumige Schuldner nicht nach Paraguay ausweichen, und daß er sich einfach in die Sonne setzte, und seine Schulden »laufen« ließ, ist auch kaum vorstellbar. Die Schuldner damals hießen nicht Mexiko. Die Schuldner damals waren deutlich, das heißt für ihren Gläubiger sichtbar, unter »Druck«. Bauern legen Bauern nicht so leicht aufs Kreuz. Wer von vorneherein als faul gilt und wer deshalb in »Not« kommt (weil er seine Urschuld nicht mehr abtragen, sich also das zum Leben »Notwendige« nicht mehr beschaffen kann), der kriegt mit Sicherheit von vorneherein keinen »Kredit«, weil man ihm nicht traut (»credere« = vertrauen, glauben).

Das Problem ist nicht der Schuldner. Das Problem ist der **Gläubiger!**

[...]

Die Sache mit dem hohen Zins ist das gleiche wie heute eine »Geldanlage«-Politik, die unter dem Namen »cost averaging« bekannt ist: Man kauft bei fallenden Kursen dazu, um seinen Durchschnittspreis (oder -kurs) zu senken. Damals war das Problem sozusagen ein »esteem averaging«: Der Ausgleich bei der »Einschätzung« eines Überfluß-Gutes muß so erfolgen, daß bei einer Vermehrung des Überfluß-Gutes diese Vermehrung (mal »Einschätzung« der vermehrten Menge) insgesamt für den Gläubiger positiv ausfällt.

Wir wissen, daß sich die Preisbildung für »Grundnahrungsmittel« auf freien Märkten bis heute in starken, aber auch regelmäßigen Schwankungen vollzieht. Dieses Phänomen ist unter dem

Namen »Schweinezyklus« bekannt.

[...]

Der Grund für solche Zyklen muß hier nicht weiter interessieren. Beim »Schweinezyklus« ist es die »Dummheit der Bauern«, die immer, wenn die Preise hoch sind, damit rechnen, daß die Preise hoch bleiben und ergo ganz viele Schweine züchten, was die Preise aber zum Einsturz bringt, und wenn wieder alle Schweine geschlachtet wurden, ist Schweinefleisch so knapp, daß die Preise wieder steigen, und so weiter ad nauseam.

Wir können bestätigen, daß die Preise nicht nur heute, sondern auch früher in der Geschichte immer stark geschwankt haben, was die umfangreiche preisgeschichtliche Literatur bestätigt. Wenn wir davon ausgehen, daß die *starken Preisbewegungen* nichts anderes wiedergeben als *starke Mengenbewegungen*, also einen immer wieder auftretenden Wechsel von »Zuviel« oder »Zuwenig« anzeigen, können wir dem Zinsphänomen auf die Schliche kommen.

In den frühen Wirtschaftsformen, wo wir den Übergang von der Bedarfsdeckungs-Ökonomie (jeder Bauer arbeitet auf seinem Land für sich) zum Kapitalismus (der erste Landeigentümer macht die ersten Schulden, indem er sich von seinem Nachbarn etwas leiht) ansetzen müssen, gab es ebenfalls starke, möglicherweise sogar *extreme* Mengenschwankungen. Sehr gute Ernten wechselten mit sehr schlechten ab, was nicht nur die biblische Geschichte mit Josef und den sieben fetten und den sieben mageren Jahren beweist (in einem noch relativ stetigen, weil recht gleichmäßig bewässerten Gebiet wie dem unteren Niltal). Sondern da gab es auch noch Regen-, Insekten-, Klimarisiken.

Da sich gleichmäßige Rhythmen in Mengen ergeben, beeinflußt das nicht nur die Einschätzung der vorhandenen, sondern auch der künftig zu erwartenden Erntemengen. War eine Ernte sehr schlecht ausgefallen, ergab sich dieses Bild:

Einige Landbesitzer hatten nicht genug geerntet, um davon bis zur nächsten Ernte zu leben, sie haben auch nicht genug Saatgut um überhaupt an eine nächste Ernte denken zu können. Andere haben gerade genug zu essen, aber kein Saatgut. Diese beiden Gruppen sind *die potentiellen Schuldner*. Denn sie müssen jemandem finden, der sich in einer Überschuß-Position befindet.

Das können nicht die dritten sein, die außer zum Essen noch gerade genug Saatgut haben, um wieder eine Saison überstehen zu können. Sondern es können nur die vierten sein, die noch Saatgut »übrig« haben, Getreide also, das sie nicht »brauchen«, weder zum Essen noch zum Aussäen: *die potentiellen Gläubiger*.

Die potentiellen Schuldner müssen bei den potentiellen Gläubigern vorbei - oder untergehen, weil sie an ihrer Urschuld scheitern, an der Verpflichtung, sich am Leben zu erhalten. Die Lage des Schuldners ist einfach und ohne weiteres nachzuvollziehen.

Wie aber sieht es der Gläubiger?

Er kann jetzt entweder mit einer weiteren Mißernte rechnen. Oder mit einem guten Ergebnis, vielleicht sogar mit einem »bumper harvest«, wie es im amerikanischen Mittelwesten so schön heißt.

Rechnet er mit einer Mißernte, schickt er den potentiellen Schuldner wieder weg, er muß ihn seinem Schicksal überlassen. Denn bei der Weggabe von weiterem Saatgut könnte auch er möglicherweise untergehen. In einem solchen Fall kommt es überhaupt nicht zum Leih- bzw. Verschuldungsvorgang, da kann der »Arme« jammern, wie er will, und die großartigsten Versprechungen machen, also die höchsten »Zinsen« bieten. Der Gläubiger sieht nicht die »Si-

cherheit« des verliehenen Gutes als vorrangig an, sondern seine eigene. Daher kommt es zu einem Leih- bzw. Verschuldungsvorgang nur, wenn der Gläubiger sicher ist, daß - in der bekannten Rhythmik von guten und schlechten Ernten - die nächste Ernte wieder eine gute sein wird.

Nur dann wird er etwas hergeben. *Aber dann weiß er auch, daß mit der guten Ernte eine schnelle »Entwertung« aller Bestände eintreten wird*, der alten und der neuen, ganz einfach weil die *Menge steigt*. Diesen Wertverlust muß der Schuldner kompensieren - eben durch den **Zins!** Und wenn, was zu erwarten ist, sehr starke Schwankungen bei den Ernten eintreten, also auf eine sehr schlechte eine sehr gute Ernte folgt, ergeben sich auch entsprechend hohe Zinsen - jene 20 bis 50 Prozent und mehr, von denen wir aus den alten Schuldurkunden wissen.

Der Zins muß den Wertverlust ersetzen, der zum Zeitpunkt der Rückzahlung eintritt, weil die Rückzahlung (besser: Rückgabe des Geliehenen plus des als »Zins« Vereinbarten) immer nur in einer allgemeinen »Überschuß-Situation« möglich ist. Die aber bedeutet: gestiegene Mengen, ergo (später, wenn die »Märkte« voll funktionieren) niedrigere Preise.

Ein **Beispiel**:

Die »übliche« Preisschwankung liegt zwischen 100 und 50 »Geldeinheiten« GE. Wiewohl es noch kein »Geld« gibt, arbeiten wir damit, um die »Einschätzung« (»esteem«, »Wertschätzung«) des Nachfragers gegenüber der »Ware« auszudrücken.

- Also:
1. Jahr: Preis = 100,- pro Einheit.
 2. Jahr: Preis = 50,- pro Einheit.
 3. Jahr: Preis = 100,- pro Einheit.
 4. Jahr: Preis = 50,- pro Einheit, usw.

Im dritten Jahr kommt es zur bekannten Mißernte, potentielle Schuldner treten auf. Einer benötigt 10 Einheiten zum Preis von 100,- um zu überleben.

Der Gläubiger weiß aber schon (oder glaubt zu wissen), was im vierten Jahr passiert, nämlich aufgrund der Erfahrung, die er zwischen dem ersten und zweiten Jahr gewonnen hat: Der Preis wird sich wieder halbieren.

Er gibt die 10 Einheiten ab, die mit 100,- GE bewertet sind (hohe Einschätzung, da Mißernte-Jahr). Seine Abgabe hat einen Wert von 1000,-.

Ein Jahr später erhält er die 10 Einheiten zurück, die aber (Überschuß-Jahr) nur noch je 50,- GE wert sind. Die Rückgabe seitens des Schuldners hat nur einen Wert von 500,-. Der Gläubiger wird dem Schuldner sagen: Ich leih's dir gerne, denn du bist ja mein Nachbar, Solidarität und so. Aber ich möchte wenigstens so viel an »Wert« zurückhaben, wie ich dir gegeben habe. Er wird also nicht nur 10, sondern (mindestens) 20 Einheiten zurück haben wollen, um wieder auf den Ausgangswert von 1000,- zu kommen.

Schon liegt der Zins bei 100 Prozent! Wobei der Zins schlicht als das definiert werden kann, was der Gläubiger zurückhaben muß, um sich zum Zeitpunkt der Rückzahlung nicht schlechter zu stellen als zum Zeitpunkt der Ausleihe. Denn Schuldner (Zeitpunkt der Ausleihe) finden sich nur ein, wenn etwas besonders knapp ist. Und Rückzahler sieht man nur, wenn es dann eben (insgesamt) wieder erheblich besser geht.

In den frühen »Hochkulturen«, die nichts anderes waren als Premieren des debitistischen Kapitalismus, sehen wir nur wenige Produkte, deren Preis-(Wert-)Zyklus überdies noch ziemlich gleichgeschaltet ist. »Diversifikation« oder »Risikostreuung« (regional oder im Sortiment) gibt es noch nicht. Aber es gibt diese vermaledeiten starken Wert-(Preis-)Schwankungen, die den

Zins automatisch in die Höhe schnellen lassen.

Bei so hohen Zinsen ist aber sofort klar, was passiert, wenn die Sache schiefgeht:

Kommt es entgegen den Erwartungen noch einmal zu einer Mißernte, schaukeln sich die Gläubiger/Schuldner-Verhältnisse schnell weiter in die Höhe. Schuldner müssen, wie in der Bibel und anderswo immer wieder beschrieben, erst ihre Familienmitglieder, dann sich selbst in Schuld-»Knechtschaft« begeben. Zum Schluß wird der Schuldner, der keine »Sache« leisten kann, selbst zur »Sache«. Er wird versklavt. Das römische Recht wird mit seiner schlichten Vorschrift, daß Sklaven »Sachen« sind, immer für empörend rückschrittlich oder »unmenschlich« gehalten. *Es ist aber nichts anderes als die logische Konsequenz aus Schuldverhältnissen in einer Zeit stark schwankender Preise, ergo sehr hoher Zinsen.*

Kommt es, wiederum entgegen den Erwartungen, zu einer extrem guten Ernte, entspannt sich die Lage, es sei denn, es seien »Geld«-Leistungen vereinbart worden und die Schuldner können aufgrund der dann völlig zusammengebrochenen Preise nicht so viel »Geldeinheiten« beschaffen (per Verkauf ihrer »Überschüsse« auf den »Märkten«), wie sie brauchen, um den/die Gläubiger zu befriedigen. Dann heißt es auch für sie letztlich: »Schuldknechte, marsch!«

Da aber nach der Weiterentwicklung der kapitalistischen Geldwirtschaft zur kapitalistischen Münzgeldwirtschaft der Gläubiger mit Hilfe des zurückge»zahlten« (= vorgezählten) Geldes »mehr« anfangen kann, sowohl im Raum (Warenauswahl) als auch in der Zeit (Wartenkönnen wegen des Edelmetall-Charakters), entspannt sich die Lage.

Der **Zinssatz** beginnt, wie Proudhon ganz richtig beobachtet hat, zu **sinken**.

Und als der Zinssatz gegen Ende des 19. Jahrhunderts endlich weltweit auf zwischen 2 und 3 Prozent gesunken ist, schreibt der »Brockhaus« in seinen Ausgaben vor dem Ersten Weltkrieg unter dem Stichwort »Zins« immer dasselbe und immer völlig zu Recht:

»Mit dem Steigen der Kultur pflegt der Zinssatz zu sinken.«

Damals waren **Kultur und Kapitalismus** in der Tat auf einem Höhepunkt angekommen, den sie vermutlich in der Geschichte nicht mehr erreichen werden.

[...]

Don Perignon oder Dosenbier?

Der Kapitalismus hat sich entfaltet wie die Königin der Nacht. Eine wunderschöne Blüte, die sich immer weiter öffnet. Wir begreifen immer mehr, warum es Wohlstand gibt und Wachstum, warum die Menschen letztlich im Kapitalismus immer besser leben, immer länger.

Es funktioniert, Menschen permanent unter Schuldendruck zu halten. Es ist der Angstschweiß der von Illiquidität bedrohten Privateigentümer, die Furcht, ins Nichts zu sinken, wenn man nicht leistet, die uns alle vorwärtstreibt.

Aber der Kapitalismus ist nicht nur schön und kalt. Er ist nicht nur ein System, das einen schier unerträglichen Druck schafft. Sondern er ist auch warm und endlich. Denn er löst die Schulden, die ihn vorwärtstreiben, immer wieder auf.

Wie verschwinden die Schulden, die den Kapitalismus vorwärtstreiben? Wir beschränken uns

auf jene Schulden, die in der »Wirtschaft« entstehen. Die »Urschuld«, die der Mensch gegen sich selber hat, erlischt mit seinem Tode oder an dem Tag, da er sich aufgibt. Der Penner ist fast schuldenfrei, der Fixer tilgt die Urschuld mit dem letzten, gold'nen Schuß. Die Schulden gegen die Gottheit existieren nicht mehr, sobald sie negiert werden, sobald wir nicht mehr glauben. Atheisten sind schuldenfrei, alles, was sie noch umtreibt, ist das »schlechte Gewissen«: War da nicht doch etwas, das ich übersehen habe?

Oft greift das eine ins andere: Die Plünderung von Tempeln, wie sie seit der Antike gang und gäbe war, spielt den Plünderern zusätzliche Mittel in die Hand, um damit die diesseitigen Schuldenprobleme zu lösen.

Vom General Bonaparte wissen wir, welche Rolle für seinen Aufstieg und die finanzielle Lage der ganzen Nation der Raub der Kirchengüter in Italien spielte - eine Summe, die auf 120 Millionen Gold-Franken beziffert worden ist, - mehr als die durchschnittliche Weltjahresproduktion 1750-1800)

Wir wollen hier zunächst nur fragen: Wie gehen Schulden wieder weg, die privaten Schulden, die zwischen den einzelnen »Wirtschaftssubjekten« vereinbart wurden, seien dies nun Subjekte im Sinne von »Personen« (Konsumenten, Einzelunternehmer) oder Kapitalgesellschaften wie AGs und GmbHs. Wie?

Zunächst führen wir uns noch einmal das Grundproblem vor Augen, das jeder Gläubiger/Schuldner-Beziehung die Würze gibt: **Der Gläubiger gibt etwas ab, was er selbst nicht braucht.** Daher ist anzunehmen, daß er es, wenn es - vermehrt um den vereinbarten Zins - eines Tages zurückkehrt, möglicherweise **noch viel weniger braucht.**

Wenn sich der Gläubiger mit etwas »bezahlen« läßt, was zwar eine »Zahlung« ist, in dem Sinne, daß das ursprüngliche Schuldverhältnis damit erloschen ist, was sich dann aber bei Licht besehen nur wiederum als eine *Forderung* herausstellt, diesmal gegen einen bisher noch nicht in Erscheinung getretenen Dritten oder Vierten, dann ist die Schuld natürlich *nicht* erloschen! Alles, was stattgefunden hat, war ein Schuldner-Wechsel.

Beispiel: Der A hat dem B eine Million geliehen. Der B zahlt fristgerecht zurück, inklusive Zinsen also 1,1 Millionen. Aber womit zahlt er?

Zahlt er mit einem Scheck oder mit einer Anweisung auf seine Bank, dann ist sofort klar, was läuft: Die Schuld ist nicht verschwunden, sondern das Schuldverhältnis besteht fort, jetzt hat A eine Forderung gegen C, die Bank. Selbst wenn B mit einem Koffer Bargeld daherkommt und die 1,1 Millionen in Banknoten vorblättert, dann will A als »Zahlung« in Wahrheit ja nicht die Banknoten haben. Wollte er sie wirklich haben, würde er sie bei sich behalten, jeden Tag anschauen und zugucken, wie sie langsam verschimmeln. Nein, A »zahlt« seine »Zahlung«, die er von B erhalten hat, sofort wieder irgendwo ein und hat statt der Forderung gegen B jetzt eine Forderung gegen C, die Stelle, wo er sein Geld eingezahlt hat.

Wir kommen also erneut zu der überraschenden Erkenntnis, daß im Kapitalismus überhaupt nicht mit »**Zahlungsmitteln**« gezahlt wird, sondern immer nur und immer wieder mit »**Zahlungsversprechen**«.

Wie aber verschwinden dann Schulden?

Und zwar end-gültig? So, daß also gezahlt wird, daß die Schuld am »Ende« als erloschen »gilt«?

Diese Frage ist für jeden, der sich in den Debitismus hineingedacht hat, einfach zu beantworten:

Schulden verschwinden nur durch eine Leistung, die als endgültig akzeptiert wird. Eine Leistung, die im ausgezahlten Gläubiger nicht wieder den Wunsch weckt, sie weiter zu verwenden.

Nehmen wir das Gold als Beispiel, um den Übergang vom Zahlungsverprechen zur Zahlung, zur Leistung und zurück zur Zahlung usw. zu verstehen:

Gold sei anerkanntes (oder gesetzlich »gültiges«) Zahlungsmittel, wie dies im Währungssystem des »Goldstandards«, der Fall war. Jemand hat zehn Goldstücke geliehen und muß elf zurückzahlen. Der Gläubiger kann nun das elfte Goldstück weiterhin als »Zahlungsmittel« verwenden; indem er es einem nächsten Schuldner leiht. Er kann es auch vorübergehend bei sich aufbewahren, dann ist das Goldstück ein Zahlungsmittel im Wartestand, die »permanente Option«, die wir kennengelernt haben. Er kann es aber auch zu einem Ring verarbeiten, dann hat er dem Gold die Möglichkeit, Zahlungsmittel zu sein, genommen. Er hat das elfte Goldstück als endgültig bei sich verbleibend akzeptiert. Nach einiger Zeit kann er den Ring wieder einschmelzen lassen, das Gold zur Münze tragen und ein Goldstück prägen. Dann hat er diesen Weg umgedreht.

Dieser Weg »zurück« ist nur bei Gold (Edelmetall) möglich, und damit sind wir am Kern: Wenn Zahlungsmittel, die in Wahrheit immer Zahlungsverprechen sind (jedenfalls in den »modernen« Volkswirtschaften, die keinen Goldstandard [Edelmetallstandard} mehr kennen), sich in eine als endgültig vom Gläubiger akzeptierte Form verwandeln, *und aus dieser Form nicht mehr umgekehrt zu Forderungen werden können*, dann, und erst dann, ist die Schuld »erloschen«.

Wir sehen, daß der normale Weg, Schulden zum Verschwinden zu bringen, der Konsum ist.

Konsum ist ein Vorgang, der nicht zurückgedreht werden kann (wie beim Gold, das, als Ring »verkonsumiert«, wieder als Zahlungsmittel »auferstehen« könnte). Konsum ist daher die unmittelbarste und auch einleuchtendste Form des Erlöschens von Schulden. Insofern ist Karl Marx bei seiner Stöpselerei mit der Realisierung des Mehrwerts nicht völlig auf dem Holzweg gewesen: Er sagt ja deutlich, daß sich der *Mehrwert* in Form von *Unternehmer-Konsum* »realisieren« läßt, wie wir oben sahen.

Gäbe es keinen Konsum, wär der Kapitalismus nach wenigen Runden am Ende. Die zusätzliche Neuverschuldung, die sich immer wieder finden müßte, um die Vorfinanzierungskosten einzuspielen, würde in Form einer klassischen Zinseszinskurve *exponentiell explodieren*.

Aber: Gäbe es keinen Konsum, gäbe es auch keinen Zwang, sich am Leben erhalten zu müssen, gäbe es ergo keine Urschuld, gäbe es also auch keinen Zwang zu wirtschaften, d. h. Schulden zu machen, um zu produzieren, um auf diesem Weg seine Urschuld abtragen zu können. *Konsum und Kapitalismus gehören zusammen*, wie eineiige Zwillinge, und politische Strömungen, die diese Brüderschaft kritisieren und dabei penetrant den Zeigefinger heben und über »Konsumrausch«, alias Lebensfreude herziehen, sind absolut fehl am Platze. Die »Grünen« sind nicht nur »Systemgegner«, sondern wahre Menschengegner.

So wie es gar nicht genug Schulden geben kann, um möglichst viele Menschen unter debitorischen Druck zu setzen, damit die Wirtschaft vorwärtsgeprügelt wird, damit es allen besser geht, so kann gar nicht genug konsumiert werden! Und wo die Quantität nicht vertilgt werden

kann, flieht sie in die Qualität! Verzehrt statt Bier und Kartoffelbrei ausschließlich Beluga-Kaviar mit Dom Perignon.

Wir haben als Urquelle alles Wirtschaftens den Versuch definiert, die Urschuld abzutragen, sich also am Leben zu erhalten. Daraus entsteht der debitistische Prozeß, weil dieses Abtragen der Urschuld über Arbeitsteilung und freie Märkte, eben »Kapitalismus«, am effizientesten bewerkstelligt wird. Wenn wir das Abtragen dieser Urschuld (»Wohnen, Essen, Kleiden«) als »Konsum« bezeichnen, so müssen wir dieses andere Ende des Debitismus, dieses Ende, wo die Schulden endgültig, und möglichst auf Dom-Perignon-Niveau, erlöschen, noch fester ins Auge fassen und in die Theorie einbinden, die wir entdeckt haben:

Eine Schuld erlischt nur per Konsum des Gläubigers. Oder gesamthaft definiert: **Schulden verschwinden nur durch Konsum aller Gläubiger.** Wobei ohnehin nur jemand konsumieren kann, der Gläubiger ist, der eben ein »Zahlungsmittel« hat, mit dessen Hilfe er sich Konsumgüter kaufen kann. Dieses »Zahlungsmittel« ist a priori immer ein Zahlungsverprechen - bis zu jenem Moment, da die Zahlung als endgültig angesehen wird.

Konsum? Konsum!

Um von der etwas einseitigen Vorstellung der Kaviar und Dom Perignon »verzehrenden« Gläubiger wegzukommen, wollen wir »Konsum« durchaus so weit fassen wie möglich. Wir definieren:

Konsum ist eine vom Gläubiger als für sich endgültig akzeptierte Leistung, die ihm zur Auflösung eines Schuldverhältnisses offeriert wurde. Diese Leistung muß aus einem unter debitistischen Voraussetzungen geschaffenen Produktions-(Dienstleistungs-)Akt stammen, sonst handelt es sich wieder nur um die oben schon diskutierten Tauschvorgänge.

Also: Die Frucht muß konsumiert werden und nicht das Grundstück getauscht werden, auf dem der Baum steht, der die Frucht getragen hat, selbst wenn das Grundstück nur mit dem Marktwert der einen Frucht bewertet wird.

Konsum im Sinne einer endgültigen Leistung muß **irreversibel** sein, darf also nicht zurückgedreht werden. Das ist bei sogenannten »langlebigen« Gebrauchsgütern ein Problem, weil jemand sein Auto, das er sich gekauft hat, total verkonsumieren, aber auch nach kurzer Zeit wieder in den Markt (= Schuldentilgungs- und Schuldenumverteilungsort) zurückschleusen kann, um sich wieder »Zahlungsmittel« (in Wahrheit: Zahlungsverprechen) zu besorgen, um sich für den »Zeitwert« des gebrauchten Autos eine Reise auf die Malediven zu leisten.

Wir fassen zusammen:

Kapitalismus ist durch Eingehen von Schulden, d. h. die Vorfinanzierung von Produktion definiert. Die Kosten der Vorfinanzierung müssen jeweils durch spätere Schuldner und deren eigenes Schuldenmachen realisierbar gehalten werden. Dieser »debitistische« Prozeß hat dabei eine jeweils ganz konkret zu ermittelnde Gesamtsumme von Schulden, die sich wiederum durch neues Schuldenmachen vermehrt und durch Konsum vermindert. Konsum ist dabei als die endgültig empfundene, irreversible Leistung.

[...]

Schulden verschwinden nicht von selbst. Es muß etwas »geschehen«, damit sie erlöschen.

Was im Kapitalismus geschehen müßte, um Schulden verschwinden zu lassen, haben wir kennengelernt: Der Gläubiger muß eine Zahlung (Leistung) als endgültig ansehen. Das geschieht üblicherweise durch Konsum des Gläubigers, womit er seinerseits wieder einen Teil seiner Urschuld abträgt, das können aber auch alle möglichen sonstigen Vorgänge sein: Kauf einer Ma-

schine, nicht um sie produktiv einzusetzen, sondern um sie auf dem Hof verrotten zu lassen. Bau eines Fabrikgebäudes, das anschließend leer stehen bleibt. Errichtung eines Denkmals. Und so fort.

Vorsicht beim »Denkmal«: Es muß eines sein, daß ein reicher Fabrikant für sich errichten läßt, wobei er Teile seiner Gläubiger-Position aufgibt, indem er »bezahlt«. Denkmäler, die der Staat errichtet und mit den üblichen Staatsschulden finanziert, vermehren nur die Schulden und sind kein Konsum, weshalb überhaupt das Wort »Staatskonsum« irreführend ist. Der Konsum des Denkmals tritt erst ein, *wenn der Staat bankrott macht und die Staatsschulden verschwinden*: Dann darf das geprellte Publikum das Denkmal in Höhe der wertlos gewordenen Staatspapiere konsumieren. Dann gehört das Denkmal endlich dem Volke.

Durch Tauschakte verschwinden Schulden nicht! Dabei gibt es immer nur einen Gläubiger/Schuldner-Wechsel. [...] Man kann es auch noch anders formulieren: Güter, die mit Hilfe von Schulden produziert wurden, werden in dem Moment von **Kauf-** zu **Tauschgütern**, da die **Schulden**, die zu ihrer Entstehung gemacht wurden, **gestrichen** werden, entweder freiwillig (Erlaß) oder durch den zwanghaften Gang der Dinge (Crash).

[...]

Die Inflation

[...]

Die freie, die kapitalistische, unter debitistischem Druck stehende Wirtschaft ist tendenziell inflationär, weil die neu geschaffene *Schuld*, alias Geld, alias Kaufkraft, alias Nachfrage auf das vorhandene Leistungs- bzw. Produktionsvolumen trifft und ergo die gute alte Vorstellung greift, daß »zuviel Geld« »zuwenig Waren« gegenübersteht, ergo die Preise dieser Waren (ausgedrückt in diesem »Geld« eben) steigen müssen,

Aber: Während die Schuld läuft, ist der Schuldner seinerseits unter Druck und muß anfangen zu leisten. Sobald seine Leistung auf den Markt trifft, gilt natürlich umgekehrt: »Zuviel Waren« treffen auf »zu wenig Geld«. Das heißt: das Verhältnis hat sich jetzt wieder zugunsten der Waren verschoben, die ihrerseits »billiger« werden.

Ein einfaches **Beispiel**:

Phase A (inflationär): Jemand kauft 1000 Porsches auf Kredit. Damit er die Autos kriegt, bietet er höhere Preise, das allgemeine Preisniveau steigt.

Phase B (deflationär): Um den Kredit zum Kauf der 1000 Porsches abzulösen, produziert der Schuldner eine Million Skateboards. Die wirft er auf den Markt, die Skateboard-Preise und damit das allgemeine Preisniveau fallen.

Kurzum: **Der Kapitalismus ist nichts als eine endlose Kette von Millionen kleiner Inflationen und Millionen kleiner Deflationen.**

Denn das Porsche/Skateboard-Beispiel ist jeden Tag auf jedem nur denkbaren Markt millionenfach zu sehen.

Der Normalzustand der freien Wirtschaft ist daher das stabile Preisniveau. Denn die Inflationen und Deflationen heben sich letztlich gegenseitig auf. Und wie könnten auch die Preise dauerhaft steigen oder dauerhaft fallen? Denn die Schulden, die gemacht wurden, um an einem Markt Nachfrage zu entfalten, treiben dort die Preise hinauf und führen automatisch an einem anderen Markt zu fallenden Preisen, da dort wenig später die mit Hilfe der Schulden vorfi-

nanzierte Produktion, also »mehr Menge« eintrifft.

Insofern haben die Wirtschaftspolitiker absolut recht, wenn sie als ihr Ideal das »stabile Preisniveau« bezeichnen. Ein so eminent kluger Kopf, wie der ehemalige Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« **Jürgen Eick** hat diesen absolut erstrebenswerten und einer freien Wirtschaft angemessenen Zustand einst als »Nonflation« bezeichnet.

Kapitalismus und Nonflation. Das ist es!

Nur leider: So einen schönen Zustand kann es nur geben, wenn wir alle mit ehrlichen Karten spielen. Wenn wir als Schuldner auch alle zur (deflationären), Leistung zu zwingen sind. Sobald ein Falschspieler am Tisch Platz nimmt, ist es aus.

Dieser Falschspieler ist der Staat.

Der Staat als infallibler¹ Schuldner.

Denn ein Schuldner, der zwar Schulden machen darf, der aber anschließend nicht zur Leistung zu zwingen ist, muß das Preisniveau inflationieren.

Daher kann es in einer freien Wirtschaft immer nur eine Inflationsquelle geben: den Staat.

Da der Staat die Schulden, mit deren Hilfe er inflationiert hat, nicht durch zusätzliche Leistung abgetragen hat bzw. durch seine Steuerzahler hat abtragen »lassen«, sind diese Schulden übriggeblieben. *Daher endet auch jede Inflation nicht etwa mit einer allgemeinen »Entschuldung«, sondern damit, daß die Schulden auf Höchststand liegen und anschließend die Schuldner reihenweise krachen.*

Vor allem die Vorstellung, daß sich der Staat durch Inflation »entschulden« könne, ist albern. Denn Inflation ist bekanntlich nur durch immer mehr und immer höhere Schulden möglich. Also müßte der Staat immer mehr Schulden machen, um (»Entschuldung durch Inflation«) schließlich immer weniger Schulden zu haben. Auf diesen Denkfehler, der immer wieder aufgetischt wird, habe ich bereits im CRASH-Buch hingewiesen.

Der Staat muß nicht »selbst« leisten, nachdem er Schulden gemacht hat. Er kann selbstverständlich »seine« Bürger dafür heranziehen. Nur:

Er muß es tun!

Kommt es nach staatlichem Schuldenmachen nicht zu zusätzlicher Leistung (durch den Staat oder diejenigen, die steilvertretend für ihn leisten, die »Steuerzahler«), dann entfällt der sofortige deflationäre Effekt, der jedem Schuldenmachen zwangsläufig innewohnt. Die Inflation startet, wird durch begleitendes privates Schuldenmachen noch verschärft, *bis dann die unausweichliche Deflation doch kommt, je später um so gnadenloser.*

Das staatliche Schuldenmachen wird immer als »Stellvertreter-Schuldenmachen« interpretiert und entsprechend von Staats-Fans, Universitätsprofessoren u. ä. abgesegnet. Der Staat müsse eben da und dort »investieren«, weil es sonst keiner täte. Wer baut schon Straßen, Schulen, Krankenhäuser? Von Airbussen, Challenger-Cockpits und Ariane-Abschußrampen ganz zu schweigen.

Diese Argumentation vom »guten« Staat, der sich eben um »seine« Bürger kümmert und die Stellvertreter-Schulden macht, ist genauso kindisch wie alle anderen Interpretationen staatlicher Aktivitäten im wirtschaftlichen Bereich auch.

Staatliches Schuldenmachen, dies ist in unserem PLEITE-Buch hinreichend bewiesen, ist

¹ Infallibel = "unfehlbar" (Quelle: Duden)

immer Nonsens. Erstens gibt es keine wirtschaftliche Tätigkeit, die *nicht von der freien und privaten Wirtschaft besser* absolviert werden könnte als durch Bürokraten. Zweitens müssen sich alle wirtschaftlichen Tätigkeiten letztlich *rechnen*. Tun sie das nicht, kann der infallible Schuldner zwar eine Zeitlang aufschulden, dann ereilt ihn (und die gesamte Bevölkerung) das Schicksal nur um so brutaler.

Eine richtig große, lange anhaltende Inflation, wie wir sie seit den 1950er Jahren bis zur Inflation-»Spitze« eingangs der 1980er Jahre erleben durften, setzt immer den infalliblen, den *ganz großen Schuldner* voraus.

Theoretisch können Inflationen auch durch kleinere Schuldner in Gang gesetzt werden, die fallen dann aber auch entsprechend schnell. Nur der Staat kann sich aufgrund des »Goodwill«, der ihm von seinen ihm unendlich tief vertrauenden Gläubigern entgegengebracht wird, sehr, sehr lange halten. Wie lange, weiß a priori niemand.

Spätestens aber, wenn die Deflations-Krise eingesetzt hat und die Staatseinnahmen »plötzlich« wegbleiben (nachdem man die lange Jahre aus dem Ruder gelaufenen Staatsausgaben »endlich« in den Griff bekommen hat), ist es mit dem Staat als »sicherem« Schuldner vorbei. Wie das Ganze über die Zeit weitergeht, schauen wir uns jetzt an.

Vorher lernen wir jedoch noch schnell diese Sätze auswendig;

Inflation ist nicht: Zuviel Geld jagt zuwenig Waren.

Sondern Inflation ist: Die Regulierung zu hoher Schulden wird durch Leistungsverzögerung zu lange vertagt.

Die erste Variante ist die von den heutigen amtlich bestellten Ökonomen, die eine »Mengen«, »Tausch«- und ergo MickeyMouse-Wirtschaft lehren. Wir Erwachsenen wissen aber: **Die Inflation ist kein Mengen-, sondern ein Zeitphänomen.**

Von der Inflation zur Disinflation

Wie alles in der Wirtschaft läuft auch die Inflation nach den strengen Regeln des Debitismus ab. Da gibt es kein Entrinnen, kein Vertun.

Wir repetieren:

a) Inflation ist nur möglich, wenn Schulden nicht durch **Leistung** zum Erlöschen gebracht werden.

b) Diesen Prozeß kann über längere Zeit nur ein »infallibler Schuldner«, der »Staat« also, bewerkstelligen.

c) Der Staat leistet nicht, zwingt aber auch seine Bürger nicht zur (stellvertretenden) Leistung, etwa durch Abforderung höherer **Steuern**.

d) Dies macht der Staat nicht, weil die Bürger dann schnell merken würden, daß sie alle »Segnungen«, die sie angeblich per staatlichem »Kredit« finanziert bekommen haben, nunmehr mit Zins und Zinseszins **zurückzahlen** müssen.

Beispiel:

Der Staat hat das Straßen-Monopol. Er baut die Straße, finanziert das Ganze mit Geld seiner Bürger. Die haben dann beides: einmal die Straße zur kostenlosen Benützung, dann noch die Titel in ihrem Portefeuille, die sich mit Zins und Zinseszins vermehren, weil die Straßenbau-

Gelder nicht über Steuern abgefordert werden. Der Bürger ist ja nur scheinbar doppelt reich (Straße *und* Guthaben in Höhe der Straßenbau-Kosten).

Nach ein paar Jahren ist die Straße kaputt. Eine neue wird gebaut, die alte aber steht noch voll als Guthaben in den Büchern der Bürger, die sich entsprechend »reich« vorkommen, wiewohl der »Gegenwert« ihres Reichtums, die alte Straße nämlich, längst unter einer neuen Straße verschwunden ist, die sie nun erneut »finanzieren« dürfen, woraufhin ihre Guthaben weiter steigen und wieder per Zinseszins hochgebucht werden und so weiter und so fort.

e) Inflationäre Prozesse (Schuldenmachen ohne Leistung) führen zu Inflationen auf breiter Front. Wenn das Preisniveau dauernd steigt, ruft dies nicht nur die bekannten **Spekulanten** auf den Plan, die Immobilien-»Haie« und die Gold-»Gurus«, sondern es führt ganz allgemein in der Wirtschaft zu einem Klima des Sich-schnell-und-leicht-Verschuldens.

f) **Unternehmer**, die »vorsichtig« operieren, haben in der Inflation keine Chance. Denn die Konkurrenz stößt in die »neuen Märkte« (geschaffen durch die zusätzliche Nachfrage!) vor. Wer da nicht Marktanteile abgeben will, geht schon in der Inflation unter.

g) Also investieren alle Unternehmer wie wild, um nur ja »dabei« zu sein. Dieses Investieren bedeutet aber **Schuldennachen en gros**. Das verschlechtert ihre Bilanzen (*Anteil Eigenkapital zu Fremdkapital sinkt laufend*) und macht die Unternehmen höchst anfällig. Den mit tödlicher Sicherheit kommenden deflationären Stoß überleben sie dann nicht, sondern gehen unter.

h) Da die **Gewerkschaften** in der staatsinduzierten Inflation Hoch-Zeit haben, werden in den Unternehmen wie auch sonst in der Wirtschaft Fixkosten-Blöcke eingebaut, die dann den Abwärtstrend rapidissimo beschleunigen, wie wir noch sehen werden.

Über das unausweichliche Ende jeder Inflation habe ich im CRASH-Buch ausführlich geschrieben, Die Inflation ist spätestens dann tot, wenn die Kosten ihrer Fortsetzung durch die Erträge ihrer Fortsetzung nicht mehr gedeckt werden. Und die Kosten sind zunächst schon mal die gigantischen Zinsen, die sich aufhäufen, weil jede Inflation ja immer und überall nur bedeutet: **immer schneller immer mehr Schulden machen**.

Am Ende der Inflation stehen wir vor dem merkwürdigen Phänomen, daß die Staaten zwar **unglaubliche Defizite** haben, daß die Defizite aber keinerlei »Push« mehr auslösen. Ganz einfach, weil diese Defizite zu einem immer größeren Teil aus den **aufgeschuldeten Zinsen aus den früher gemachten Staatsschulden bestehen**, »Push«-Effekt (zusätzliche Nachfrage) aber nur möglich ist, wenn zusätzliche Kredite gegeben werden. Das berühmte »fresh money« halt.

Spätestens in dem Augenblick, wo - im Rahmen einer allgemeinen »Sparpolitik« oder wie diese Sprüche dann lauten - die Staatsdefizite nur noch aus hochgebuchten Zinsen aus den alten Defiziten bestehen, ist der »Push« *zu Ende*. Die ruckartig sich entwickelnde Talfahrt hat begonnen, an deren Ende Deflation, Crash und Staatsbankrott stehen.

Insofern ist jede »Sparpolitik« nach einer Inflation der glatte Wahnsinn. Ein Kopfschuß par excellence.

Denn Sparpolitik bedeutet, daß der Staat als zusätzlicher Schuldenmacher, als der er jahrzehntelang gedient hat, ausfällt, und damit haben alle, alle, alle Schuldner, die auf ihren aus der Inflation stammenden Fremdfinanzierungen sitzen, also bis über die Ohrläppchen verschuldet sind, keine Chance. Sie gehen unter.

Die **Pleitewellen** sind in diesen ersten »disinflationären« Phasen bereits auf All-time-High. Und dann kommt über kurz oder lang der Kollaps, der allgemeine Zusammenbruch.

Da die Unternehmer aber nicht zusammenbrechen wollen, kommt es in der Disinflation zu

dem charakteristischen »letzten Aufbäumen« der freien Wirtschaft.

Der Kapitalismus zeigt in einer großartigen Schluß-Gala noch einmal, was er alles kann.

Grand Gala

Die Inflation zahlt keine Rechnungen.

Alle die Schulden, die die Inflation überhaupt erst »definiert«, die sie überhaupt erst ermöglicht haben, sind »nach« der Inflation eben nicht verschwunden, sondern höchst real, sprich fühlbar vorhanden. Diese Schulden sind es, die den Schuldner bedrohen, die ihn schließlich vernichten.

Eine richtig schöne Deflation mit Depression und Crash überlebt kein einziger Schuldner, sei es ein Staat, sei es ein Privatmann. *Alle gehen unter.* Und wenn sie untergehen oder die »Zahlung« alias Leistung endgültig verweigern, reißen sie gleich die armen Gläubiger mit ins dumpfe Grab.

Bevor es ans Sterben geht, wehrt sich der unter Liquiditätsdruck stehende Kapitalist aufs äußerste.

Das ist die Stunde, in der noch einmal alles aufgefahren wird, wozu das kapitalistische System fähig ist:

1. Die »konservativen« Regierungen kommen ans Ruder. Aus ist der »Schlendrian« mit der Volksbeglückung per Staat. Jetzt muß endlich »**gespart**« werden.

2. Diese »Wende« wird von allen gutgläubig und jubelnd als die »richtige Medizin« begrüßt. Die *Stimmung*, vor allem im Unternehmerlager, bessert sich schlagartig.

3. Die Inflation beginnt sich via Disinflation zu verflüchtigen. Jubel. Endlich haben die *Sparer* wieder was von ihrem Geld. Endlich hat der Chef wieder seriöse Kalkulationsgrundlagen. Die *Gewinne*, die er ausweist, sind *echt* und *hart* und nicht aufgeschwemmt durch inflationäres Eingespritze.

4. Die **Börsen** hören es mit Freude. Ganz neue Epochen scheinen am Horizont auf: Die Gewinne sind qualitativ besser, die Erträge jetzt echt erwirtschaftet, alles blüht auf. Eine erste Hausse startet.

5. Die Idee der »**freien Marktwirtschaft**« feiert Triumphe. Immer mehr Märkte werden entflochten, dereguliert. Devisenbeschränkungen fallen, die nationalen Kapitalmärkte öffnen sich. Überall wird dem Freihandel das Wort geredet, dem Protektionismus abgeschworen, Staaten schließen sich zu großen Gemeinschaften« zusammen. Gleichzeitig werden die Staatsbetriebe privatisiert.

6. **Die Supply-Sider treten auf.** Es wird von »Revolutionen« gesprochen, die sich mit den Namen gutmeinender Politiker verbinden (»Reagonomics«). Das Angebot soll es jetzt bringen und nicht mehr die Krücken-Wirtschaft mit der staatlichen Nachfrage, mit den Subventionen, wie sie die »Nachfrage«-Apostel im Anschluß an Keynes und die »überholten« Vorstellungen gepredigt haben.

7. **Der Staat ist out.** Die Steuern werden gesenkt. Eine Entbürokratisierung wird gestartet. Alles soll einfacher, schneller, bürgerlicher und freier zugehen. Eigentlich, ja eigentlich wäre das die **perfekte Welt**. Jeder, dem Freiheit, freie Wirtschaft, na, sagen wir ruhig: Kapitalismus und Leistungsprinzip, am Herzen liegen, muß aufatmen, darf sich wieder offen zu seinen Prinzi-

prien bekennen. Stabiler Geldwert, die Aussicht auf langanhaltendes, »störungsfreies« Wirtschaftswachstum, ein Minimalstaat: Was will man mehr? So sollte es doch immer sein, so hätte es auch immer schon sein müssen. Zumal sich auch noch die großen politischen Probleme minimieren lassen, weil doch »endlich« die Vernunft zu obsiegen scheint, die »Verantwortlichen« sich endlich »an einen Tisch setzen«. Und so weiter und so fort. Solche herrlichen Phasen des befreit-befreienden Durchatmens erleben wir immer wieder in der Geschichte.

[...]

Das ist die Zeit, da die Beschleunigungsmaschinen in Zeit und Raum ihren Höhepunkt haben. Autos & Computer werden in sagenhafter Vollendung gefertigt.

Der **Computer** ist dabei noch mehr als das Automobil (der Super-Porsche bringt in der Spitze 340 km/h!) das *Leitfossil* der Schlußphase, die wir diesmal durchleben.

Der Computer arbeitet schneller, steuert schneller, hilft schneller produzieren. Er müßte erfunden werden, wenn es ihn nicht schon gäbe.

Rechnen wir nur überschlägig:

Die lange Phase der Inflation und der Aufschuldung hat der Welt ein Zinsniveau spendiert, das alle kapitalistischen Prozesse unheimlich beschleunigt.

Ein Zinssatz von 2 oder 3 Prozent bedeutet, daß am Ende der Schuld aus 100 gerade 102 oder 103 werden müssen. Ein Zinsniveau von 9 oder gar 15 Prozent bedeutet aber ein drei- bis fünfmal so hohes Zusatz-Produkt. Wenn ich als Unternehmer die schuldigen zwei oder drei Einheiten in einer Schicht herstellen konnte, brauche ich jetzt drei Schichten und muß außerdem noch fixer arbeiten, um zu überleben, also an meinen Schulden nicht kaputt-zugehen.

Wenn ich aber (Gewerkschaften!) nach wie vor nur eine Schicht lang arbeiten darf, wenn mir Überstunden (Betriebsrat!) verwehrt werden, wenn ich mich als Unternehmer gar solchen Albernheiten wie der 35-Stunden-Woche beugen muß: *wie komme ich zu meinem Mehr-Produkt*, das mir allein hilft, die hochverzinslichen Schulden zu bedienen? (Denn vergessen wir nicht:

Was wir »Wachstum« nennen, ist zunächst nichts als ein vom Zinssatz vorgegebenes zusätzliches Produzieren!)

Da muß ich schon die Abläufe beschleunigen. Muß »rationalisieren«. Muß auch - logo doch! - Arbeitsplätze »weg«-rationalisieren.

Denn ich muß die Produktionsabläufe beschleunigen.

Der Kapitalismus ist in der Spätphase eines debitistischen Durchlaufs eine Karikatur seiner selbst:

Der Staat hat eingegriffen, um die »sozialen Auswirkungen« des »Systems« der »freien« Wirtschaft zu »mildern«. Das heißt dann »soziale Marktwirtschaft«.

Dieses Mildern ist nichts als staatliches Schuldenmachen, denn ein Interessenausgleich innerhalb der Marktparteien findet nicht statt.

Durch das staatliche Schuldenmachen - sprich die Vertagung des Ausgleichs per Inflation und Aufschuldung - geht das Zinsniveau nach oben. Das aber setzt die Kapitalisten unter immer größeren Druck. Sie müssen ganz einfach schneller produzieren. Dies aber erreichen sie nur durch Rationalisieren, durch den computergesteuerten Roboter.

Dadurch entstehen noch größere »soziale« Probleme wie Arbeitslosigkeit, Frustration, Herzinfarkte und Krebskrankheiten. Da ist der »Staat« wieder »gefordert«, und da capo und immer weiter. [...]

Der große Irrtum von Truhen & Schätzen

Die Vorstellung der Politiker und der Wirtschaftsprofessoren von der Wirtschaft sind TTS-Theorien.

T wie **Truhe**. **T** wie **Tausch**. **S** wie **Schatz**.

Die Unternehmer haben irgendwo im Keller ihrer Etablissements eine große Truhe. In die können sie nach Herzenslust greifen, um »Investitionen« zu finanzieren oder auch »Lohnerhöhungen«. Wenn die Unternehmer »ihre Taschen >zu< halten«, muß man sie halt dazu zwingen. Zum Investieren durch staatliche Anreize, Senkung der Steuern, bessere Abschreibungsmöglichkeiten, oder direkte Staats-»Nachfrage«, also ein sogenanntes »Ankurbelungsprogramm«. Das dann wundersame Wirkungen zeitigt, sogenannte »Multiplikator«-Effekte: Der erste Unternehmer macht mehr Umsätze, dann bestellt er mehr bei seinem Lieferanten, dann der bei seinem und so fort. Und die ganze Wirtschaft läuft wieder »wie geschmiert«.

Leider vergessen die Menschen mal zu fragen, was denn das im Ernst für »Geld« ist, das der Staat bei solchen »Ankurbelungsprogrammen« unters Volk streut. Es ist natürlich kein »Geld«, sondern es sind »Schulden«, die der Staat macht, und wie das mit den Staatsschulden zu Ende geht, haben Walter Lüftl und ich in unserem Buch »Die Pleite« vorgezeichnet: in **Staatsbankrott** und **Massenelend**.

Auch die Gewerkschaften »zwingen« gelegentlich die Unternehmer, die »Kapitalisten«, in ihre Truhen zu greifen, um höhere Löhne zu spendieren. Dabei sind die Unternehmer auch noch verstockt und sehen einfach nicht ein, daß höhere Löhne höhere Nachfrage schaffen, ergo auch höhere Gewinne und so fort.

Was die Gewerkschafter, wie Politiker und Wirtschaftsprofessoren, nie begreifen, ist der schlichte Fakt, daß es *keine Truhe gibt*. Daß vielmehr alles, was in Form von Aus-»Zahlungen« eine Unternehmung verläßt, und sei es in Form höherer Löhne, vorfinanziert werden muß. Nachfrage »als solche« gibt es ebenso wenig wie »Geld« als »solches«. Immer handelt es sich um debitistische Prozesse, um Schuldenmachen also mit dem nun hinreichend bekannten Zeitproblem. Die Marktwirtschaft ist in der Vorstellungswelt dieser Leute, die den Kapitalismus nicht kapiert haben, *eine riesige Tauschveranstaltung*. Auf (möglichst freien!) Märkten treffen sie sich alle, um ihre »Überschüsse« loszuwerden, und um damit anderes »ein«zutauschen. Und wenn es gerade nichts gibt, was man eintauschen könnte, dann nimmt man halt Geld, und dieses Geld wird dann wieder zu Hause in die Truhe gelegt und bildet so einen immer größeren »Schatz«.

Solche »Schatz«-Vorstellungen werden aufgetischt, wenn zum Beispiel von »Devisenreserven«, noch besser: »**Währungsreserven**«, die Rede ist. Dabei schlagen sich alle Deutschen achtungsvoll an die Brust. Wir sind wieder wer. Denn wir haben einen riesigen Schatz, der sogar »international« unvergleichlich ist. Denn wir haben die größten »Devisenreserven« der Welt. Schon dieses schöne Wort »Reserven«. Das ist bekanntlich etwas für den Fall der Fälle. Und wenn es hart auf hart kommt, können »wir« da ebenso von leben, wie halt alle Leute, die auch sonst irgendwie und irgendwo einen »Schatz« haben.

Im Fall der Fälle sind die »Devisenreserven« leider aber *futsch*. Denn unter diesem hochtrabenden Titel verbergen sich nichts anderes als **Schulden von anderen Leuten**, vornehmlich

Schulden öffentlich-rechtlicher Körperschaften, genannt »Staaten«, ganz oben der »Vereinigten Staaten«.

In dem mit Windeseile auf uns zueilenden Staatsbankrott der USA aber stellt sich die Frage nach dem »nationalen Schatz«, nach unseren »Währungsreserven« nicht mehr. Sie sind dann nämlich mit einem Streich verschwunden. Weil der Schuldner ausfällt.

Wie aber ist es zu diesem verhängnisvollen Denkfehler gekommen? Warum ist die TTS-Theorie nicht längst als völliger Blödsinn entlarvt worden?

Warum lernen unsere »Volkswirtschafts«-Studenten an den Universitäten nichts als eine **Mickey-Mouse-Ökonomie**? Sie lernen nämlich Tauschwirtschaft. Und tauschen können, das muß man nur im Kindergarten, im Mickey-Mouse-Alter. Warum wird an keiner wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät die Wahrheit gelehrt, daß nämlich die Schuld am Anfang aller Ökonomie steht, und nicht der Überschuß, den man dann gegen andere Überschüsse »tauschen« kann?

Um die Vertreter der TTS-Theorie klar von unserer Position abzugrenzen, nennen wir sie **Thesauristen**, vom griechischen Wort Thesaurus = Schatz.

Wir sind die **Debitisten**.

Thesauristen contra Debitisten. Nur einer kann gewinnen. Das sind wir.

[...]

Niemand nimmt Mickey Mouse die Maske ab.

Auch die viel gerühmten Notenbankgewaltigen und die ihre Berichte kommentierenden Finanzexperten fallen immer wieder auf die TTS-Geschichten rein.

Dazu muß man nur einen x-beliebigen Monatsbericht der Deutschen Bundesbank und seine Kommentierung durch die Wirtschaftspresse heranziehen. Nehmen wir den Buba-Bericht vom Juni 1986. **Hans D. Barbier**, Kommentator der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, schreibt unter dem Titel »Stabilitätsgewinn«:

»Zögernd, aber nun immer kräftiger werdend, setzen sich jetzt die binnenwirtschaftlichen Expansionskräfte durch ... Hier fällt der Ertrag der Stabilisierungspolitik an. Die Ökonomen sprechen vom **>Realkasseneffekt<**: bei sinkenden Inflationsraten steigt der Wert der Geldvermögensbestände; die Haushalte können - bei nominal unveränderten Einkommen - mehr Güter kaufen und gleichzeitig mehr sparen. Das stützt die Konjunktur und schafft die Grundlage für ein spannungsfreies Wachstum. Der Stabilitätsgewinn einer Volkswirtschaft kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.« (FAZ, 24. Juni 1986)

Klingt absolut plausibel, steckt aber bis über den Hals im TTSSumpf: Weil alle Güter billiger werden, kann ich mir jetzt mehr Güter mit meinem Geld, das mehr »wert« geworden ist, eintauschen. Ich kann aber nicht nur mehr Güter eintauschen, sondern sogar gleichzeitig mehr sparen, weil jetzt die Güter soviel billiger sind.

Schauen wir uns das Bundesbank-Barbier-Modell, das die gesamte »bürgerliche« Presse selbstverständlich begeistert in allen möglichen Varianten durchgespielt hat, genauer an:

Das bürgerliche TTS-Modell in der Praxis
(Wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland
im Sommer 1986)

Mein Einkommen in »Einheiten«:	Die Preise der Güter-»Einheiten« entwi- ckeln sich so:	Was kann ich (werde ich) tun?
100	100 auf 110	Ich kann mir 10 Einheiten weniger kaufen, weil alles teurer geworden ist
100	100 steigt nur noch auf 105	Gegenüber der Zeit, da »alles teurer« wurde, ist jetzt meine Kaufkraft gestiegen, wir haben »sinkende Inflationsraten«! Ich kann »mehr« kaufen.
100	100 bleibt 100	Weil die Preise stabil sind, habe ich mein »Geld« jetzt voll »für mich«. Ich kann mir mehr kaufen.
100	100 auf 90	Ich kann mir »mehr« kaufen (10 Einheiten), weil alles noch billiger geworden ist
100	100 auf 80	Ich kann mir nicht nur 10 Einheiten mehr kaufen, sondern noch 10 Einheiten extra auf die hohe Kante legen. Konsum <i>und</i> Sparen steigen an!
100	100 auf 0	Ich kann jetzt alles kaufen, was produziert wird, weil es nichts mehr kostet. <i>Und</i> außerdem kann ich noch mein ganzes Einkommen sparen.

Kapiert? Kapiert!

Ein wunderschönes Beispiel für eindimensionales Denken in Reinkultur nach dem Motto: Es regnet, also ist die Straße naß.

Das »Einkommen« ist einfach immer »da«. Es gibt eine Truhe, in die wird gegriffen, von wem auch immer: vom Arbeitgeber, der aus dieser Truhe die Löhne und Gehälter bezahlt, der Staat, der - im Fall der Arbeitslosigkeit oder einer überraschenden »Störung« dieses wunderschönen Prozesses - mit »Transfer-Zahlungen« dafür sorgt, daß die Konsumausgaben auch immer schön auf gleicher Höhe bleiben. Oder gar vom betreffenden einzelnen, der schließlich auch irgendwo so eine Truhe hat, hilfsweise stellt die Bank, bei der er sein Konto beliebig überziehen darf, ihrerseits ihren Schatz zur Verfügung, der dort in zahlreichen Truhen schlummert.

Dann kommt auch kein Mensch auf die Idee, daß im Grunde der einzelne doch immer nur das ausgibt, was er als »Einkommen« erhalten hat, also 100. Daß also die »Umsätze« der anderen Seite natürlich nicht gestiegen sein können. Denn selbst wenn der Konsument »mehr« kauft, weil es »billiger« geworden ist, kann er **unterm Strich** (Menge mal Preis) doch nur *das ausgeben, was er als Einkommen zur Verfügung hatte* .oder? (Oder er muß sich verschulden, aber davon ist ja nirgendwo die Rede.)

Auch das Sparen, daß alle erst recht reicher macht, wird von den bürgerlichen ITS-Anhängern nicht kapiert. So schreibt die Bundesbank in ihrem Juni-Bericht, daß sich das »Sparaufkommen« um 6 Prozent erhöht hätte und die Sparquote bei 16 Prozent läge.

Die Bundesbank meint dann allerdings, daß ein guter Teil dieser Mittel »in nicht allzuferner Zeit konsumtiv verwendet« würde.

Aha. Und bis dahin ruhen diese »Mittel« also wohlbehütet im Schatzraum der Banken, dort, wo die Riesentruhen stehen. Es ist schon abenteuerlich, daß selbst die hochgerühmten »Währungshüter« sich nicht vorstellen können, daß es so etwas wie »Geld«, »liquide Mittel« oder »demnächst konsumtiv verausgabte Mittel« nicht gibt. Und daß insofern auch die Vorstellung, daß »die privaten Haushalte künftig verstärkt konsumieren« würden, überhaupt nichts mit dem »Geld« zu tun hat, das da in den Schatztruhen schlummert wie einst Dornröschen in seinem Turmzimmer.

Das »Geld«, das die Konsumenten auf die Banken getragen haben, liegt dort nicht. Es ist in dem Augenblick, da es einging, auch schon *wieder rausgegangen*, »angelegt«, das heißt von einem Kreditnehmer »ausgegeben« worden.

Sollten die Konsumenten tatsächlich eines Tages »mehr konsumieren«, **dann handelt es sich nicht um das Geld, das sie »damals auf die hohe Kante« gelegt hatten!** Sondern es muß »neues Geld« sein, das heißt: neue Kredite, zum Beispiel durch (gesamt-wirtschaftlich gesehen) Beleihung der vorhandenen Guthaben, die dann durch das »Abheben« nicht verschwinden, sondern per Gläubiger/Schuldner-Wechsel nur woanders verbucht werden.

Was sagte Hans D. Barbier, der Wirtschaftskommentator der angesehenen »Frankfurter Allgemeinen«? Er sagt:

»Die Haushalte können bei nominal **unverändertem** Einkommen **mehr** Güter kaufen und **gleichzeitig mehr** sparen.«

Was ist TTS in Reinkultur? Das ist Tauschwirtschaft in Reinkultur: Ich habe 100 Stück Geld. Früher, als alles teurer war, mußte ich die 100 Stück Geld für 100 Stück Waren ausgeben, sparen konnte ich damals nichts. Heute, da die Waren um die Hälfte billiger sind, sieht es für mich viel, viel besser aus. Denn: Ich kann mir 150 Stück Waren tauschen (FAZ: »Mehr Güter kaufen«). Das kostet nur noch 75 Stück Geld. Und ich habe immer noch 25 Stück Geld übrig. Die kann ich auf die hohe Kante legen (FAZ: »Gleichzeitig mehr sparen«). Und da liegen die und lauern, und weil ich die »demnächst« auch noch »ausgeben« werde, kurble ich dann noch einmal und erst recht die Konjunktur an.

Dr. Hans D. Barbier ist »verantwortlicher Redakteur« (!) für »Wirtschaftspolitik« (!) der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«. Im Sommer 1986 wurde diesem Top-Experten vom Kieler **Institut für Weltwirtschaft** die »Bernhard-Harms-Medaille« verliehen, die, so ein Bericht der FAZ vom 28. Juni 1986, »an Persönlichkeiten (geht), die sich um weltwirtschaftliche Forschung verdient gemacht haben«. In der Begründung des Instituts heißt es:

»Dr. Barbier ist einer der **besten** Wirtschaftsjournalisten in der Bundesrepublik; er ist nicht nur ein **hervorragender** Journalist, sondern auch ein **vorzüglicher** Ökonom.« (FAZ, 28. Juni 1986)

Eine strahlendere Lichtgestalt kann es also kaum geben. Und es muß auch stimmen, was die

Leute vom Kieler Institut sagen. Denn das sind erst recht »Experten«, »Professoren« und »Wirtschaftswissenschaftler« von internationalem Rang.

Lauschen wir doch noch einmal dem geehrten, vorzüglichen Ökonomen selbst. Was schreibt er in seinem »Stabilitätsgewinn«-Kommentar? Er schreibt:

»Bei **sinkenden Inflationsraten steigt** der Wert der Geldvermögensbestände«

Dies ist schon von vorneherein falsch. Denn jede Inflation, die bekanntlich anhand von »Inflationsraten« gemessen wird, läßt den »Wert der Geldvermögensbestände« *immer* sinken.

Auch wenn die Inflationsraten »sinken«, bleiben es noch Inflationsraten, ergo fällt auch bei fallenden Inflationsraten der Wert von Geldvermögensbeständen.

Aber der vorzügliche Ökonom ist selbstverständlich auch lupenreiner TTS-Theoretiker. Denn was sind seine »Geldvermögensbestände« anderes als der Inhalt der berühmten Truhe, in die wir ja jeden Tag greifen, um uns nach Herzenslust irgendwas zu kaufen. Barbier hat den Schatz im Auge, wenn er von »Geldvermögensbeständen« und ihrem »Wert« spricht. Ein Schatz - und das ist absolut und immer richtig - wird wertvoller, wenn man diesen Schatz gegen andere Dinge günstiger tauschen kann.

Also: Barbier hat zu Hause eine Truhe voller Silber- und Goldstücke stehen. Die Preise aller anderen Güter dieser Erde - außer Gold und Silber - steigen nicht mehr so schnell wie die Preise von Gold und Silber bzw. sie fallen, während die Preise für Gold und Silber noch steigen, gleich bleiben oder weniger schnell fallen. Daraufhin bricht der vorzügliche Ökonom in den Ruf aus:

»Der Wert meines Vermögens ist gestiegen!«

Wir alle finden: Barbier hat recht, und wir stellen uns an, um ihm zu gratulieren.

Was Barbier in seinem Kommentar vielleicht gemeint hat, war:

»Bei steigenden Deflationsraten steigt der Wert der Geldvermögensbestände«

Denn bei Inflationsraten, ob steigenden, gleichbleibenden oder fallenden, **muß der Wert von Geldvermögensbeständen immer abnehmen**, weil die Güterpreise steigen, während das Geldvermögen, da in nominalen Zahlen fixiert, immer fallen muß. Für 1000 Mark auf dem Sparbuch kann ich mir dann immer weniger kaufen.

Das wird aber anders, wenn die Preise sinken. Das aber ist die »**Deflation**«, Herr Doktor Barbier, auch wenn Sie so ein schlimmes Wort nicht gern in den Mund nehmen, wo Ihr Kollege Jutilitz das mit der »Deflation« in Ihrer Zeitung gerade erst als »Gerede« abgetan hat.

Doch selbst wenn Barbier solches offen zugestanden hätte, das mit der Deflation und den dann selbstverständlich steigenden Werten der Geldvermögensbestände, wäre das wieder ein Denken von der Qualität gewesen: Es regnet, also ist die Straße naß.

Denn woher kommen denn diese rätselhaften »Geldvermögen«?

Handelt es sich dabei tatsächlich um einen Schatz, der in einer Truhe schlummert?

Natürlich nicht! »Geldvermögen« sind Aktiva des Sparerers, ergo müssen sie irgendwo anders Passiva sein. Und siehe da: Es sind just die Passiva jener Leute, *die jetzt über die sinkenden Preise gar nicht lachen können*. Es sind Passiva vor allem der Unternehmer, die Schulden gemacht haben, um zu investieren. Und von diesen Schulden kommen sie jetzt nicht mehr herun-

ter, denn der Verfall der Preise macht die Bedienung (Zinsen, Tilgung) der Kredite mehr und mehr unmöglich.

Das »Sich-reich-Rechnen« beim Konsumenten führt leider zu einem »Schnell-Bankrott-Gehen« bei den Unternehmen. Die »Geldvermögen« sind nicht unendlich prall gefüllte Schatztruhen beim Doktor Barbier und anderswo zu Hause. **Die »Geldvermögen« sind vielmehr bei fallenden Preisen immer schneller unbedienbar werdende Schulden weltweit immer schneller krachender Schuldner.** Der »Gegenwert« der »Geldvermögen« sind (kleine Auswahl): *stillgelegte Ölbohrinseln* in der Nordsee (im Dezember 1985 lagen vier solcher Inseln still, Mitte 1986 waren es schon fast 40); *unverkäufliche Immobilien*, etwa der »Neuen Heimat«; *Schulden von sogenannten »Staaten«*, die in Windeseile dem Bankrott zueilen und - wie selbst in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Puritaner Stoltenberg auch - der »Sparpolitik« endgültig abgeschworen haben; *US-Farmen*, die unter den Hammer kommen; die Forderungen gegenüber Firmen, die in allen Staaten auf immer höher schaukelnden *Pleitewellen* reiten.

Je schneller jetzt die Preise fallen, um so höher wird der »Wert« der »Geldvermögen«, klaro. Sind die Preise dann endlich auf Null, sind nicht nur Einkommen und Ersparnisse maximiert (siehe Barbiers anderen »Denkansatz«), sondern auch noch die Geldvermögen.

Was ist Schwachsinn?

Das ist Schwachsinn! Hinter der FAZ steckt nicht nur ein kluger Kopf beim Lesen, sondern zweifellos auch beim Schreiben.

Zum guten Schluß läuft das mit dem »Realkassen-Effekt«, alias dem »Stabilitätsgewinn«, alias der »Geldvermögens-Wertsteigerung« auf einen gigantischen Bluff hinaus:

Der Stabilitäts-»Gewinn« bzw. der »Ertrag« einer Stabilisierungspolitik setzt notwendigerweise eine *zeitlich früher liegende »Instabilität«* voraus. Einen Stabilitätsgewinn nach einer Stabilität kann es nicht geben, daher auch das verräterische Wort »Stabilisierung«, also sozusagen der Übergang von wenig oder keiner Stabilität zu Stabilität.

Keine oder wenig Stabilität aber ist/war Inflation, staatliches Schuldenmachen, Wohlfahrtsstaat usw.

Das bedeutet: Ohne solche Inflation pp. kein Stabilisierungsgewinn. Das bedeutet aber auch: Nach der Inflation wird es nicht etwa schlechter, sondern besser.

Oder: Eine Inflation kann jeder Staat schon deshalb ungefährdet und ungestraft vor allem starten, weil sich nachher eine Belohnung einstellt - eben der Stabilisierungsgewinn!

Oder: **Wer Inflation macht, wird dafür belohnt.**

Oder: Wer Inflation macht, geht den Problemen des Lebens bekanntlich aus dem Weg, er löst die sozialen Konflikte mit Hilfe des »leichten Geldes«. Inflation ist also schon etwas, bei dem etwas gewonnen wird. Denn Geld, das man als Politiker nicht über Steuern und Leistungsdruck abfordern muß, ist ja besser als Steuern und Leistungsdruck.

Die Inflation kann man dann völlig problemlos beenden, was sich ohnehin immer mal wieder empfiehlt, denn dann winkt ja der »Stabilitätsgewinn«.

Dann muß sich der verantwortungsbewußte Politiker nur noch fragen, wie er dieses Vorgehen optimiert, um möglichst oft die Vorteile des »leichten Geldes« mit den Vorteilen der »Stabilitätspolitik« zu koppeln.

Denn dann würde das Gemeinwohl insgesamt nicht mehr zu steigern sein.

Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute! Ganz real, mit einer prall gefüllten Cassa plena realis...

[...]

Seit 250 Jahren regieren uns die TTS-Theoretiker. Sie halten alle Lehrstühle an den Universitäten besetzt, sie sitzen in den Notenbanken und den Wirtschafts- und Finanzministerien. Und sie werden sich jetzt wundern, was mit der schönen »freien Wirtschaft«, die man gern noch so ein bißchen »sozial« garniert hat, geschieht, deren Uhr nun abgelaufen ist. Der Sozialismus, alias ein sowjetisches System wird möglicherweise schneller da sein, als wir es heute ahnen.

Schuld am Kollaps des Kapitalismus ist, wie wir nachweisen konnten, die Tatsache, daß in die freie Wirtschaft der »infallible Schuldner«, alias der »Staat« eingeschleust wurde. Damit sind alle Aufschuldungs-, Inflations-, Blow-off- und Deflations-Phänomene plus Depression und Crash erklärt.

Wer als Promoter der freien Wirtschaft und bedingungsloser Anhänger des kapitalistischen Systems zusehen muß, wie das Ganze jetzt in einer letzten Zuckung pervertiert wird, entwickelt auch Galgenhumor.

[...]

Von der »unsichtbaren Hand«, der schönen Fee »Katallaxie« und andere Kindergeschichten

Die Lehre von der freien Wirtschaft ist ohne **Adam Smith** nicht denkbar. Was der Schotte in seinem großangelegten Hauptwerk »Über den Reichtum der Nationen« (1776) niedergelegt hat, ist völlig richtig. Nur hat er das Thema verfehlt.

Adam Smith bringt ein überzeugendes Plädoyer für Arbeitsteilung, für freie Märkte, für den möglichst ungehinderten Austausch von Waren, Menschen und Ideen. Das ist »Liberalismus« in action. Und weil das zum Wohle möglichst vieler Menschen abläuft, hinter allem so eine Art »Ordnungs-Prinzip« aufschimmert, hat Smith dies mit einer »unsichtbaren Hand« verglichen, die sich da im Sinne des Gemeinwohls rührt. Das ist schön zu lesen. Aber das hat nichts mit dem Wesen, dem Kern, der Essenz der freien Wirtschaft zu tun.

Liberalismus, eine »freie Wirtschaft« mit »freien Märkten« und »unbehindertem Marktzugang«: das sind alles nichts als *Randerscheinungen* des eigentlichen Dings an sich. Es sind Petitessen. Läuft der debitistische Prozeß ohne diese herrliche Welt der Freiheit ab, dann läuft er dennoch ab.

Nur daß es halt teurer ist.

Der »Markt«, und das müssen sich all die Liberalen und die Adam-Smith-Fans, einschließlich des Professors **Horst Claus Recktenwald**, der soeben erst eine sehr schöne Faksimile-Ausgabe des Grand Œuvre besorgt hat, hinter die Ohren schreiben, der »Markt« ist nichts als ein Ort, wo die verschuldeten Privateigentümer, alias die Kapitalisten von ihrem Liquiditätsdruck herunterzukommen versuchen. Ist der Markt »frei«, gibt es keine dieser albernen staatlich-bürokratischen Hemmnisse wie Zölle, Subventionen, Monopole, Papierkram, Anträge usw., kann sich also der »Prozeß« des Findens von Gläubigern und Schuldnern möglichst optimal entfalten, läuft »es« oder »alles« selbstverständlich »besser«. Ganz einfach schon deshalb, weil Zeit gespart wird. Siehe dazu auch unten das Olson-Argument vom Fix-Preis-Sektor.

Die Schuldner kommen schneller an die Liquiditäten, die sie brauchen. Und sie finden schneller den im Debitismus unabdingbaren Folge-Schuldner, wenn die Märkte frei sind. Dar-

über muß man nicht diskutieren.

Mit freien Märkten verflüchtigt sich immer auch ein Teil des Zeitproblems, unter dem der Kapitalismus ja leider krankt. Daher kommt auch der »Druck« in der Schlußphase vor dem kapitalistischen Kollaps, möglichst alle Märkte zu »deregulieren«, zu »entstaatlichen«, für »mehr Privatinitiative« zu sorgen, und wie die Sprüche alle heißen. *Alles auch völlig richtig!* Nur hat dies nichts mit Erkenntnissen zu tun, daß man also Adam Smith auf einmal »begriffen« hat und »plötzlich« merkt, welche Segnungen doch freie Märkte, reprivatisierte Aktiengesellschaften und ein allgemeiner Liberalismus mit sich bringen.

Sondern es ist der unausweichliche Zeitdruck, der in der Schlußphase über dem System liegt und es zur Beschleunigung treibt, und das heißt eben: zu freien Märkten, weil man auf freien Märkten schneller zu seinem »Geld« kommt.

Daß die Frage »freie Marktwirtschaft« oder nicht überhaupt so lange und so leidenschaftlich diskutiert wurde, beweist schon, daß die ganze Fragestellung danebenlag. **Das Problem des Kapitalismus ist nicht der »freie« Markt.** Man muß wirklich kein Wort darüber verlieren, daß es zum völlig freien Markt im Ernst **keine diskutabile Alternative gibt**, von solchem Schwachsinn wie »Planwirtschaft« und ähnlichen »Modellen« (»Planification«, »Dritter Weg«, »Zentralverwaltungswirtschaft«) ganz zu schweigen.

Die freie Marktwirtschaft ist selbstverständlich richtig. Schon allein deshalb, weil alles andere nur Zeit und also Geld kostet. Nur die absolut freie und unbeschränkte Marktwirtschaft gibt uns die Gewähr dafür, effizient und produktiv zu wirtschaften, weil sie uns ganz genau zeigt, was Sache ist: wo es »Knappheiten« gibt, welche Konsum-Trends vorherrschen, wohin die Mode geht.

Nur die freie Marktwirtschaft ist daher sozial, weil in ihr ja ganz genau das stattfindet, was alle gemeinsam wollen, und zwar so, daß jeder sich selbst verwirklichen kann, daß keinem ein Recht genommen wird, daß also die Summe des gesellschaftlichen »Nutzens« (Wohlstands, Wohlgefühls) maximiert wird.

Denn nur in der völlig freien Marktwirtschaft bekommt jeder ganz genau das, was die anderen freiwillig bereit sind, ihm zu geben. Und weil dies wiederum für jeden gilt: Es kann kein besseres »Steuerungs-Element« für das soziale Ganze geben!

Nur leider: *Mit Kapitalismus hat das nichts zu tun!* Die Existenz und das Überleben der freien Wirtschaft, des Privateigentums und der bürgerlichen Freiheiten hängen nicht von der freien Marktwirtschaft ab. *Sondern einzig und allein davon, ob die freie Wirtschaft in der Lage ist, ihre Vorfinanzierungskosten einzuspielen.* Bei diesem Einspielen hat der freie Markt seinen Sinn. Das war's aber auch.

Es ist müßig, in Diskussionen über den weiteren Verlauf der Kapitalismus-Geschichte, die via Deflation im unausweichlichen CRASH enden muß (ganz einfach, weil ein Schurke ins Spiel gelassen wurde, der »infallible Schuldner« STAAT), immer wieder ein Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft abzulegen. **Die Autoren dieses Buches bejahen die freie Wirtschaft, das Privateigentum, freie Märkte und das Leistungsprinzip un-ein-ge-schränkt.**

Danke!

Aber kehren wir noch einmal kurz zu den großen »Liberalen« zurück, den vermeintlichen Promotoren der »freien Wirtschaft« und des »kapitalistischen Systems«. Zu Adam Smith und seinen Epigonen.

Alle, wir wiederholen: alle, begehen den gleichen Denkfehler:

Alle sind der Meinung, man müsse den Menschen nur »frei« sich »entfalten« »lassen« und schwupp-di-wupp: schon trifft er ein, der »Wohlstand der Nationen«, das dauerhafte, langanhaltende »Wirtschaftswachstum«, die unendlich schöne Welt von morgen.

Wenn man die Schriften dieser großen Liberalen, denen man ja eigentlich spontan und von ganzem Herzen zustimmen möchte, genau analysiert - was kommt dabei heraus: Nichts als kümmerlichste TTS-Theorien. Tausch-Wirtschaftler, Mickey-Mouse-Ökonomie.

Alle diese großen Liberalen gehen einfach davon aus, daß halt *gewirtschaftet* wird, und wenn man den Menschen dabei *frei schalten und walten läßt*, dann wird schon alles gut und richtig werden.

Warum aber wird denn gewirtschaftet?

Da gibt es einen besonders rührenden Ansatz, den wir kurz vorstellen wollen, den des großen Liberalen **Friedrich August von Hayek**. Dieser Mann ist fraglos eine hoch bedeutende Figur des Jahrhunderts, Nobelpreisträger für Ökonomie und jemand, der mehr als alle anderen zur geistigen Auseinandersetzung und Überwindung des »Sozialismus« geleistet hat.

Doch auch Friedrich August von Hayek hat die freie Wirtschaft **nicht begriffen**. Seine Vorstellung darüber, warum überhaupt gewirtschaftet wird und nicht vielmehr nicht, ist die mit Hilfe einer »Evolution«. Es entwickelt sich etwas, »irgendwie« geht es »vorwärts« mit dem Menschengeschlecht. Was sich da abspielt, nennt der große Gelehrte (und, leider muß es immer wieder gesagt werden, existenzdruckfreie Lebenszeitbeamte) gern »die spontanen Kräfte des gesellschaftlichen Zusammenlebens«. ³²⁾ Sogenanntes »menschliches Handeln« ist einfach »da«, »liegt vor«, ohne daß erklärt wird, warum.

Die ganze Geschichte ist dann nach Hayek ein großer Kampf, die »ungeplanten Ergebnisse individueller Handlungen« entweder zu »steuern« oder eben »sich selbst« zu überlassen, wie das dann von den großen Liberalen des 18. Jahrhunderts auch philosophisch begründet wurde, die »eine umfassende Theorie der spontanen Ordnung des Marktes lieferte(n)«. Alles klingt bei Hayek nicht nur ungeheuer logisch, sondern obendrein euch noch sehr geschmeit:

»Wichtig ist die Tatsache, daß die spontane Ordnung im Gegensatz zur Organisation keinem bestimmten Zweck dient ... Speziell die marktwirtschaftliche Ordnung beruht nicht auf irgendwelchen gemeinsamen Zielsetzungen, sondern auf Reziprozität, d. h. auf dem Ausgleich verschiedener Interessen zum **wechselseitigen Vorteil** der Teilnehmer.« (a. a. O., Seite 33).

Völlig klar und richtig.

Danach bleibt Hayek aber nicht sachlich, sondern beginnt in Unkenntnis der wahren, der debitistischen Verhältnisse, mit denen der Mensch sich herumschlagen muß einen klebrigsüßen Weltbürger-Beglückungs-Cocktail zu mixen:

»Die große Bedeutung der **spontanen Ordnung** ... liegt darin, daß sie eine friedliche Zusammenarbeit (oh!) zum wechselseitigen Nutzen der Menschen über den kleinen Kreis derjenigen hinaus ermöglicht (oh!), die dieselben konkreten Ziele verfolgen oder einem gemeinsamen Herrn dienen (oh!), mit anderen Worten, daß sie die Bildung (oh!) einer Großen (oh!) oder Offenen (oh!) Gesellschaft ermöglicht.« (a. a. O. Seite 33; die Oh's entführen mir, PCM.)

Den Spruch von der »friedlichen Zusammenarbeit« kennen wir auch aus jedem Abschlußprotokoll einer Sitzung des Warschauer Paktes bestens. Hayek hat den Kapitalismus, hat die freie Wirtschaft nicht begriffen, sonst wüßte er, daß es so etwas wie eine »Zusammenarbeit« **niemals geben kann**. In der wirklichen Welt gibt es nur **Gläubiger** und **Schuldner** und wie die »zu-

sammenarbeiten« sollen, bleibt unerfindlich.

Richtig schlimm sind solche (im Original noch durch Kursivdruck, also als besonders wichtig herausgehobenen) Takes, wie »**Große Gesellschaft**« oder »**Offene Gesellschaft**«. Mit solchen Sprüchen haben uns Staatssozialisten, wie US-Präsident **Lyndon B. Johnson** (»Great Society«) ebenso beglückt wie der dann als Bundeskanzler ins Wolkenkuckucksheim abgedriftete große Marktwirtschaftler **Ludwig Erhard** (»Formierte Gesellschaft«).

Schon Tätigkeitsworte wie »sich bilden« oder »ermöglichen« machen klar: hier wird geschwafelt. Hier werden »Alles-ist-gutwenn-nur-endlich«-Wolken verschoben von jemandem, der das Wesen der freien Wirtschaft, des Kapitalismus nicht erfaßt hat.

Vollends als TTS-Fan entpuppt sich der Herr »Professor« von Hayek, wenn er den Schleier von seinem »Weltbild« wegzieht:

»Ich schlage vor, diese spontane Ordnung eines Marktes Katallaxie zu nennen, analog dem Ausdruck »Katallaktik«, der öfter als Ersatz für »Ökonomik« (oder Wirtschaftstheorie) vorgeschlagen wurde...«

Und nun kommt's, endlich:

»... (beide Ausdrücke, »Katallaxie« und »Katallaktik«, stammen von dem altgriechischen Verb *katallattein* ab, das sehr bezeichnend nicht nur »tauschen« und »handeln«, sondern auch »in die Gemeinschaft aufnehmen« und »vom Feind zum **Freund** machen« bedeutet). « (Seite 34)

Tja, das war's dann wohl. Der große »Ökonom« und »Nobelpreisträger« bekennt selbst, ein Mickey-Mouse-Fan zu sein, ein Tauschwirtschaftler, wobei es in seinem Kindergarten nur besonders »friedlich« zugeht (»vom Feind zum Freund«), weil alle Kinder ganz besonders lieb und artig zueinander sind. Recht so, Donald Duck von Hayek, zankt euch nicht!

Milton Mouse tauscht sein Jutesäckchen

Zur Vorbereitung auf dieses Buch haben wir buchstäblich alle Bücher in die Hand genommen, die das Wort »Kapitalismus« oder »Kapital« im Titel tragen. Es waren über 300 verschiedene Publikationen.

Wir hatten eine erregende Reise erwartet, Spannung, Kampf der Ideen, Action.

Herausgekommen ist nichts als ein Waten durch einen öden Sumpf. Stumpfsinnig werden immer die gleichen Argumente wiederholt, von den »Linken« die linken Argumente, Ausbeutung und so. Von den »Rechten« die rechten Argumente, Freiheit, Wohlstand, Fortschritt und so.

Die Hongkong-Chinesen, die es nicht fertig bringen, sich eine Verfassung zu geben, weil sie es nicht schaffen, »Kapitalismus« zu definieren (egal, was dann für ein Smith-Friedman-Hayek-Gebräu dabei herauskommt, es kann nur Stuß sein!), sind nicht etwa eine Ausnahme. Sie sind die Regel.

In der amerikanischen Kapitalismustheorie gibt es das Dreigestirn Friedman-Gilder-Krjstol.

Milton Friedman decouvriert sich ohne Umschweife gleich auf den ersten Seiten seines »Kapitalismus und Freiheit« (Stuttgart 1971) als Mickey-Mouse-Ökonom. Bitte sehr (seinerzeit von PCM himself ins Deutsche übertragen):

»Grundsätzlich gibt es nur zwei Arten, die wirtschaftlichen Aktivitäten von Millionen von Menschen zu koordinieren: Die eine ist die zentral gelenkte, wobei mit Hilfe von Zwangsmaßnahmen gearbeitet

wird, also mit Techniken, wie sie Armeen und totalitäre Staaten anwenden. Die zweite Art ist die freiwillig gesteuerte, also die **Kooperation** einzelner Individuen, wie man sie auf jedem Marktplatz erleben kann.« (Seite 33 f.)

Hört sich Klasse an, nicht wahr? Wir, klaro, entscheiden uns natürlich für die »freiwillig gesteuerte Art«!

»Die Möglichkeit der **Koordination** durch freiwillige Kooperation basiert auf der elementaren . freilich häufig verneinten . Voraussetzung, daß beide Parteien einer wirtschaftlichen Transaktion von ihr profitieren, vorausgesetzt, die Transaktion geschieht auf beiden Seiten freiwillig und in vollem Wissen darüber, was geschieht.« (Seite 34)

Go, Milt, go! Gleich bist du endlich in deinem Disneyland:

»Der **Austausch** (!) kann daher Koordination ohne Zwang herbeiführen. Das funktionierende Modell einer Gesellschaft, die durch das Mittel des **freiwilligen Austausches** organisiert wird, ist die freie, auf privatem Unternehmertum basierende Marktwirtschaft . was wir den Wettbewerbs-Kapitalismus nennen.« (Seite 34)

Here we are! Mister Milton Friedman, Träger zahlloser Doktorhüte, Professor, Nobelpreisträger für Wirtschaft, hat die Maske abgenommen. Wer erscheint? Mickey Mouse. Ein TTS-Theoretiker reinsten Kulturs. Einer der nur möchte, das in seinem Kindergarten auch alle Kinderlein möglichst »frei« und artig mit ihren Tauschgütern umgehen und dann natürlich, wenn sie das auf beiden Seiten machen, auch von ihrer »wirtschaftlichen Transaktion profitieren«.

Die Worte verraten schon alles: »Kooperation«, wir denken an Hayeks, Honeckers und Husaks »friedliche Zusammenarbeit«; »Koordination«, »wirtschaftliche Transaktion«, »Transaktion auf beiden Seiten«, schließlich der »Austausch«, alias der »freiwillige Austausch«.

Milton Friedman ist genauso denkfaul wie alle anderen TTSÖkonomen. So fängt er einfach mit »wirtschaftlichen Aktivitäten« an.

Was mag das wohl sein?

Friedman erklärt es uns nicht. *Er geht eben davon aus*, daß das so ist, daß der Mensch halt so seine »wirtschaftlichen Aktivitäten« entfaltet. Vermutlich gleich so »spontan« wie bei seinem Freund Hayek. Wie heißt das im Standardlehrbuch der deutschen Ökonomiestudenten? Warum *muß* gewirtschaftet werden? Weil gewirtschaftet *wird*.

»Wirtschaftliche Aktivitäten«. Aha. Da bosselt jeder so vor sich hin. Dann muß es frei zugehen, es darf keine »Zwangsmaßnahmen« geben. Aber, bitte, wer will denn die Vor-sich-hin-Bossler zwingen. Laßt sie doch bosseln.

Dann treten alle mit dem Ergebnis ihrer Bosselei auf den »freien Markt«. Der eine bringt ein Jutesäckchen, liebevoll gehäkelt. Der andere kommt mit ein paar Birnen, die er gepflückt hat. Ein dritter bringt ein Schwein, das bei ihm im Stall halt so »übrig« war. Ein vierter, der besonders klug dreinschaut, kommt schon mit einem Rechenschieber daher. Eines Tages wird er sogar einen Computer bringen. Denn bei so »wirtschaftlichen Aktivitäten« kommt allerlei heraus, vor allem, wenn das »Millionen von Menschen« machen! Und dann tauschen alle, freiwillig. Das ist das »funktionierende Modell« einer »Gesellschaft«. Au weia!

Die Vorstellung, daß beim Tausch »beide Parteien« etwas gewinnen (Friedman: »von ihr profitieren«, Hayek oben: »wechselseitiger Vorteil«), ist besonders albern.

Was sollte beim Tausch wohl gewonnen werden? Wie mag der dabei erzielte »Profit«, alias

»Vorteil« wohl aussehen?

Die TTS-Theoretiker glauben, daß aus der Tatsache, daß einer etwas hat, was er vorher noch nicht hatte, ein »Profit« für ihn herauschaut,

Das wäre natürlich der Fall, wenn er es ohne Gegenleistung erhalten hätte. Wenn sich also auf dem »freien Markt« folgende Parteien trafen: die einen mit dem Ergebnis ihrer Bosselei, also mit Waren, die anderen aber mit leeren Händen. Dann sagen die mit den Waren: Laßt uns tauschen. Ihr zeigt uns eure leeren Hände, und wir geben euch dafür unsere Waren.

Der Gewinn der Jungs mit den leeren Händen ist klar, sie haben jetzt Waren. Und die anderen?

Die haben natürlich auch ihren Vorteil gehabt und genossen: Denn sie haben endlich wieder mal Jungs mit leeren Händen gesehen. So etwas ist doch selten in Disneyland, wo alle »wirtschaftliche Aktivitäten« entfalten, also jeder eigentlich mit irgend etwas in der Hand auf dem Marktplatz erscheinen müßte.

Wenn wir uns nur einen Markt vorstellen, so wie er den TTSFritzen auch immer vorschwebt, auf dem alle mit irgendwelchen Waren eintreffen, dann ist zunächst mal eines klar: **Vor und nach dem Markt hat sich in Menge, Zahl, Volumen usw. der Waren überhaupt nichts verändert.** Selbst wenn sogar jemand mit »Geld« auf dem Markt eintrifft und sagt: Kinders, ich tausche Jutesack und Schwein gegen ein kleines Goldstück ein - selbst dann ist am Abend nicht ein Fitzelchen zusätzlich in den Händen aller Marktteilnehmer. **Alles ist nur anders verteilt.**

Wo bleibt also der »Gewinn«, der »Profit«, lieber Mister Mickey Friedman?

Ach so, der existiert im »Kopf« der Marktteilnehmer. Aha, es ist der »zusätzliche Nutzen«, den alle gezogen haben, weil sie ja so schön frei tauschen durften. Der »Vorteil«, über den der Donald Duck von Hayek so liebenswürdig plaudert.

Tja, liebe TTS-Theoretiker, liebe Hochschullehrer der Ökonomie aller Länder, vereinigt euch: **Erklärt doch bitte, wie und wo bei einer Tauschwirtschaft, also in Eurem Bild von einer »freien Wirtschaft«, der Gewinn entsteht?**

Natürlich gibt es immer einen »Vorteil« beim Tauschen. Das war's dann aber auch. Ich tausche einen Sachsen-Dreier gegen einen Bayern Einser Beide Parteien »fühlen« sich anschließend besser.

Andre Kostolany möchte von mir immer mein Exemplar des ersten Buches über die Börse, die »Confusiones de las confusiones« von **Jose de la Vega** (Amsterdam 1688) haben. Ich sage ihm immer wieder: »Kannst du haben, Kosto, aber dann gibst du mir deinen **Chiarini**.« Das ist die zweite Ausgabe des ersten gedruckten Buches zum Thema Wirtschaft, die mit dem berühmten Holzschnitt, der Edelleute aus der Toskana in einer Wechselstube zeigt, Florenz, etwa 1494. Leider kommt der Tausch nicht zustande, weil Kosto nicht abgeben will. So müssen wir beide auf einen Vorteil verzichten, auf einen »Nutzen«, auf die Erfüllung von Sammlerfreuden.

Das sind liebe G'schichterln. Aber mit »Wirtschaft«, mit dem unausweichlich unter Schuldendruck operierenden, debitistischen Kapitalismus hat das überhaupt nichts zu tun.

Wirtschaft wäre nämlich, wenn ich Kosto sagen würde:, »30 Mille für meine >Confusiones< .« Da Kosto seinen Chiarini nicht hergeben will, müßte er sich an die Schreibmaschine setzen und wieder neue Bücher und Kolumnen schreiben, was wir so gerne lesen von ihm. Er wäre dann unter Leistungsdruck, denn er müßte den Kaufpreis verdienen. Und ich hätte einen »Gewinn« an meinen »Confusiones«, weil ich die mal günstig von einem Deutsche-Bank-Direktor erstehen konnte.

Persönliche Anmerkung:

Warum muß jemand, der von der freien Wirtschaft, vom Leistungsprinzip, vom liberalen Kapitalismus so überzeugt ist wie die Autoren auf den großen Liberalen herumtrampeln, Jahrhundert-Figuren, wie Hayek der Lächerlichkeit preisgeben, warum Kristol als primitiven Zyniker enttarnen, Friedman als vollständigen Laien in Sachen »Geld« bezeichnen und George Gilder als Zirkelschluß-Idioten brandmarken?

Weil diese Leute mit ihren Tauschwirtschaftsvorstellungen und Denkfehlern leider die Totengräber dieser freien Wirtschaft sind. Sie sind, wie schon Richard Cantillon, nichts als Perspektiv-Agenten des Sozialismus.

[...]

Deflation, J-Kurve, China-Syndrom und Kollaps

Nach einer Inflation müssen die Preise fallen.

Alle Preise fallen, und zwar auf das Preisniveau, das vor Beginn der Inflation gegolten hat. [...] Die Vorstellung, nach einer Inflation könne es »stabile Preise« geben, ist *naiv und gefährlich*. In meinem CRASH-Buch habe ich den theoretischen Nachweis geführt, warum

a) jede Inflation zu Ende gehen muß, und

b) warum es dann nicht etwa »stabile Preise« (»Stabilität auf hohem Niveau«) geben kann, sondern daß die Preise kollabieren müssen.⁵⁾

Die Inflation geht dann zu Ende, wenn sie nicht progressiv fortgesetzt werden kann, *weil die Kosten einer weiteren Inflationierung die Erträge dieser Inflationierung überschreiten*. Die Analyse ist die gleiche, wie beim BLOW-OFF: Sobald die Beleihungsgrenzen erreicht sind, kann es nicht weitergehen, weder mit Kurs- noch mit Preissteigerungen.

Danach können die Preise auch nicht auf ihrem erreichten Niveau »verharren«, ganz einfach weil Zeit vergeht, weil sich die unerbittliche Medusa des debitistischen Kapitalismus in vollem Schrecken zeigt und die Unternehmer zu Preissenkungen zwingt.

Die Preise würden selbstverständlich auf dem »hohen Niveau« verharren, wenn die Unternehmer *zeitlose* Wesen wären. Denn dann könnten sie unendlich lange warten, ob und bis **ein Kunde** kommt.

Da aber die Uhr gnadenlos läuft und da im Kapitalismus alle Produktion vorfinanziert ist, muß der Unternehmer immer für Liquidität sorgen. Wartet er, nachdem er produziert hat, geht er bankrott - *allein durch Zeitablauf!*

Kommt die Liquidität nicht herein, die der Unternehmer braucht, um nicht bankrott zu gehen, hat er nur ein einziges Mittel, den Markt zur beschleunigten Hergabe von Liquidität zu »zwingen«: **Indem er die Preise senkt.**

Das soll beim Abnehmer die Vorstellung wecken, jetzt zugreifen zu müssen, jetzt seine Chance (Preissenkung!) wahrzunehmen, also nicht zu warten.

Durch Preissenkung eines Unternehmers verschlechtert sich die Lage **aller** Unternehmen aber schlagartig. Selbst wenn es einem Unternehmer gelänge, durch einen »Rabatt« o. ä. sofort Nachfrage auf sich zu ziehen, müssen alle anderen Unternehmer sehr schnell mit eigenen »Nachlässen« **nachziehen**. Das ganze Preisniveau des betreffenden Marktes gerät ins Rutschen, die **Preise fallen plötzlich und stark**. Dadurch kommen alle Unternehmer nur noch mehr unter

Druck, denn jetzt wird die Zeit immer knapper. Ein gegenseitiges Unterbieten beginnt, der »Preiskampf«, »Unterkostenverkauf« usw.

Inflationen müssen sich erst *langsam warmlaufen*: Ein Kapitalist, der die Preise ändert, also vom Marktpreis entfernt, riskiert seine Existenz. Denn alle anderen Unternehmer sind billiger.

Deflationen laufen aber *schnell ab*, es kommt zum Preiskollaps, weil der Kapitalist, der sich vom Marktpreis entfernt, die Existenz aller anderen Anbieter gefährdet. Er ist billiger als sie. Alle anderen müssen sofort nachziehen.

Sie können nicht wie bei der Inflation »in Ruhe abwarten«, ob sich der neue, höhere Preis überhaupt »durchsetzt«.

Sobald sich die **Deflation** zeigt, wird das Bürgertum unruhig.

[...]

Die J-Kurve (sprich »Dschäi«, weil es eine amerikanische Erfindung ist) zeigt durch ihren Verlauf, daß es erst »noch einmal« runtergehen muß, bevor es dann richtig raufgeht.

Solche J-Kurven-Effekte werden in immer größeren Bereichen der Wirtschaft erwartet, bis man dann überrascht feststellt, daß die J-Kurve in Wirklichkeit eine -Kurve war, mit steil abfallendem Schwänzchen.

[...]

Debitisten wissen freilich, daß diese J-Kurven-Idee nichts als ein *modischer Gag der TTS-Theoretiker* ist: **Weil man merkt, daß man jetzt »real mehr« tauschen kann (Geld gegen Ware), tauscht man auch »echt mehr«.**

In Wirklichkeit können die Verbraucher zunächst immer nur das Geld ausgeben, was sie selbst als Einkommen erhalten haben. Daher liegt in einer Einkommenserhöhung genausowenig ein expansiver Effekt wie in einer *Steuersenkung*.

Bei der *Einkommenserhöhung* sind die gestiegenen Einkommen auch gestiegene Kosten, die der Unternehmer dringend wieder einfangen muß.

Bei der *Steuersenkung* gibt zwar jetzt der Bürger sein Geld wieder selber aus, aber dadurch, daß er das Geld ausgibt und nicht mehr der Staat, wird die Summe des Geldes, das ausgegeben wird, nicht verändert.

Eins und eins bleibt halt zwei, nicht drei.

Und wenn die Preise gesunken sind, wird auch nicht »mehr« Geld ausgegeben, sondern zunächst einmal gleich viel, nur eben anders. Statt Benzin kauft man sich vielleicht Champagner, um damit den Benzinpreisverfall zu feiern.

Unterm Strich aber wird nicht »mehr« Geld in Waren »getauscht« als vorher.

Und die Ölproduzenten, Tankstellenpächter, aber auch die Finanzminister, die entsprechende Steuereinnahmen erwartet haben, schauen just in dem Umfang dumm drein, in dem sich die Schampushersteller freuen.

Ein Netto-Effekt, also tatsächlich zusätzliche Nachfrage der Konsumenten, setzt immer voraus, daß sich die Konsumenten **zusätzlich verschulden**, also zu dem Einkommen (das nichts anderes ist als die Verschuldung zeitlich vor ihnen liegender Schuldner, alias Arbeitgeber) ihrerseits Schulden machen.

Also:

Ölpreis sinkt. Die Verbraucher finden das so toll, daß sie sich verschulden, um aus dem Preisverfall einen Nutzen zu ziehen, sie kaufen Ölheizungsanlagen und Autos **auf Kredit**.

Oder:

Steuern sinken: Das freut die Steuerzahler so sehr, daß sie jetzt mehr Geld in der Hand haben, um damit eine »Anzahlung« auf größere, schon seit längerem geplante Ausgaben (Haus, Wohnungseinrichtung) vorzunehmen.

Bleibt dieser Zusatz-Verschuldungs-Effekt aus, geben die Verbraucher also nur das Geld wieder her, was sie erhalten haben, ist es *nichts* mit der »Konsumkonjunktur«, die dann die Gesamtkonjunktur »stützen« soll, findet die »Umlagerung« von der Auslands- zur Inlandsnachfrage, von der in Deutschland und Japan nach dem Zusammenklappen der Exporte (nominal und real!) gesprochen wurde, *nicht statt*.

Jede Steuersenkung ist nur dann effizient, wenn sie mit einer Zusatzverschuldung gekoppelt wird. So etwas haben die Amis 1981 ff. durchgezogen: Wer investierte, erhielt so gewaltige Abschreibungserleichterungen, daß er sich zu Zwecken der Investition verschuldete, sonst hätte er die Steuer-»Vorteile« nicht wahrnehmen können.

Viel besser als die deutsche Steuersenkung zu Beginn des Deflationsjahres 1986, als alles schon auf der Kippe stand, wäre ein Steuersenkungsanreiz gewesen: Also statt dem Bürger einfach das Geld zum eigenen Ausgeben zu belassen, das bisher auch ausgegeben wurde, wenn auch völlig ineffizient durch die öffentliche Hand, hätte die Steuerentlastung gekoppelt sein müssen mit einer großen Konsumenten-Verschuldung. *Nur wer einen Kredit aufnimmt* (Autokauf, Hausbau, Wohnung, Inlandsreise usw.) *erhält eine Steuervergünstigung*, weil er dann die Kreditzinsen von der Steuer absetzen darf bzw. sogar den Kaufpreis in Raten.

Warum sollte man nicht das Auto und das Haus überhaupt vom steuerpflichtigen Einkommen absetzen können, pro rata temporis, also jährlich mit 10 oder 20 Prozent vom Kaufpreis?

Was kurbelt eine Binnenkonjunktur an?

Das kurbelt eine Binnenkonjunktur an.

Weil man sich aber nicht getraut hat, und zwar aus »sozialen« Gründen, ist das bei der Steuersenkung unterblieben. Denn solche Kredite hätten sich wieder nur »Großverdiener« leisten können, und man wollte doch »allen«, und vor allem den »sozial Schwächeren« was Gutes tun. Daher mußte der riesige Hebel, mit dem man bei einer Steuersenkung arbeiten könnte, schon beim Ansatz abrutschen.

Statt 20 Milliarden unters Volk zu bringen, was gewiß besser ist, als es von Bürokraten ausgeben und ergo verplempern zu lassen, hätte man sagen sollen: 20 Milliarden, aber nur wenn ihr Kredite in Höhe von einem Vielfachen der 20 Milliarden aufnehmt. Klaro?

Bei einer beginnenden Deflation kommt überdies der bekannte »**Attentismus**« ins Spiel:

Weil die Preise sinken, warte ich, ob sie noch weiter sinken. Woraufhin sie erst recht noch weiter sinken.

[...]

Der Chefstrategie des Broker-Hauses Merrill Lynch, unser Freund **Stanley D. Salvigsen**, den wir beim Börsen-Blow-off bereits mit seiner »Enchelada«-Theorie kennengelernt haben, läßt für die Kunden des größten Wertpapierhändler aller Zeiten folgende Sätzlein drucken. Schwarz auf weiß zu lesen:

»Mehr und mehr Regionen und Industrien werden jetzt eine **Beute einer überschuldeten Welt** (»overleveraged world«), die weltweite Finanzszene entpuppt sich als ein Verzweiflungskampf um jene Erträge und Geldflüsse, die noch existieren...« (Seite 5)

»Das **Durchschmelzen der Welt-Schulden-Pyramide** wird vor allem jene Individuen und wirtschaftlichen Einheiten schädigen, die darauf bestehen, weiterhin **Schulden** zu machen, im Glauben, ihr ganz spezielles Gewerbe oder ihr Aktivum sei immun gegen diesen Prozeß.« (Seite 12)

Klartext: **Wer noch investiert, geht unter!** Denn das deflationäre Durchschmelzen wird jeden Schuldner vernichten. Nicht von ungefähr vergleicht Salvigsen den Prozeß der Deflation mit einem außer Kontrolle geratenen Reaktor.

Und kurz vor Tschernobyl gab er seiner Analyse den Titel »Das China-Syndrom«. So war auch der Titel eines Films, der das Durchschmelzen eines Reaktors zeigte

Wie das mit dem Kollaps abläuft und immer wieder ablaufen muß, wenn nicht endlich der debitistische Prozeß als das wirkliche Wesen des Kapitalismus erkannt und mit entsprechender Stabilisierung versehen wird, hat niemand besser von seinen Computern ausdrücken lassen als der amerikanische »Big Wave«-Spezialist Professor **Jay W. Forrester**.

Zunächst glaubten Forrester und seine Gruppe an einen Scherz des Computers, als immer wieder eine »lange Welle« im Stil jenes Kondratieff-Zyklus ausgedrückt wurde, den der bekannte russische Konjunkturforscher eingangs der zwanziger Jahre vor allem über seine Preis-, Zins- und Mengenreihen entdeckt hat.

Doch alles Re- & Double-Checking half nichts: Es lag nicht am Modell, nicht am Computer, nicht an den Zahlen. Die Daten: Investitionen, Bankenkredite, Staatsfinanzen, Konsumentenverhalten, Arbeitskräfteeinsatz, und alles schön mit allen möglichen Maßnahmen der Notenbank (Federal Reserve Board) gemixt, kamen immer wieder zum gleichen Ergebnis:

»Wir müssen ganz einfach akzeptieren, daß die ganz gewöhnliche Politik der Wirtschaft und der Regierung auf eine Art und Weise zusammenhängen (»interact with one another«), daß ein zyklisches Wirtschaftsverhalten herauskommt, das durch eine lange aufwärts gerichtete Ausbauphase gekennzeichnet ist, **die ein schneller Kollaps** (»rapid collapse«) **beendet**.«

Professor Forrester kam auf der Tagung im Mai 1986 auch auf das »Verdrängungsproblem« zu sprechen:

»Die Große Depression der dreißiger Jahre ist nicht als ein Abschwung in einer langen Welle erkannt worden. Statt dessen gilt sie nur als ein besonders schwerer Fall einer ganz gewöhnlichen Rezession, die dann durch gewisse Irrtümer der Notenbank verschärft wurde. Weil Regierungen und Notenbank außerstande sind, **die wahren Ursachen der Großen Depression** zu begreifen, haben sie die Chance vertan, aus der Vergangenheit zu lernen.«

Und wer sich zu fein ist, aus der Vergangenheit zu lernen, muß sie halt wiederholen. Das ist in der Schule auch nicht anders.

Nur daß Regierungen und Notenbanken immer außerstande sein werden, aus der Vergangenheit zu lernen.

Die Regierungen nicht, weil sie aus Politikern bestehen, die nur an die Macht kommen (also »regieren«) können, indem sie den debitistischen Prozeß durch Staatsverschuldung (»Volksbeglückung«) unterlaufen. Die Notenbanken nicht, weil sie dieses finanzieren (Ankauf von Staatspapieren, die dann so komische Bezeichnungen tragen wie »Währungs-« oder »Devisen-Reserven«) und weil sie den unausweichlichen Bankrott durch möglichst langes Einräumen von Kreditlinien an die »infalliblen Schuldner«, alias die Staaten dieser Erde, hinauszögern.

Woraufhin der Kollaps nur um so brutaler ausfällt.

[...]

Wenn der Meister Olson spricht, überhört ihn bitte, bitte nicht

Vom amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler **Mancur Olson** war schon zu Beginn dieses Buches die Rede. Jetzt darf er nochmals zu uns sprechen.

Olson hat zwar auch nicht kapiert, warum es »Disinflation« und »Deflation« gibt bzw. (nach einer Inflation) immer wieder geben muß.

Das ist das »Loch«, das auch in seiner wirtschaftswissenschaftlichen Vorstellung klafft.

Aber Professor Olson hat uns eine blitzgescheite Analyse über den *Ablauf* von disinflationären bzw. deflationären Prozessen geboten. Sie ist im siebten Kapitel enthalten, das die Überschrift hat: »Stagflation, Arbeitslosigkeit und Konjunkturschwankungen: Ein evolutorischer Ansatz in der Makroökonomie«.

Das Wort »Stagflation« stammt ursprünglich aus dem Inflationszeitalter, es ist zusammengesetzt aus »Stagnation« und »Inflation« und bezeichnet den Zustand vieler Volkswirtschaften am Ende der siebziger Jahre, als (trotz oder wegen!) Inflation die Wachstumsraten des Sozialprodukts nicht mehr zu steigern waren. Wir Debitisten wissen natürlich, was damals los war: Das Sozialprodukt ging nominal nach oben, weil alle Preise stiegen; die verschuldeten Unternehmer mußten sich aber gerade wegen der Preissteigerungen nicht anstrengen, weil sie ihre Kosten bequem überwälzen konnten, ohne wirklich - »real« - mehr dafür arbeiten zu müssen, also technischen Fortschritt zu realisieren und so weiter.) In einer optimal gefahrenen Inflation, in der jeweils ein »Zeitgewinn« für die Unternehmen entsteht¹⁷), wird alles immer lässiger und fauler, und ein Wachstum findet überhaupt nicht mehr statt, weil jeder Druck von einer öffentlich-rechtlichen Zahlung »neutralisiert« wird, sobald er entsteht. Letztlich laufen daher Inflation und Sozialismus auf dasselbe hinaus:

Auf »Wirtschaften« ohne existentiellen Druck.

Eine »Stagflation« ist eine genuin sozial-sozialistische Errungenschaft: Man muß sich nicht mehr anstrengen, weil man sich nicht mehr anstrengen muß.

Auch »Arbeitslosigkeit«, das nächste Schlüsselwort von Olson, ist in so einem System schnell zu enträtseln: In einer progressiven Inflation, wo es »immer« »Geld« gibt, um jeden noch so dummen Mann einzustellen, kann es keine Arbeitslosigkeit geben. Daher sind alle jene Theorien richtig (»Phillips-Kurve«), die einen Zusammenhang zwischen »Inflation« und »Vollbeschäftigung« herstellen.

Und auch der Weltökonom **Helmut Schmidt** hat völlig recht mit seiner Behauptung: »5 Prozent Inflation sind mir lieber als 5 Prozent Arbeitslose.«

Da aber der Herr Schmidt, wie alle Sozialisten, nicht rechnen kann, fehlt der entscheidende Nachsatz: »Im ersten Jahr also 5 Prozent Inflation, daher keine Arbeitslosen. Im zweiten aber muß ich bereits 10 Prozent Inflation machen, um die >Voll<-Beschäftigung aufrechtzuerhalten, im dritten Jahr 20 Prozent und so weiter.«

Auch für Sozialisten gibt es Inflation nämlich nicht kostenlos. Alle Staatsschulden, die gemacht werden mußten, um überhaupt Inflation herbeizuzaubern, sind durch die Inflation nicht »verschwunden«, sondern durchaus **übriggeblieben**, und zwar knochenhart.

Und die Staatsschulden fordern, wie alle Schulden, natürlich ihren eisernen Tribut, genannt

Zins.

Weil in der Inflation immer mehr Lebensbereiche auf die leichtere Seite, also zu den Inflationisten/Sozialisten überlaufen, müssen die Staaten nicht nur auf den Zinsendienst und ergo Zinseszins-Effekt bei der eigenen Schuldenmacherei achten.

Sondern sie müssen auch noch den Zinsendienst jener Schuldner mit übernehmen, die sich in Erwartung kommender, zusätzlicher Inflationierung, sprich: Absatzerfolge mit Hilfe der Notenpresse, bereits entsprechend verschuldet haben. *Daher läuft sich der Helmut-Schmidt-Effekt auch extrem schnell tot.*

Also:

Modell A) Helmut Schmidt a cappella.

Der Staat macht 5 Prozent mehr Schulden. Da er nicht an Rückzahlung, ergo Leistung (eigene oder die von seinen Steuerzahlern abzufordernde) denkt, steigen die Preise auch um 5 Prozent an. (Der Einfachheit halber wurde ein linear-schlichtes Modell genommen.)

Im nächsten Jahr müssen die Preise ja wieder um 5 Prozent steigen, um - wie schon im ersten Jahr - zu verhindern, daß sich Arbeitslose zeigen. Die Verschuldung steigt also um weitere 5 Prozent.

Was ist aber mit den Zinsen auf die ersten 5 Prozent Schulden, die vom Vorjahr?

Die verzinsen sich (um es einfacher zu rechnen:) mit 20 Prozent. Also muß ein weiterer Prozentpunkt dazu kommen. Die Staatsschulden steigen im zweiten Jahr bereits um 6 Prozent, ohne daß sich zusätzlich »expansive« Effekte zeigen.

Das erklärt übrigens, warum die »Staaten« dieser Erde seit Mitte der achtziger Jahre überall Sensations-Defizite aufwiesen, ohne daß dadurch die Beschäftigung oder gar die Preise und die Konjunktur auch nur minimal »nach oben« zu bewegen gewesen wären. Der »expansive« Effekt dieser Defizite war nicht mehr darstellbar, weil die Defizite nur noch aus den hochgebuchten Zinsen aus den »expansiven« Defiziten früherer Jahre bestanden. Die Amis machten Mitte 1986 eine entzückende Entdeckung: a) Ihr Budget-**Defizit** ist endgültig explodiert (»Unterdeckung« bei mindestens 220 Milliarden Dollar) und b) ihre **Konjunktur** verabschiedet sich. Na sowas! Nichts ist leichter, als sich diesen kleinen Neben-Effekt der Staatsverschuldung zu merken:

Werden die Zinsen auf die Staatsschulden nicht gezahlt, sondern »stehengelassen«, wird ein immer größerer Teil der »neuen« Staatsverschuldung aus den Zinsen auf die »alte« Staatsverschuldung bestehen. **Der expansive Effekt der Staatsverschuldung wird dadurch zwangsläufig immer kleiner.** Wird die Zinszahlung auf die existierende Staatsverschuldung eines Tages sogar größer als das laufende Defizit (wird also »tüchtig gespart«), muß ein **kontraktiver Effekt** entstehen - **trotz gewaltiger Budgetdefizite.** Denn dann müssen die Zinsen aus echt erbrachtem Sozialprodukt auf dem Wege über Steuerzahlungen »finanziert«, die Steuerzahler also zur Kasse gebeten werden.

Modell B) Helmut Schmidt in Begleitung der ganzen Volkswirtschaft.

Da geht es etwas differenzierter zu. Die zusätzlichen Staatsschulden werden von zusätzlichen Privatschulden begleitet, also von »Investitionen« der Unternehmer (Werkzeugmaschine) und Verbraucher (Waschmaschine).

Die privaten Schulden werden durch zusätzliche staatliche Nachfrage in den Folgejahren bedienbar gehalten, der Staat »**subventioniert**« halt, wie das in allen Volkswirtschaften der Erde gang und gäbe ist. **Und »Subventionen« sind auch nur ein anderes Wort für Schuldenmachen.** Je stärker sich der staatliche Sektor dabei ausdehnt (»Staatsanteil«), um so mehr sind die

privaten Unternehmer auf die öffentliche Hand angewiesen, konkret: auf weiteres zusätzliches Schuldenmachen der öffentlichen Hand, um ihren Untergang hinauszuzögern.

Dieser Untergang aber ist spätestens unvermeidlich, wenn die staatliche Zusatznachfrage (= vermehrtes Schuldenmachen) »aufhört«. Das bedeutet: Der Helmut-Schmidt-Effekt nach Modell A) wird entsprechend verstärkt.

Ruckartig kommt es zum **Kollaps der privaten Wirtschaft**, die ja immer stärker auf öffentliche »Zuschüsse«, alias »Subventionen« angewiesen ist, also auf beschleunigt zunehmendes staatliches Schuldenmachen!

Beispiel:

Die subventionierte Industrie hat 100 Milliarden Mark Schulden (Passivseite). Ohne Subventionen wäre sie bereits untergegangen. Auf die 100 Milliarden sind 10 Prozent Zinsen zu entrichten. Der »Markt« gibt das Geld nicht her, weil der Markt sowieso schon keine Meinung zu der subventionierten Wirtschaft hatte; denn sie wäre ja, dem Markt allein überlassen, schon längst untergegangen.

Also woher können die 10 Milliarden Zinsen nur kommen?

Nur aus zusätzlichen Subventionen, alias zusätzlicher Staatsverschuldung. Das Geld aus »Steuereinnahmen« zu nehmen,

hieß ja Nachfrage staatlicherseits »umverteilen« und dort wegnehmen, wo sie geschaffen wurde und wo sie wieder hinströmen sollte - nämlich im und in den nicht subventionierten Sektor.

Eine Subventionswirtschaft, wie sie etwa für die Bundesrepublik Deutschland charakteristisch ist, hat keinerlei Chance zu überleben, wenn der Staat einmal anfängt, zu »sparen«, das heißt: weniger schnell noch mehr Schulden macht.

Die Bundesrepublik Deutschland mit einem Staatsanteil von rund 50 Prozent des Sozialprodukts (!) und einer Wirtschaft, in der über ein Drittel (!) aller Unternehmen Subventionen in irgendeiner Art erhalten, und in der selbst gutverdienende Spitzen-Multis wie die Münchner Siemens AG die Hand aufhalten und sich vom Post- bis zum Technologie-Minister schmieren lassen, **hat überhaupt keine Chance zu überleben.**

Sie hat es aber auch nicht anders verdient!

Und daß dabei der Sozialist Helmut Schmidt als Genickschuß-Kommissar aufgetreten ist, mit seinen 250 Milliarden Mark Staatsschulden, mit deren Hilfe er der deutschen sogenannten »sozialen Marktwirtschaft« das Leben erleichtern konnte - niemand freut sich darüber mehr als jemand, der die Zinseszins-Rechnung beherrscht; Helmut Schmidts Schulden werden allein durchs »Stehenlassen«, eine »Politik«, zu der sich die bürgerlichen Nachfolger Schmidts entschlossen haben (statt die Schulden zu streichen und den Herrn Ex-Kanzler vor ein ordentliches Gericht zuziehen), **alle acht bis zehn Jahre aufs jeweils das Doppelte angewachsen** sein.

Am 31. Juli 1986, also im Jahr IV nach Helmut Schmidt berichtet die »Welt«:

»Bund verschuldet sich, um Zinsen zu bezahlen. - Die Neuverschuldung des Bundes seit 1983 hat ihre alleinige Ursache in den **Zinszahlungen** für die Schulden der früheren Bundesregierung...

Die Nettokreditaufnahme in der Zeitspanne 1983 bis 1986 beträgt etwa 108 Milliarden Mark. Demgegenüber sind in den vier Jahren rund 114 Milliarden Mark Zinsen zu zahlen.«

Die Bürgerlichen, die Ende 1982 hastig-fröhlich-ahnungslos an die Bonner Krippen strebten,

haben übersehen, daß die Macht vergiftet war. Sozialisten lassen immer so'n kleines Folgeproblemchen zurück, einen Bankert benannt **Bankrott**.

Tja, nur durchs »Stehenlassen« werden die Staatsschulden des Wettökonomens Schmidt noch vor dem Jahr 2000 von ursprünglich 250 Milliarden auf weit über eine Billion angewachsen sein, wie schön!

Nur leider werden wir diese Zahlen nicht mehr schauen, weil die Bundesrepublik Deutschland vorher per **Staatsbankrott** und/oder Hyperinflation von der Bildfläche verschwunden sein wird.

Jetzt aber nochmal zurück zu Professor Mancur Olson, dem wir einen »evolutionistischen« Ansatz verdanken, der sich wahrlich weit über das »Evolutions«-Geschwafel des Herrn Nobelpreisträgers Donald Duck von Hayek erhebt.

Olsons Idee ist einfach:

Nehmen wir an, es gibt eine Volkswirtschaft mit zwei unterschiedlichen Sektoren. In dem einen sind die Preise **flexibel**, in dem anderen sind sie **fix**.

Wenn dann die Nachfrage zurückgeht, wie es für Disinflationen und/oder Deflationen typisch ist, dann müßte sie in einer freien Wirtschaft in allen Sektoren gleichmäßig zurückgehen, in einer Wirtschaft mit einem Fix- und einem Flexpreissektor aber gibt es natürlich *Unterschiede*: Die Nachfrage wird vom Fixpreissektor sozusagen *länger »festgehalten«*, dafür *fehlt sie* im Flexpreissektor.

Resultat: Dem Fixpreissektor geht es längere Zeit noch scheinbar ganz »gut«, während sich die Lage im Flexpreissektor aufgrund des dort beschleunigten Nachfragerückgangs rapide verschlechtert.

Der Meister Olson selbst:

»Wenn eine Volkswirtschaft ... den Punkt erreicht, an dem ... der Fixpreissektor im Verhältnis zum Flexpreissektor groß ist (dann wird) eine unerwartete Deflation oder Disinflation weitverbreitete **Verluste und Leiden** mit sich bringen, und zwar durch erzwungene Wanderungen vom Fixpreis- in den Flexpreissektor, durch fallende Preise im Flexpreissektor, durch Arbeitslosigkeit derer, die nicht wandern können oder wollen, durch Steigerung der Warteschlangen- und Suchkosten, und zugleich **wird die Deflation erhebliche Verluste an realer Nachfrage mit sich bringen**, die die Probleme weiter verschärfen...

Die Volkswirtschaft, die ein dichtes Netzwerk von Sonderinteressenorganisationen hat, wird während einer Deflation oder Disinflation empfänglich für **Depression** oder **Stagflation** sein.« (Seite 282 f.)

Olson hat hier vor allem den Gewerkschaften, die ja für den Fixpreissektor »Lohnkosten« verantwortlich sind, eine verpaßt. **Es ist auch völlig sonnenklar, daß die Gewerkschaften die kommende Massenarbeitslosigkeit auf die höchstmögliche Spitze treiben werden.**

Weil man schließlich die »sozialen Errungenschaften«, und vor allem das »erreichte Lohn- und Wohlstands-Niveau« auf keinen Fall preisgeben kann. Das schon deshalb nicht, weil diesmal - im Gegensatz zu den dreißiger Jahren - die Arbeiter und Angestellten durch großzügig von den Banken »vorfinanzierte« Hausbauten und Autokäufe ihrerseits in einer hoffnungslos überschuldeten Lage stecken. Keiner der Arbeiter und Angestellten, die jetzt noch nicht abbezahlt haben, wird sein »Häusle« oder seinen »GTI« behalten können.

Deshalb wird man die Löhne nicht senken, deshalb wird die Arbeitslosigkeit überhaupt explosionsartig zunehmen.

In einer Deflation müssen alle Preise und alle Löhne sinken, und zwar so lange bis alle In-

haber von Forderungen, alias »Sparer«, **alles** verloren haben. Dann, erst dann, kann die Wirtschaft **neu starten**.

Wo immer in diesem Prozeß fixe Preise und/oder Löhne eingebaut sind, wird dieser Prozeß beschleunigt ablaufen, was auch etwas Gutes hat, weil wir das Elend dann schneller hinter uns haben.

Könnte man diesen Prozeß nicht durch das parallellaufende Herabschrauben von Forderungen neutralisieren?

Warum sollen in einer Deflation, wenn sie schon immer auswegloser ablaufen muß, nicht auch die Sparguthaben laufend wertloser werden?

Hört sich gut an. Stimmt auch in der Theorie. Nur leider: Erstens sinken die Preise (Deflation) ja nur, weil die Schulden nicht weniger geworden sind (beim Sparer: die Guthaben). Denn **nur der Schuldendruck** und der daraus resultierende Zwang, Liquidität beschaffen zu müssen, führt zu Preissenkungen. Ist der Schuldendruck weg, hört auch der Preisverfall *auf*, weil die Unternehmer dann wieder länger warten können, bis ein Kunde kommt. Das aber ist just die Lösung, die unten noch Jan Toporowski mit seinem Herunterbuchen bzw. Streichen der »Rentiers Claims« (Rentner-Ansprüche) vorschlagen wird.

Zweitens gibt es keinen »Automatismus«, der die Sparguthaben laufend entwerten könnte, um so den Forderungsdruck »gleitend« herabzufahren. Guthaben/Forderungen sind ja keine Preise oder Löhne, die sich »anpassen« können.

Selbst wenn wir uns eine ganz, ganz weise Weltregierung vorstellten, die so etwas »gleitend« »herunterbucht«, um den Schuldendruck zu mindern: irgend jemand würde es immer schneller erfahren, als ein anderer. Und der, der es schon früher weiß, was macht der wohl? Na, der geht sofort zu seiner Bank und Sparkasse und **hebt ab**, weil er ja noch Aussicht hat, zu vollen 100 Prozent, d. h. dem Nominalwert seiner Anlagen, ausgezahlt zu werden.

Sie können es drehen und wenden, so oft Sie wollen: **In einem Gemeinwesen, In dem der »Staat« als infallibler Schuldner zugelassen wurde, muß es definitionsgemäß zu Inflation, Deflation und Depression kommen.**

Dabei sind die kritischen Bereiche in einer Volkswirtschaft nicht etwa nur die »sichtbaren«, also was wir die »freie Preisbildung« auf »freien Märkten« nennen. Denn die ist in der Tat recht flexibel und frei.

Es sind die **Löhne**, die innerhalb der Unternehmen Fixkostenblöcke geschaffen haben, von denen die Unternehmer bei rückläufiger Nachfrage niemals mehr »gleitend«, also mit Hilfe von innerbetrieblichen Anpassungen, herunterkommen, sondern nur durch Beseitigung der Fixkostenblöcke, das heißt: durch Entlassungen im großen Stil und/oder der Einfachheit halber gleich durch Betriebsaufgabe und Stilllegung.

Die gesamte Kalkulation der Unternehmen basiert im debitistischen Kapitalismus bekanntlich auf dem oben schon erledigten Irrtum, daß sich das Angebot letztlich die Nachfrage selbst schafft. Diese Nachfrage reicht nie!

Dabei gehen die Unternehmer im höchsten Grade selbstzerstörerisch vor. Denn sie kalkulieren (»rechnen«) damit, daß sie die Vorfinanzierungskosten ihrer Produktion einschließlich der Kosten dieser Vorfinanzierungskosten (»Zins«) und einen »Gewinn« aus dem »Markt« »heraussholen« können.

[...]

Die deflationäre Spirale

Wer nicht aus der Geschichte lernt darf sie wiederholen Das ist wie in der Schule.

Die Menschen haben nichts aus der Geschichte gelernt, deshalb steht uns jetzt ein Da Capo ins Haus. Allerdings eines, das sich gewaschen hat. Vermutlich wird diesmal gleich *alles auf einmal* wiederholt, was die Geschichte an Schrecklichem zu bieten hatte — in jenen Phasen, da sich die großen Aufschwungswellen brechen und die Inflation in Deflation umschlägt.

Niemand hat dies eindringlicher formuliert als Felix Somary:

»Die Wendej ahre von Perioden des sinkenden zu denen des steigenden Geldwertes haben **immer große Krisen ausgelöst.**« (Seite 214)

So wird's auch diesmal sein.

Warum der »Geldwert« steigt, ist klar: Die Schulden katapultieren ihn hinauf. Die Schulden, die in der »Inflation« gemacht wurden, und die rätselhafterweise nach der Inflation übriggeblieben sind.

Alles ist nun hinreichend geklärt. Alles ist gesagt. Kann man noch etwas tun?

Die Antwort ist ganz einfach: **Man muß die Schulden zum Verschwinden bringen.**

Aber wie?

Der normale Weg ist längst verbaut, der über Leistung seitens der Schuldner und Annahme der Leistung als endgültig seitens der Gläubiger.

Weder sind die Schuldner in der Lage zu leisten. Sie halten die Fiktion noch ein wenig aufrecht. Denn die wichtigsten Schuldner, die sogenannten »souveränen« Staaten dieser Erde, sind allesamt bankrott, allen vöran der größte und mächtigste dieser »Staaten«, die Vereinigten Staaten von Amerika. Da es sich bei diesen Schuldnern um »infallible« Schuldner handelt, dürfen sie jetzt noch eine letzte Runde lang aufschulden, das heißt ihre Passiva per Zinseszins-Effekt in die Höhe buchen. Dann ist es vorbei.

Es ist vorbei, weil der Schulden-»Druck«, der von den Staaten ausgeht, überhand genommen hat. Die öffentlichen Hände, niemand sonst, sind es, die die freie Wirtschaft jetzt erdrosseln. [...]

Da die öffentlichen Hände überall auf Erden kurz vor dem Finale stehen, beginnen die Politiker in einem letzten Anflug von »Verantwortungsbewußtsein« zu **sparen**. Nur: Das reißt die freie Wirtschaft nur noch schneller ein. Sobald nämlich die Staatsaufträge ausbeißten, gehen die Umsätze, die Erträge und vor allem die Preise zurück. **Und zum Schluß verschwinden die Arbeitsplätze.**

Bei rückläufigen Preisen, Umsätzen und Einkommen gehen die Steuereinnahmen zurück. Woraufhin dann ein weiterer »Zwang zum Sparen« einsetzt, der den deflationären Trend noch beschleunigt. Dabei entsteht dann das berühmte Bild der »**deflationären Spirale**« – das Markenzeichen einer ausweglosen Lage. Die deflationäre Spirale beruht auf der schlichten Erkenntnis, *daß auf Dauer niemand mehr ausgeben kann und ausgeben wird, als er einnimmt.*

[...]

Ein CRASH-Versuch der City

Kurz vor Schluß beschleichen *dumpfe Ahnungen* die Bourgeoisie. Ob es vielleicht nicht doch »schief«gehen könnte? Ob man nicht vielleicht doch besser noch »was macht«?

Was »macht« man, wenn der große Bankrott herübergrüßt? Ei, man versucht es noch mal schnell mit einem Vergleich. Dann wäre wenigstens nicht alles weg. Dann käme vielleicht doch noch eine *Quote* heraus.

Genau das, die Suche nach der Quote, nach dem Vergleich, nach dem es »weitergehen« könnte, hat sich Europas Wirtschaftsblatt Nummer eins, die Londoner »Financial Times«, zu eigen gemacht, als sie am 19. Februar 1986 ihre Spalten gegenüber der Leitartikelseite dem Chefökonom der Standard Chartered Bank, **Jan Toporowski**, öffnete. Die Standard Chartered Bank gilt als feinste internationale Adresse der City, es war die einzige Bank, die aufgrund ihrer jahrzehntelangen untadeligen Tradition und Geschäfte sogar während der Kulturrevolution in China offen bleiben durfte. Und Jan Toporowski zählt zu den angesehensten Fachleuten der City. Er überschreibt seinen Beitrag mit einem Donnerwort:

»**Why the world economy needs a financial crash.**«

Warum braucht die Welt den Finanz-CRASH? Sie können das im Original auf der nächsten Seite nachlesen. Hier nur kurz die wichtigsten Stichworte:

- Ganz wie **Rosa Luxemburg** die Expansion des Kapitalismus (wir diskutierten es oben) definiert hat (»Suche nach dem Dritten«), haben die Industrienationen in den letzten Jahrzehnten ihre Waren- und ergo Kreditvergabe in die Dritte Welt ausgedehnt.
- Die **Kredite** sind jetzt **verloren**, der sich abzeichnende Crash wird die Ansprüche der Kreditgeber zurechtstutzen.
- Eine weniger katastrophische Lösung war die Abwertung der Forderungen durch **permanente Inflation**, was aber nunmehr ebenfalls ausläuft.
- Nunmehr kann man, mit Beihilfe der Notenbanken als »lender of last resort«, das Ganze noch hinauszögern und dabei drei Mittel einsetzen:

1. Den »**Baker-Plan**«, also gutes Geld schlechtem hinterherwerfen.
2. Die **Zinsen** drastisch senken.
3. Einen schnellen **Inflationsstoß** initiieren.

Die Mittel 1) und 2) schieben das Unvermeidliche nur vor sich her, das dritte funktioniert nicht, da die deregulierten internationalen Finanzmärkte auf solche Scherze via Notenpresse sofort reagieren würden.

Also, und das bitte im O-Ton eines Londoner City-Bankers:

»**Thus the only practical conclusion that can be drawn under present circumstances is of the need for a financial crash.**«

Und warum brauchen wir den CRASH wirklich?

»The devaluation of those claims (Klartext: Stempel ins Sparbuch mit dem Ausdruck: >Ihr Guthaben ist hiermit um ... Prozent abgewertet worden<, PCM) is **a necessary**, if insufficient, **condition** for the quickening of real economic activity and perhaps even the **survival of the capitalist system**.«

Welch ein Tobak!

Der CRASH ist nicht nur erforderlich, um die reale Wirtschaft wieder in Schuß zu bringen (denken wir an das Beispiel der Leute in Manchester, auf die Euro-Top-Banker Hans-Jörg Rudloff hingewiesen hat, siehe oben, und die sich nicht mal mehr ein paar Schuhe kaufen können). Wir **brauchen den CRASH, wenn wir wollen, daß der Kapitalismus überlebt**.

Why the world economy needs a financial crash

By Jan Toporowski

AN unrecognised merit of Rosa Luxemburg's *The Accumulation of Capital* (London, Routledge and Kegan Paul, 1951), is that its theory of international finance is of startling relevance today.

In this book, which could still be read with profit by many City economists, Rosa Luxemburg analysed the process of capital accumulation (ie economic development) in colonial territories around the turn of the century. Lacking their own sources of finance, the major capital projects of those times were paid for by floating shares and stocks on the London Stock Exchange, or international loans.

Inevitably, the engineers and sponsors of the development schemes tended to be over-sanguine about their projects' future profitability. Too often costs exceeded projected expenses and initial borrowings proved insufficient, so that even if completed, the projects were over-loaded with debt repayments and interest. Non-payment of these would precipitate a financial crisis on the part of both lenders and borrowers. The resulting crash would so devalue the claims of the lenders on the project as to enable it eventually to be completed, or continue in operation. In this way, many banks and financiers were ruined, but the projects themselves (like railway construction in Britain), were rarely altogether abandoned. Thus, the accumulation of capital proceeded, developing the relatively backward parts of the world and the developed countries themselves, using the money hoards of rentiers to pay for investment, and then defaulting to avoid meeting the claims of those rentiers.

Fortunately, since those times, another less catastrophic means of devaluing the claims of rentiers on economic development came to prevail. This was inflation, which devalued rentier claims, while tending to maintain the value of development projects and their revenues upon completion.

The relevance of all this to the Third World debt crisis is immediately obvious. However, the old solution of ruining the rentiers (in this case the international banks and their creditors) no longer seems to be available. The position of the international banks is reinforced by central banks' implicit, if not explicit, willing-

ness to act as lenders of last resort in order to avoid precisely that financial crash which would resolve the debt problem by devaluing it all. The banks themselves have reinforced their claims in the Third World by the use of floating rate interest, which has increased the value of interest charges since the 1970s. Moreover, by denominating their claims in currencies such as the US dollar and West German D-mark, that have tended to keep their value relative to commodities and other currencies, the banks have prevented their claims from being devalued by inflation.

Nevertheless, the decision of debtor countries such as Poland, Nigeria, Peru and Argentina to limit debt service payments to a minority share of their export earnings testifies to the urgent need of those countries to be released from the grip of rentier claims that are paralysing their trade and development. However, this solution is merely a way of easing the current payments problem by taking out more debt. Undiminished by devaluation, the acceleration in the growth of these claims must eventually crush either the rentiers, or the countries themselves.

There are three other possible solutions. One is the US Treasury Secretary James Baker's proposal to lend more money to debtor countries to enable them to maintain essential trade and minimise forced rescheduling.

Another solution is for real interest rates to fall drastically. While this could alleviate the problem somewhat, it is unlikely to come to pass. This is because of the way in which unregulated international markets operate, and the gradual integration into those markets of domestic financial markets in the OECD countries, a trend which the authorities in them seem powerless to reverse. Commercial banks operate in unregulated markets by drawing in funds whose supply is interest-elastic, and directing them to borrowers whose demand for funds is relatively interest-inelastic. This enables banks to maximise their margins (until competition squeezes them out and forces banks to seek other relatively interest-inelastic borrowers). But it also tends to lever up interest rates in ostensibly free and competitive markets.

Both the Baker solution and lower interest rates are really ways of tinkering about with the problem, and offer solutions that at best will merely postpone the inevitable. A much more effective solution would be to devalue rentier claims by a short, sharp bout of inflation, preferably in the US.

However, in present circumstances, this is even less likely than lower interest rates, because of the stranglehold that deregulated financial markets are increasingly coming to have on government monetary policy in the OECD countries. Any government which appears even to tolerate inflation, let alone tries to engineer it, is increasingly likely to find its finances paralysed by financial markets and their dread of the systematic devaluation of their claims.

Thus the only practical conclusion that can be drawn under present circumstances is of the need for a financial crash. Obviously, such a crash would have an adverse effect on most of those in the City now preparing with enthusiasm for the Brave New Financial World after the "Big Bang." It would also temporarily dislocate much economic activity and have a disastrous effect on many whose incomes and wealth are based on financial assets.

The Government policy, already over-dependent on the continuation of the present bull market through its reliance on asset sales to finance current expenditure, would also suffer a severe reverse in its attempts to promote services as an alternative to stagnating industrial activity. In addition, a financial crash would dramatically sour the attractions of a "share-owning democracy" and make untenable the notion of private pension schemes as alternatives to state provision.

Those drawing their main incomes directly from City activities are relatively few. There are many more in Britain and abroad who would stand to gain from a revival of trade, investment and production which are currently suffering progressive paralysis from the burden of rentier claims. The devaluation of those claims is a necessary, if insufficient, condition for the quickening of real economic activity and perhaps even the survival of the capitalist system.

The author is senior economist at the Standard Chartered Bank.

Abbildung 36:

»Warum die Weltwirtschaft einen finanziellen Zusammenbruch braucht.« Der Artikel mit dieser reißerischen Überschrift erschien am 19. Februar 1986 in der wichtigsten Wirtschaftszeitung Europas, der »Financial Times«. Der Autor des Beitrages ist Chefökonom einer der angesehensten Banken der Londoner City.

Da die Politiker und Notenbanken aber den CRASH bis zum letztmöglichen Zeitpunkt hinaus-
zögern wollen und werden, gibt es für das kapitalistische System kaum eine Chance mehr.

**Das beste Wirtschaftssystem, das es je gab, das einzige dem Menschen angemessene,
muß untergehen.**

[...]

Epilog

Im März 1942 schrieb der Harvard-Professor **Joseph Aloys Schumpeter** ein Buch mit dem großangelegten Titel »Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie«. Dieser Schumpeter hatte eine gescheiterte Karriere als österreichischer Politiker hinter sich und war bei einem Versuch, sich kapitalistisch, als **Paivatbankier**, zu betätigen, bankrott gegangen. Schumpeter schrieb sein Buch auf der edelsten Sinekure, die ein Professor haben kann, basiert auf automatisch eintreffenden Gehalts-Schecks der Harvard University. Daß sich eine solche absolut unkapitalistische und dem Kapitalismus auch in keiner Weise gewachsene Existenz dennoch über die freie Wirtschaft verbreiten durfte, hat niemanden gestört. Auch Schumpeter, der im Vorwort zur deutschen Übersetzung von einem anderen Professor, dem an der feinen Universität Basel lehrenden **Edgar Salm** ausdrücklich und ohne Umschweife als »Sozialist« bezeichnet wird,¹⁾ zählt zu jenen Totengräbern der freien Wirtschaft, die an den Hochschulen en masse zu gange sind. Schumpeters Credo lautet:

»Kann der Kapitalismus weiterleben? Nein, meines Erachtens nicht.«

Und:

»Kann der Sozialismus funktionieren? Selbstverständlich kann er es.«

Starke, wiewohl durch nichts belegte Worte. Auch Joseph Aloys Schumpeter, dessen Name heute gern mit dem fashionablen Begriff vom »dynamischen Unternehmer« verbunden wird, hat den Kapitalismus in keiner Weise begriffen. Die Vorstellung, Hauptsache, der Kapitalist ist schön »*dynamisch*«, und dann geht's wieder ein Weilchen, ist genauso albern, wie die Vorstellung von der *Tauschwirtschaft*. Die Vorstellung **Tauschwirtschaft plus Dynamo = Kapitalismus** ist ein für alle Mal falsch.

Das Problem des Menschen ist nicht der Mangel, der durch Produktion (»dynamische Unternehmer«) mit anschließendem Tausch (»freie Marktwirtschaft«) irgendwie behoben wird.

Das Problem des Menschen ist überhaupt nicht der Mangel.

Sondern die Tatsache, daß der Mangel durch Zeitablauf immer größer wird.

Die Aufgabe der Wirtschaft kann niemals darin liegen, den Mangel zu »beseitigen«. Alle sind niemals satt. Alle Wünsche können nie erfüllt werden. Immer ist irgendwo jemand hungrig, friert, hat kein Zuhause.

Die Aufgabe der Wirtschaft kann immer nur sein, den Mangel für eine möglichst große Zahl von Menschen möglichst erträglich zu halten.

Diese Aufgabe bewältigen, heißt **Kapitalismus**.

Nur der Kapitalist kann das Zeit und Schuld Problem bewältigen. Nur er kann sich der Schuld stellen, weil er verschuldungsfähiges **Kapital** hat und weil er bereit ist, es unter Risiko einzusetzen. Die Bewältigung von Schuld und die Minimierung von Mangel: das ist es, was der freie Unternehmer leistet.

Und nur er.

Das einzige, dem Menschen und seiner permanenten Mangel-lage, die durch Zeitablauf schier unerträglich werden muß, angepaßte Wirtschaftssystem kann nur der Kapitalismus sein.

Vere humanum est.

Dieser Kapitalismus funktioniert am besten, wenn alle Produktion privat und jeder Markt vollständig frei ist. Die Möglichkeit eines funktionierenden Sozialismus auch nur zu denken, geschweige denn Sozialismus durch staatlichen Druck irgendwo einzuführen, ist ein Verstoß gegen die Menschlichkeit.

- ENDE -